Historische Tatsachen Nr. 28

Dipl. Pol. Udo Walendy

19. Juni 1921
Nr. 25
30. Jahrgang

Berliner

Illustrirte Zeitung

Einzelpreis des Heftes 75 Pfg.

Gemeinsames Vorgehen gegen die polnischen Insurgenten in Oberschlesien:
Deutscher und englischer Posten bei Groß-Stein.
Phot. Gircke

Die hier an der deutschen Ostgrenze 1921 von England eingenommene Haltung wäre auch im Jahre 1939 angebracht gewesen, denn die Politik Polens gegen das Deutschtum hatte sich seit 1919 nicht nur nicht geändert, sondern nach dem Freibrief Großbritanniens für Polen vom 31. März 1939 unter Ausklammerung der Frage des Aggressors bis zur Kriegsentwicklung verstärkt. Ausgerechnet an dieser schon 1919 erkannten "Wurzel des nächsten Krieges" (Danzig und Korridorgebiet) "trieb Großbritannien 1939 die Dinge voran" (Neville Chamberlain), "die mit dem Schritt ins Verhängnis (brit. Garantie an Polen) zum Niedermetzeln von Millionen Menschen führen mußte" (Winston Churchill).

Keith Feiling, "The Life of Neville Chamberlain", London 1947, S. 416. – Chamberlain in einem Brief an seine Schwestern vom 10.9.1939.
Winston Churchill, "Der Zweite Weltkrieg" 1. Buch, Bd. I, "Der Sturm zieht auf" S. 421/423.

Historische Tatsachen Nr. 28 — Wissenschaftliche Zeitschrift —

Else Löser

Polens imperialistischer Volkstumskampf 1919-1939

"Die Tätigkeit des Völkerbundes konnte man, etwas überspitzt, charakterisieren als den Versuch, die Schuld am nächsten Krieg zu präjudizieren, d.h. als den Versuch seitens der Mehrheit im Völkerbund Deutschland diese Schuld vorsorglich schon gleich aufzubürden und uns so ständig im Schach zu halten."

Ernst v. Weizsäcker, "Die Weizsäcker Papiere 1933 - 1950, hrsg. v. Leonidas E. Hill, Propyläen Verlag o.O. + J., S. 68

"Unsere diplomatischen und Konsularberichte aus Polen zeigten, wie 1939 die Welle (der Unterdrückung der deutschen Minderheit) immer höher auflief und das ursprüngliche Problem: Danzig und Passage durch den Korridor überdeckte."

Ernst v. Weizsäcker, "Erinnerungen", München 1950, S. 241

"Ich fügte hinzu, wir würden die Polen nie dazu bekommen, sich für befriedigt zu erklären. Nichts würde sie je zufriedenstellen."

Winston Churchill, "Der Zweite Weltkrieg", 2. Buch, V., Bd., Stuttgart - Hamburg 1952, S. 98.

Weitere Literatur zum Thema des vorliegenden Heftes in "Wahrheit für Deutschland — Die Schuldfrage des Zweiten Weltkrieges", Vlotho 1965, + *Historische Tatsachen* Nr. 11 "Deutsches Schicksal Westpreußen"

USA-Senator Borah,

Vorsitzender des außenpolitischen Senatsausschusses 1931

"Vor allem müssen die Grenzen von Oberschlesien und vom polnischen Korridor berichtigt werden. Der augenblickliche Friede in Europa ist der Friede brutaler Gewalt."

Konten des Verlages: Postscheck Essen 116162 - 433
Kreissparkasse Herford 250 00 2532
(BLZ: 494 501 20)
Postscheck Wien: 7598.326

ISSN 0176 - 4144

Druck: Kölle Druck D-4994 Pr. Oldendorf

Else Löser

Geschichtsbildende Kraft der Literatur

Bundespräsident Richard v. Weizsäcker hat uns am 8. Mai 1985, zum 40. Jahrestag des Kriegsendes, aufgefordert, über die geschichtlichen Zusammenhänge nachzudenken. Mit Nachdenken freilich allein ist es nicht getan; es muß auf Sachkenntnis begründet sein.

Mir ist das Thema POLEN — schon rein herkunftsmäßig — besonders wichtig und vertraut, und es gehört ja zur Geschichte, die man kennen sollte. Polnische Politiker sorgen dafür, daß das Thema stets aktuell bleibt, also eine gute Gelegenheit, über den Gang der polnischen Geschichte im Verhältnis zu Deutschland nachzudenken.

Vor allem gilt es dabei, zwischen wirklicher Geschichte und Propagandalügen jener zu unterscheiden, die alles andere als Wahrheitsfanatiker sind, wenn es sich um deutsche Politik oder Vergangenheit handelt. Nach der Rede Richard v. Weizsäckers wurde offenbar, daß sich unsere teildeutschen Politiker jeder national gebotenen Würde begeben und sich nicht einmal scheuen, Geschichtsverfälschungen gröbster Art zu prägen, Gesetze gegen das Anzweifeln ihrer Dogmen zu erlassen und jedwede giftigen Angriffe gegen Deutschland und die Besudelung unseres Volkes seitens diktatorischer Landräuber und ihrer Hilfswilligen zu dulden. Ja, sie machen sich deren Sprachregelungen und Maßstäbe sogar zu eigen! Sie finden sich widerspruchslos damit ab, daß es für Deutschland keinen Friedensvertrag, keine Wiedervereinigung gibt. Sie reden hingegen "Freunden" nach dem Munde, die ihren ganzen Eifer auf die Teilung und Zersplitterung Deutschlands gerichtet haben und weiterhin darauf beharren. Sie schließen Verträge, in denen sie sich anmaßen, für Deutschland einen Verzicht auf seine Ostprovinzen zu untermauern. Zu ihren existenziellen Pflichtübungen gehört die Schulddiffamierung ihres Volkes. Kein Wunder, daß sie keine Einwände haben, wenn Polen, Sowjets und andere immer wieder neue Greueltaten der Deutschen erfinden und ihren Geschichtsfälschungen Eingang in die bundesdeutschen Geschichts- und Schulbücher verschaffen.

Schon während des Ersten Weltkrieges galt im Lager der Entente die Losung, Deutschland, das Deutsche Reich zu zerschlagen. Und der von jenen Mächten 1919 erzwungene Versailler Frieden diente weiterhin diesem Zweck. Der ehemalige französische Ministerpräsident Clemenceau konnte sich auf zahlreiche ausländische Freunde stützen, als er erklärte:

"Es gibt zwanzig Millionen Deutsche zuviel auf dieser Erde!" "Der Krieg war nur die Vorbereitung, die Vernichtung des deutschen Volkes fängt jetzt an!"

Die *Action francaise* griff 20 Jahre später, am 31. August 1939 diese in Frankreich seit Jahrzehnten nicht mehr verstummte Parole erneut in aller Klarheit auf, als sie schrieb:

"Die Ursachen der Kriege heißt die deutsche Einheit. Die deutsche Einheit heißt der Feind. Wenn man die deutsche Einheit zerbricht, erreicht man das Wesentliche, und der ganze Rest kommt dann von selbst. Man hätte 1919 tun sollen, was man übermorgen tun muß. Das ist nicht nur, das Deutschtum nach außen hin aufzulösen, sondern es im Innern zerspalten, zerbrechen, aufteilen."

Danach verfährt man bis zum heutigen Tage.

Und als das Israelische Wochenblatt, Zürich, den damaligen Ministerpräsidenten Israels, Menachim Begin, mit den haßtriefenden Worten zitierte:

"Einer der europäischen Staaten trägt direkte Verantwortung für die Vernichtung von sechs Millionen Juden. Die Verantwortung dieser Nation wird bis zum Ende aller Generationen niemals enden",

da erhob sich kein Widerspruch unserer Politiker. Offenbar bekunden sie mit ihrem Schweigen Einverständnis, daß das deutsche Volk bis zum Ende aller Generationen zum Helotenvolk habgieriger Mächte entwürdigt bleibt. Ihre eigenen Geschichtsdarstellungen lassen — jedenfalls gegenwärtig — keine andere Möglichkeit zu.

Es ist längst an der Zeit, daß wir Deutsche uns gegen die immer schlimmer und giftiger werdenden weltweiten Verleumdungen zur Wehr setzen. Leben ist Kampf. Wer nicht um seine Rechte kämpfen will, wird untergehen, wie alles in der Natur untergeht, das keine Kraft zum normalen Leben in sich trägt.

Seit mehr als 40 Jahren maßen sich die Meinungsmacher der Welt an, lediglich 12 Jahre aus unserer zweitausendjährigen Vergangenheit herauszureißen. Doch nicht nur dies: Aus diesen 12 Jahren werden zudem lediglich einzelne Begebenheiten — zumeist auch noch aus den Zusammenhängen gerissen, in Ursachen

und Wirkungen verfälscht — aus dem Spektrum des Weltgeschehens ausgeblendet, überproportioniert und als Maßstab und Wille eines ganzen Volkes ausgegeben, um so eine Kollektivverantwortung unseres Volkes "zu begründen". Ob dies dann für Kollektiv s c h u l d oder Kollektiv s c h a m Verwendung findet, hängt dann von der tagespolitischen Opportunität ab. Woher nehmen die Staaten, deren Geschichte mit überreichlich vergossenem fremden Blut geschrieben, deren Grenzen nicht bei ihrer eigenen Nation enden sondern jenseits von Ozeanen und Kontinenten, das Recht dazu?

Die deutsche Geschichte ist keine Aneinanderreihung blutiger Ereignisse! Die Gründung des ersten deutschen Volks-Reiches durch Heinrich I. gehört zur unblutigen Geschichte deutscher Staatskunst! Auch die folgenden Jahrhunderte weisen keine Blutbäder des Deutschen Reiches auf, sehr zum Unterschied zu anderen eroberungssüchtigen Staaten. Wir waren einst — daran möchte ich nachdrücklich erinnern — weithin die Lieblinge der Welt. Die Leistungen unserer Vorfahren auf den Gebieten der Wissenschaft, Kultur und Technik waren für die Menschheitsentwicklung epochal. Einheit, Erfolg und Wohlstand haben jedoch giftigen Neid ausländischer Mächte hervorgerufen, denen es jedoch ganz egal war, wer Deutschland regierte und wie regiert wurde. Zu viele eindeutige Zeugnisse namhafter Engländer, Franzosen und Amerikaner belegen dies. Der Brite Herbert Butterfield bestätigte dies noch im Jahre 1952 mit folgenden Worten:

> *"England war einmal von der Ansicht beherrscht, daß die Geschichte Deutschlands die Geschichte der Freiheit sei. .... Bis zu den ersten Jahren nach 1900, als die Geschichtsforschung in England mit Männern wie Acton und Maitland ihren Höhepunkt erreichte, ist die Bewunderung für Deutschland und die Schulabhängigkeit englischer Historiker mit Worten kaum zu beschreiben."*

Und der größte Deutschenhasser dieses Jahrhunderts, der bis zur sadistischen Grausamkeit Deutschland bekämpfte, Winston Churchill, hatte vor dem Kriege voller Bewunderung von den Deutschen gesprochen als von den 70 Millionen des fähigsten Volkes in Europa. Er wünschte sich einen Mann wie Adolf Hitler auszuleihen, denn er wüßte, daß nur ein solcher auch England aus tiefster Not erretten könnte, wenn es einmal in eine solche Lage käme wie Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg. Und er zollte den Deutschen ein weiteres hohes Lob, indem er verkündete, daß das, was sie im Ersten Weltkrieg geleistet haben, genug für die ganze Geschichte sei. [1)]

Diese wenigen Beispiele lassen erkennen, wie wichtig die Vergangenheit mit ihren Verwurzelungen ist. Über die 12 herausgerissenen Jahre unserer deutschen Geschichte gibt es unendlich viele Anerkennungen ausländischer Politiker und Historiker. Diese Zeit war nicht so, wie man sie uns heute — leider mit Zustimmung teildeutscher Politiker und Parteien — darstellt. Wir haben ein Recht auf Wahrheit!

Es ist schon unwahrhaftig zu behaupten, Adolf Hitler sei der einzig Schuldige, er habe auf den Weltkrieg hingearbeitet und ihn willentlich vom Zaun gebrochen, das unschuldige polnische Volk überfallen. Durch Jahrhunderte hindurch erkennbarer Haß, Kriegs- und Eroberungswillen in Polen, auch 1919 in Versailles, danach und 1939 bis heute kann nicht einfach übersehen werden!

In den Jahren nach der Versailler Friedensregelung war sich jeder einsichtige in- und ausländische Politiker darüber klar und hat auch diese Auffassung öffentlich bekundet, daß es ein Wunder wäre, wenn Deutschland die ihm gewaltsam oktroyierte und seine Bevölkerung auseinanderreißende Ostgrenze als endgültig hinnehmen würde. Da nun aber die Reichsregierung 1938/1939 dieses "Wunder" Polen angeboten hat, ist ein solcher Verzicht nicht als Kriegswille oder gar als Schritt zur

In Warschau zu Besuch (April 1935): Anthony Eden, Lordsiegelbewahrer + Völkerbundsminister, ab Dez. 1935 britischer Außenminister = rechts; Mitte = Polens Staatspräsident Moscicki; links = Polens Außenminister Oberst Beck

1) E. Hughes, "Winston Churchill — his career in War and Peace", Glasgow 1950 S. 144 + L.P. Lochner, "Die Mächtigen und der Tyrann", Darmstadt 1955 S. 214.

"Welteroberung" zu definieren. Auch hier liegen die diplomatischen Vorgänge und sonstigen Geschehnisse so offenkundig auf dem Tisch der Weltöffentlichkeit, daß sie weder übersehen noch von der Sache her bei objektiver Bewertung in eine deutsche Schuld umfunktioniert werden können.

Lloyd George, der damalige britische Kriegspremier, warnte seine Mitsieger in Versailles bereits mit den Worten:

"Ich wiederholte, daß wir niemals daran gedacht haben, Polen eine Provinz zu geben, die seit 900 Jahren nicht mehr polnisch gewesen ist. .... Der Vorschlag, daß wir 2,1 Millionen Deutsche der Autorität eines Volkes mit einer anderen Religion unterstellen sollen, eines Volkes, das im Laufe der Geschichte noch niemals gezeigt hat, daß es sich zu regieren versteht, dieser Vorschlag würde früher oder später zu einem neuen Krieg im Osten Europas führen." [2)]

Wer diese Einsichten in den zwanziger Jahren hatte und trotzdem 1939 Deutschland unter dem Vorwand einer "deutschen Schuld" den Krieg erklärte, da es wegen der von polnischen Chauvinisten an Volksdeutschen verübten Schikanen und zunehmenden, von den Behörden gedeckten Morden gezwungen war, seinen Volksangehörigen Hilfe zu leisten und dem Wüten sowie den Annexionsgelüsten polnischer Militärs ein Ende zu setzen, der lügt die Geschichte ins Gegenteil um. Und dazu müssen wir nicht schweigen.

Daß ausländische Machtinteressenten in ihrem Expansionsdrang bedenkenlos geschichtliche Vorgänge, Moralmaßstäbe und Rechtsgrundlagen verdrehen, ist schon schlimm genug. Daß sich jedoch teildeutsche Politiker diese moralischen Entwurzelungen zu eigen machen, als einzig gültige — "offenkundige" — Weisheit preisen und Zweifel daran als "Volksverhetzung" unter Strafe stellen oder als "antidemokratisches, gegen das Grundgesetz gerichtete Verhalten" mit Berufsverboten ahnden — wie es seit Jahren geschieht —, ist besonders beschämend. Zu ihren Vokabeln gehört auch die Floskel, man dürfe Verbrechen nicht aufrechnen. Auch dies gehört zum dümmsten Geschwätz aller Zeiten. Von der feindlichen Kriegspropaganda ausgestreut und stetig wiederholt, soll es uns Deutsche mundtot und wehrlos machen, zumal bereits dafür gesorgt ist, daß ein Anzweifeln oder gar in Abrede stellen der Deutschland angelasteten Verbrechen kriminalisiert ist. Wer seinem Gegner keine Gegenrechnung aufmacht, verzichtet auf das klare Bild über die von ihm in Gang gesetzten Entwicklungen. Aufrechnung ist die natürlichste Form der Gerechtigkeit, unabhängig davon, ob es sich um Geldforderungen, Wirtschaftsleistungen oder Verbrechen handelt.

Wenn wir also wissen wollen, warum polnische Regierungen seit je gegen Deutschland eingestellt waren und sind, müssen wir die Vergangenheit, also Geschichte erforschen. Und da stellen wir mit tiefem Erschrecken fest, daß es ganz bestimmte Gruppen, Vereine und Berufe sind, die den Haß gegen alles, was deutsch ist, erfinden und am Kochen halten. Dieser Haß wird dann auf das ganze Volk übertragen, wird er doch bereits im Kindergarten und in den Schulen gelehrt, gehegt und gepflegt. Das Volk weiß zumeist nicht, wer oder was dahintersteht oder was von dem Gepredigten wahr ist, ähnlich wie bei uns.

Der Ablauf der polnischen Geschichte zeigt aber deutlich Ursachen und Verursacher des dortigen Hasses und Elends. Da ist vorrangig zu nennen die Arroganz und Überheblichkeit der polnischen Literaten und der Glaubenshaß des polnischen Klerus. Man würde Tage und Wochen brauchen, wollte man die tausendfachen Beweise dafür aufzählen.

Vor 2 Jahren habe ich einen Auszug dieser polnischen Selbstzeugnisse in einem Büchlein zusammengefaßt. Es trägt den Titel: "Das Bild des Deutschen in der polnischen Literatur". Für diese Arbeit habe ich im Mai vorigen Jahres einen internationalen Buchpreis erhalten. In der Laudatio hob der Preisverleiher hervor, daß die Autorin den Mut gehabt habe, ein bisher gänzlich unbekanntes Thema ins Licht zu heben und zwar, daß die Erziehung der polnischen Kinder bereits in Kindergarten und Schule zum Haß gegen alles Deutsche beginne. Er habe das kaum glauben wollen und habe sich daher weitere einschlägige Literatur beschafft, um der Sache auf den Grund zu gehen. Dabei habe er zusätzlich eine erstaunliche Entdeckung gemacht, die bislang völlig unterdrückt worden sei, nämlich die Tatsache, daß die ersten Konzentrationslager in Europa — abgesehen von Rußland — polnische Lager für Deutsche gewesen seien. Das habe man in ganz Europa nicht vermittelt bekommen, somit nicht gewußt. [3)]

Dieses Wissen ist aber auch besonders für uns Deutsche wichtig. Denn Jahr um Jahr, mit dem wir uns weiter von der Zeit des Kriegsausbruchs 1939 entfernen, werden die Verleumdungen und offenen Lügen polnischer Politiker und Meinungsmacher unverschämter; eine Entwicklung, die seit 1945 von dem kommunistischen System, das sich ohnehin nicht der Wahrheit verpflichtet fühlt, seiner Ideologie und Zielrichtung, aber auch von Expansionisten anderer Weltmächte begünstigt und abgesichert wird.

Zu diesem Thema gehört auch, daß man endlich den Text der polnischen Nationalhymne richtig kennenlernt, von dem Polen behaupten, er wäre im Gegensatz zur deutschen Nationalhymne friedlich. Sie — so lassen sie verkünden — wollten ja nur Polen sein, sie wollten von niemandem etwas, während die Deutschen mit ihrem "Deutschland über alles in der Welt" die ganze Welt forderten. Friedlich an der polnischen Nationalhymne

---

2) H. Roos, "Polen und Europa — Studien zur polnischen Außenpolitik 1931 - 1939", Tübingen 1957 S. 4 zitiert: L. Wasilewski, "Josef Pilsudski — wie ich ihn kannte", Warschau 1935 S. 171 - 172.

3) Orte und Lage der einzelnen polnischen Konzentrationslager siehe S. 18

ist jedoch nur die erste Zeile:

"Noch ist Polen nicht verloren, solange wir leben."

Aber dann geht's los:

"Was uns fremde Gewalt entrissen, holen wir mit dem Säbel zurück."

Dann folgt nach jeder Strophe der Refrain, und der heißt so:

"Marsch, marsch Dombrowski, von Italiens Erde nach Polen. Durch Deine Führung vereinigen wir uns mit dem Volk."

Dombrowski war ein polnischer General zur Zeit Kosciuszkos, der im italienischen Exil lebte und während der Aufstände 1794 nach Polen zurückgekehrt war, um die Führung zu übernehmen.

Doch weiter im Text der "friedlichen" Hymne:

"So wie Czarniecki nach der schwedischen Eroberung nach Posen zurückkehrte, kehren wir nun für die Rettung des Vaterlandes über's Meer zurück."

Bei Czarniecki handelt es sich um einen polnischen Feldherrn im ersten schwedischen Krieg 1655 - 1660.

Am "friedlichsten" und "defensivsten" freilich ist die dritte Strophe:

"Wir überqueren die Weichsel, wir überqueren die Warthe, wir werden Polen sein. Einst gab uns Bonaparte das Beispiel, wie wir siegen sollen."

Diese drei Strophen sind die wichtigsten, die immer gesungen werden. Der Vollständigkeit halber müssen wir aber auch die drei restlichen Verse zur Kenntnis nehmen:

"Ein Deutscher, ein Moskowiter setzen sich nicht fest, denn — den Säbel gezogen — und Eintracht sei die Losung aller — und das Vaterland wird unser sein.

Schon spricht der Vater zu seiner Basia weinend: Hör mal, wahrscheinlich schlagen die Unsren schon die Pauke.

Darauf riefen alle im Chor: Genug der Sklaverei! Wir haben ja die Sensen von Raclawice, und einen Kosciuszko schickt uns der Herrgott."

Säbel und Sensen, Feldherren und Pauken und der beispielgebende Bonarparte sowie die Überschreitung der Flüsse ins Nachbarland, — welch "friedliebende" Parolen!

Jenseits von Weichsel und Warthe und auch diesseits lagen aber Ostpreußen, Westpreußen, Pommern, Schlesien, die Neumark, die alle niemals polnisch besiedelt waren. Nur das Ermland, Westpreußen und der Netzegau waren kurzfristig zwischen 1569 und 1772 unter Bruch bestehender Verträge Polen einverleibt worden, ohne jedoch den deutschen Besiedlungscharakter zu verlieren. Wie konnte da den "Friedfertigen" fremde Gewalt diese Gebiete entrissen haben?

Diese polnische Hymne war vor 200 Jahren in Italien als Legionärslied entstanden und erst nach dem Ersten Weltkrieg zur Nationalhymne bestimmt worden. Von einem Dank an Deutschland für die Wiedererrichtung des Königreiches Polen im Jahre 1916 durch die beiden deutschen Kaiser und von einem Dank an die deutschen Soldaten, die zu Hunderttausenden ihr Blut auch für die Unabhängigkeit Polens von Rußland vergossen haben, keine Rede. Schließlich waren es nicht Polen und nicht deren Bemühungen, die einen unabhängigen polnischen Staat 1919 wiedererstehen ließen, sondern in erster Linie Großbritannien, Frankreich und die USA.

Soeben waren sie aber 1919 in einer neuen machtpolitischen Konstellation auf der europäischen Landkarte Europas erschienen, da raubten sie bereits fremde Territorien im Westen und im Osten und im Norden; Volkstumskampf mit Deutschland, Krieg mit Rußland und Litauen waren ihre ersten "großen politischen Taten". Unersättliche Gier nach fremdem Land zieht sich durch die gesamte polnische Geschichte. Text und Geist der polnischen Hymne sind Aufruhr und rücksichtslose Kampfansage an jeden, der sich polnischer Eroberungssucht entgegenstellt.

Daß Polen den Deutschen unterstellen, sie wollten die ganze Welt beherrschen, weil sie in ihrer Hymne "Deutschland über alles in der Welt" besingen, ist eine bewußte Verdrehung des Textes, durch die sie den wahren Grund ihres Hasses verdecken. Ihr Zorn richtet sich vielmehr gegen diejenige Zeile, die die Größe unseres Vaterlandes verdeutlicht: "Von der Maas bis an die Memel". Denn polnische Chauvinisten sind es ja, die sich das Gebiet zwischen Weichsel und Memel einverleiben wollten und ja auch 1945 umfassend und maßlos an sich gerissen haben. Mit der Lüge, es handele sich um urpolnisches Land, versuchten sie ihr und das Gewissen der Welt zu beruhigen. Auch das Memelgebiet und den Nordteil Ostpreußens hätten sie sich ebenfalls einverleibt, hätten nicht die Sowjets diesen Gebietsraub selbst beansprucht. Man verfährt nach der Methode "haltet den Dieb", kann man sich doch dann besser hinter der ersten Zeile der eigenen Hymne verstecken, die nur Hoffnung ausdrückt, was keinem Menschen verwehrt werden kann. Doch wir erinnern an den eigentlichen Inhalt:

"Wir überschreiten die Weichsel, wir überschreiten die Warthe, wir holen mit dem Säbel zurück" (was Polen nie gehört hat). "Und Napoleon lehrte uns siegen". Gegen wen nur? Doch jenseits der Weichsel und Warthe wohnen die Szwabi, die "Hundesöhne" der polnischen Literatur, die man haßte und deren Land man erobern wollte, weil man selbst ein "Volk von Helden" war. Z.B. war Czarniecki so ein Held, der nach der schwedischen Eroberung nach Posen zurückgekehrt war. In Wahrheit hatten die Schweden den Polen Niederlage auf Niederlage beigebracht; nur das Paulinenkloster auf der Jasna Gora in Tschenstochau, wo sich Czarniecki hervorgetan hatte, konnten sie nicht einnehmen. Daher das "Wunder

Auf Grenzwacht gegen den Bolschewismus

Kommentar der *Berliner Illustrirte Zeitung* v. 25. Febr. 1937:

Eine seltsam öde, tote Grenze — wie eine Wand zwischen zwei Welten: Die Grenze zwischen der Republik Polen und der Union der sozialistischen Sowjet-Republiken. — Diese Grenze hat auf ihrer ganzen Länge von 1.412 km nur vier Bahnübergänge. Das Sowjet-Paradies ist auf langer Front mit Stacheldraht eingezäunt. Links ein "Kopista", ein Soldat des polnischen Grenzschutzkorps auf dem Patrouillengang, daneben der polnische und rechts der sowjetrussische Grenzpfahl mit den "Freiheitszeichen" Hammer und Sichel.

Sowjetische Beobachtungstürme an der polnischen Grenze, bis oben mit Brettern verschalt, so daß man nicht sehen kann, ob ein Beobachter oben ist oder nicht. Aufnahme 1937

von Tschenstochau". Und nun kehren die Helden übers Meer zurück und "das Vaterland wird unser sein". Aber zwischen Tschenstochau und Posen liegt kein Meer und zwischen Italien und Posen gibt es ebenfalls keines.

Der in Italien im Exil lebende Kosciuszko findet einen Platz in einem Legionärslied, weil er Führer des Aufstandes von 1794 war, der ursächlich als Kampf gegen den korrupten Adel und machtgierigen Klerus begann und sich dann als Aufstand gegen Rußland fortsetzte.

Wie unwirklich, wie fern jeder Realität sich polnisches Denken manifestiert, zeigt auch die Zeile ihrer Hymne, in der Bonapartes gedacht wird. Polen sahen sich als Verbündete Napoleons, der ihnen zur Unabhängigkeit verhelfen würde. Der französische Korse aber sah in den polnischen Soldaten nur die "Bauern und Läufer" in seinen politischen Ambitionen. Polen stellte immer wieder das Kanonenfutter für Bonaparte. Die napoleonischen Armeen haben 180 bis 200-tausend polnische Mitläufer geschluckt, doch eine Gegenleistung hat Polen mit Ausnahme der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg in Oberschlesien und im Kampf gegen die Sowjets vor Warschau nie erhalten. Trotzdem singen sie: "Bonaparte lehrte uns siegen". Da sie aber angeblich von niemandem etwas wollten, brauchten sie doch keinen Kampf, keinen Krieg, keinen Sieg! Für ihre Enttäuschung über Bonaparte nahmen sie Rache an Preußen, an Deutschland. Für alles Unglück im Laufe ihrer Geschichte — das sie zugegebenermaßen wirklich hatten — beschuldigen sie stets den Falschen. Niemals suchten sie Schuld bei sich selbst, erkannten nie ihr eigenes Versagen, ihre falschen Voraussetzungen, ihre Überschätzung der Lage.

Übrigens ist ausgerechnet jener Vers der polnischen Hymne, der die Sensen von Raclawice besingt, in der Geschichte Polens eine beschämende Angelegenheit. Denn beim Aufstand 1794 unter Führung von Kosciuszko wurden die Bauern von Raclawice mit Sensen und Mistgabeln ausgerüstet, um die Schlacht des polnischen Adels zu schlagen. Dabei kämpften sie keineswegs aus Begeisterung gegen Rußland, sondern sie kämpften um ihre Befreiung aus der Leibeigenschaft, gegen ihre Ausbeutung durch Adel und Klerus.

Die russischen Maßnahmen nach dem Aufstand waren grausam. Aber der Adel arrangierte sich. Freiheit, Kultur und menschenwürdiges Leben für das Volk brachten weder Klerus noch Adel, sondern die Teilungsmächte. Die erste Maßnahme Friedrich des Großen, als er 1772 bei der "ersten polnischen Teilung" die seit 1569 unter Bruch bestehender Verträge gewaltsam annektiert gewesenen deutschen Provinzen Westpreußen, Netzegau und Ermland preußischer Hoheit unterstellte, war die Aufhebung der Leibeigenschaft, die im übrigen Polen damals weiter gang und gäbe blieb. Die Ereignisse werden verdreht, aus Niederlagen werden Siege konstruiert, das sich mit Sensen und Mistgabeln gegen seine Unterdrückung wehrende Volk, dessen Aufstand niedergeschlagen wurde, wird mit dem Eindruck beispielgebender Sieghaftigkeit besungen.

In der deutschen Nationalhymne rasselt man weder mit Sensen noch mit Säbeln, marschieren weder Generäle noch Feldherrn über die Flüsse ins Nachbarland, schlagen keine Pauken für den Sieg, sondern man be-

kennt sich zu Einigkeit, Recht und Freiheit, zur Liebe zum deutschen Volk und zu seinem historischen Siedlungsraum.

Der polnische Professor Limanowski aus Wilna sagte einst von seinem Volke:

"Es liegt in der Natur der Polen, daß sie nicht auf dem Boden des Realen bleiben können. Ihre Fantasie greift weiter. Haben sie erst einmal ein Stückchen Land in Händen, so wollen sie mehr. Sie wollen die ganze Welt."

Professor Limanowski kannte die Mentalität seines Volkes, die sich bis heute nicht geändert hat. Sie wollen heute nicht nur Breslau mit den "polnisch sprechenden Steinen", sie wollten schon halb Deutschland und mehr, die Herrschaft von der Ostsee bis ans Schwarze Meer. Nichts ist ihnen genug, obwohl sie behaupten, von niemandem etwas zu wollen. Dabei ist ihr Kampflied vom Jahre 1848 "Brudergruß" nach wie vor populär:

"Brüder, Sensen in die Hände! Auf zum Kampfe laßt uns eilen!
Polens Knechtschaft hat ein Ende; länger wollen wir nicht weilen.
Sammelt Scharen um Euch alle; unser Feind, der Deutsche falle!
Plündert, raubet, senget, brennet! Laßt die Feinde qualvoll sterben!
Wer die deutschen Hunde hänget, wird sich Gotteslohn erwerben.
Ich, der Probst, verspreche Euch fest dafür das Himmelreich.
Jede Sünd wird Euch vergeben, selbst der wohlbedachte Mord,
der der Polen freies Leben unterstützt von Ort zu Ort!
Aber Fluch dem Bösewicht, der vor uns für Deutschland spricht!
Polen soll und muß besteh'n! Papst und Gott verspricht es mir.
Rußland, Preußen muß vergeh'n. Heil dem polnischen Panier!
Darum jauchzet froh darein 'Polska zyie' groß und klein!"

Bereits Jahre vor der Machtübernahme Adolf Hitlers in Deutschland veröffentlichte die dem sonst durchaus gemäßigten Ministerpräsidenten Pilsudski nahestehende Zeitschrift "Die Liga der Großmacht" Anfang Oktober 1930 die keineswegs friedfertigen Parolen:

"Der Kampf zwischen Deutschland und Polen ist unausbleiblich. Wir müssen uns dazu systematisch vorbereiten. Unser Ziel ist ein neues Grunwald [4], aber diesmal ein Grunwald in den Vororten Berlins; d.h. die Niederlage Deutschlands muß von polnischen Truppen in das Zentrum des Territoriums getragen werden, um Deutschland im Herzen zu treffen. Unser Ziel ist ein Polen im Westen mit der Oder und Neiße als Grenze. Preußen muß für Polen zurückerobert werden, und zwar das Preußen an der Spree. In einem Krieg mit Deutschland wird es keine Gefangenen geben, und es wird weder für menschliche noch kulturelle Gefühle Raum sein. Die Welt wird zittern vor dem deutsch-polnischen Krieg. In die Reihen unserer Soldaten müssen wir übermenschlichen Opfermut und den Geist unbarmherziger Rache und Grausamkeit tragen. Vom heutigen Tag an wird jede Nummer dieses Blattes dem kommenden Grunwald in Berlin gewidmet sein."

Am 20. August 1939 postulierte die *"Warschauer Depescha"* folgende Kriegserklärung an Deutschland:

"Wir sind bereit, mit dem Teufel einen Pakt abzuschließen, wenn er uns im Kampf gegen Deutschland hilft. Hört Ihr — gegen Deutschland, nicht nur gegen Hitler. Das deutsche Blut wird in einem kommenden Krieg in solchen Strömen vergossen werden, wie dies seit Entstehung der Welt noch nicht gesehen worden ist."

Das ist die Sprache polnischer Intellektueller von einst. Dergleichen gibt es wohl in keinem anderen Volk der Erde. Ähnliche Aussprüche in der Zeit kurz vor Ausbruch des von Polen gewünschten Krieges gab es dutzendweise.

Gehen wir nun etwas in die ältere Vergangenheit zurück, die uns Hinweise auf die Verwurzelung dieses Hasses gibt. Den Fingerzeig hierfür gab Professor Markiewicz, Leiter der polnischen Schulbuchkommission, der uns im westdeutschen Fernsehen verkündete, wie Geschichtsbewußtsein geprägt wird:

"Man darf nicht vergessen, daß das historische Bewußtsein des Volkes nicht so sehr von Berufshistorikern und ihren Werken, sondern vielmehr von Schriftstellern und ihren Romanen beeinflußt wurde und immer noch beeinflußt ist. Ich möchte erinnern an unseren größten Dichter Adam Mickiewicz und seine zwei Romane 'Drazyna' und 'Konrad Wallenrod' vor allem, dann Henryk Sienkiewicz mit seinem Roman 'Die Kreuzritter', der auch vor paar Jahren verfilmt war, und auch Boleslaw Prus mit seinem Werk unter dem Titel 'Wachtposten'."

Adam Mickiewicz lebte von 1798 bis 1855; seine Haßdichtung richtete er vornehmlich gegen russische Unterdrückung. Daher war er auch nach Sibirien verbannt worden. Dort schrieb er dann seinen haßerfüllten Roman "Konrad Wallenrod". Auch sein früherer Roman "Drazyna" war von maßloser Feindschaft gegen den Deutschen Orden geprägt. Da heißt es z.B.:

"Das Kreuzritterreptil wirst Du niemals zähmen, weder durch Gastlichkeit, noch Sitten, noch Geschenke" ...
Lieber glühendes Eisen in der Hand lassen, als die Rechte des Kreuzritters fassen."

Hatte Professor Markiewicz die Deutschfeindlichkeit dieser Bücher vergessen, oder glaubt er, sich diese Empfehlung trotzdem gegenüber umerzogenen Gesprächspartnern leisten zu können, vielleicht in der Hoffnung, daß im bundesrepublikanischen Lande niemand weiß, was in der polnischen Literatur steht? Aber ihm gegenüber saß Gräfin Dönhoff, die angab, in der östlichen Literatur zu Hause zu sein, weil sie sie besonders liebe. Aber auch sie widersprach nicht. Auch sie schien nicht zu wissen, daß in der gesamten polnischen Literatur die Gestalt des Teufels immer deutsche Kleidung trägt, sich der deutschen Sprache bedient, kurz, ein Deutscher ist. Mickiewicz sagt in "Pani Twardowska":

"Ein Teufel war am Boden des Glases, ein richtiger Deutscher, ein kurzröckiger Kerl."

Und im "Pan Tadeusz" schilderte er einen mageren deutschgekleideten Mundschenk, der in einem Wägelchen fährt, und von welchem die Bauern, sich bekreuzigend, glauben, daß er der Teufel sei, der in einem

4) "Grunwald" wird in Polen mit dem polnisch-litauischen Sieg über den deutschen Ritterorden im Jahre 1410 gleichgesetzt.

"Wie sollte es denn gleich eine Sünde sein, wo es der Herr doch mit den Unsrigen halten muß? Wer hält es denn mit den Deutschen?"

Antwort des Ersten:

"Man weiß es schon, wer. Der Teufel nimmt sie in Schutz. Die deutsche Seele ist ja schwarz, der Böse zieht sich als Deutscher an."

Antwort des Zweiten:

"Warum soll er nicht solche Gestalt annehmen, wo doch alle aus der Hölle stammen? Einem jeden steht das Böse in den Augen geschrieben."

März 1938: Nach Annahme des polnischen Ultimatums durch Litauen: Die polnischen Truppen, die an der Grenze zusammengezogen waren, kehren in ihre Standorte zurück

deutschen Wagen führe. Der Teufel spricht immer nur deutsch. Es gibt sogar polnische Schriftsteller für angeblich schöngeistige Literatur, die so würdelos sind zu schreiben:

"Der Teufel habe sich als Hebamme bei der Geburt des preußischen Thronfolgers bewährt." [5]

Oder nehmen wir einen anderen Literaten namens Lucjan Rydel. Er schreibt in seinem Märchen vom Verzauberten Rad über den Teufel, er sei klein, stehe auf dünnen Beinen, habe einen dicken Bauch und gepuderten Schädel, sei bartlos und habe eine Habichtsnase. Er trägt einen kurz anliegenden schwarzen Frack, bis zu den Knien reichende Hosen, weiße Strümpfe und Spangenschuh, dazu einen dreieckigen Hut. Also deutsche Kleidung. In der Hand ein Messingstöckchen. Ein eitler, törichter Teufel, der von schlauen Bauern immer übertölpelt wird. Selbst alte Frauen besiegen ihn mit Bratspieß und Gabeln. Ein andermal streitet ein Edelmann mit dem Teufel, der ihm schließlich zuruft:

"Bleib auf Deinem Gebiet!"

Der Edelmann entgegnet empört:

"DU? – Wie kannst Du Schwabe, Spießbürger, Pluderhosenträger, die Vertraulichkeit wagen, einem Edelmann hier DU zu sagen!"

Ob es nun Mickiewicz oder Henryk Sienkiewicz oder Boleslaw Prus sind, die Professor Markiewicz als Erzieher des Volkes herausstellte, — auch sie wählen als Stoff ihrer Romane die Auseinandersetzung zwischen polnischen Bauern und einwandernden deutschen Kolonisten, die natürlich Teufel sind. So unterhalten sich polnische Sieger nach einer Schlägerei in der Schenke:

"So ein Pluderhosenträger, wenn den jemand zu Tode geschlagen hätte, so würde man es ihm im Jenseits nicht als Sünde anrechnen."

Der zweite Sieger bekräftigt das:

Hier zeigt sich, was sich am 3. September 1939, am Bromberger Blutsonntag verwirklicht hat. Es ist gar keine Sünde, einen Deutschen zu erschlagen, weil der Herr es doch mit den Unsrigen halten muß. Der Herrgott ist eben Pole, wie heute der Papst Pole ist, da haben Mord und Vertreibung ein Alibi.

Das Teufelsmotiv ist auch in den polnischen Weihnachtsspielen für Kinder ausgeschlachtet worden. So werden die Seelen der ahnungslosen Kinder vergiftet. Diese Beeinflussung steigert sich dann bis zur Erwachsenen-Literatur, die immer chauvinistischer wird.

Die Teufelserzählungen gehen zurück auf ein besonders übles Kapitel polnischer Entwicklung: das ist der Glaubenshaß, der vom politischen Klerus gesteuert wird und der in der Gegenwart genauso präsent ist, wie er in der Geschichte war.

Die Polen nennen als ihren ersten Herrscher einen Mieszko, der im Jahre 960 das polnische Reich gegründet haben soll. Zu jener Zeit gab es aber kein polnisches Reich, das von einem Polen hätte geführt werden müssen. Es gab dagegen den urkundlich nachgewiesenen Wikinger aus dem norwegischen Geschlecht der Daglinger, genannt Dago Mesico, der als Kundschafter der Wikinger in das Gebiet an Weichsel und Warthe kam, das durchaus kein leeres Gebiet war. Es ist urkundlich nachgewiesen, daß Dago Mesico als Herzog im dichtbesiedelten germanischen Warthegau die Stämme der Wandalen, Burgunder, Rugier, Skiren, Gepiden, Goten, Warnen, Lugier und Silinger zu einem gemeinsamen Reich zusammengeschlossen hatte. Herzog Dago wurde der erste Herrscher an Weichsel und Warthe. Seine Herrschaft erstreckte sich über die Zeit von 960 bis 992. Der Name Polen war unbekannt.

In dem 1977 von Interpress Warschau herausgegebenen Geschichtsbuch wird — wie auch in meiner Schulzeit — als erster polnischer Herrscher Mieszko I.

5) Witold Bunikiewicz in seinen Teufelserzählungen 1930

ausgegeben. Es werden dann drei seiner Vorfahren genannt, die der Reihe nach so geheißen haben sollen: Siemowit, Lestko (Leszek) und Siemomysl (Ziemiomysl). Unter Mieszkos Herrschaft sollen im Jahre 960 folgende Gebiete gestanden haben: "Groß-polen", Kujawien, die Gebiete um Lentschütz, und wahrscheinlich auch Masowsche — das sind Gebiete um Warschau.

Man denke: Groß-Polen im Jahre 960!!! Die Polen hatten schon immer eine blühende Fantasie, die mit den Realitäten nichts zu tun hatte.

Der norwegische Daglinger nahm im Jahre 966 die christliche Taufe an. Auch der polnische Mieszko tat das im gleichen Jahre. Auch die Regierungszeit Mieszkos stimmt mit den Jahreszahlen der Herrschaft Dagos überein, und beide haben im gleichen Jahr ihr Reich der römischen Kirche unterstellt. Zweifellos, hier handelt es sich um den gleichen Herrscher, nur daß der Wikinger Dago tatsächlich gelebt hat, während der Mieszko eine Fantasiegestalt polnischer Geschichtsfälschung ist, um einen polnischen Herrscher vorzutäuschen.

Wichtig wird nun die Frage nach dem Zeitpunkt der Fälschung. Da finden wir in dem vorerwähnten polnischen Geschichtsbuch einen Hinweis, der auf Seite 37 steht. Dort heißt es:

"Trotz der Zersplitterung im 13. Jht. kam es zu keiner Minderung des Zusammengehörigkeitsgefühls der polnischen Bevölkerung. Der Begriff der polnischen Nationalität – gens polonica – tauchte in den Blättern einheimischer und ausländischer Chronisten auf. Polen als politisch-geografische Einheit wurde durch eine einheitliche Organisation der Kirche verstärkt."

Hier haben wir ein verschleiertes Eingeständnis, daß der polnische Staat erst im 13. Jahrhundert von der Kirche proklamiert wurde, nachdem nämlich der Bischof von Krakau, der den deutschen Namen Wolf Gottlobonis trug und den die Polen Wincent Kadlubek nennen, im Kloster der Zisterzienser Klein Morimund im Jahre 1218 die polnische Sprache zusammen mit der polnischen Geschichte erfunden und als "gens polonica" in lateinischer Sprache niedergeschrieben hatte. Im weiteren Text wird dann auch zugegeben, daß die ersten Zeugnisse polnischer Poesie aus dem 13. Jhdt. überliefert sind und sakralen Charakters waren. Die Polen haben Pech: Ihr "Wincent Kadlubek" schrieb lateinisch und nicht polnisch, und die sakrale Poesie kann ebenfalls nur lateinisch geschrieben sein, weil das im sakralen Bereich damals so üblich war. Also kein Beweis für die Existenz eines polnischen Landes oder polnischen Volkes.

Im 13. Jahrhundert beginnt das Unheil des Hasses, der sich trotz aller deutschen Leistungen bei der Erschließung des Landes nach deutschem Recht — das allgemein verbindlich war — nicht verhindern ließ. Ganz Deutschland stand damals in religiöser Hinsicht unter dem Zwang Roms. Rom aber hatte die neue künstliche Sprache erfinden lassen, um die Bindung der Germanen im Osten mit denen im Westen zu stören und zu zerstören. 300 Jahre haben sich die deutschen Siedler gegen diese Sprachvergewaltigung gewehrt. Noch im 15. Jhdt. waren viele Städte, besonders Krakau, völlig deutsch. Alle amtlichen Unterlagen, alle Gerichtsbarkeit war deutsch. Durch die Reformation waren damals die Bewohner der jetztigen polnischen Gebiete zu 75% lutherisch. Erst die danach einsetzende Gegenreformation, die mit aller Grausamkeit durchgeführt wurde, — wie wir es ja auch aus allen übrigen deutschen Landen wissen — vergewaltigte die Bewohner an Weichsel und Warthe solange, bis aus den Deutschen eben Polen geworden waren.

Wer das nicht glauben will, der erinnere sich an die Auskunft des Kardinals Glemp bei seinem Besuch 1984 in der Bundesrepublik und seine Predigt am 15. August 1984 in Tschenstochau, wo er die Existenz einer deutschen Minderheit einfach leugnete und so die Opfer einer brutalen Vertreibung, Entrechtung und Entnationalisierung auch noch verhöhnte, indem er zusätzlich fragte: "Welche Deutsche, welches Unrecht? " — Wenn solches in der aufgeklärten Zeit unseres Jahrhunderts möglich ist, warum sollte Gleiches nicht im "finsteren Mittelalter" auch geschehen sein? [8)]

Das deutsche Volk will Frieden. Es will auch Aussöhnung mit Polen. Aber nicht durch Einseitigkeit. Deswegen fordert es von Professor Markiewicz, der uns die Literatur als repräsentativ für die polnische Geschichte angepriesen hat, daß er sich zu den Ausfällen seiner Literaten äußert. Bejaht er z.B. das Gebet seines "größten Dichters" Adam Mickiewicz:

"O wielka wojne ludow prosimy Cie, Panie"

zu deutsch:

"Um den großen Völkerkrieg bitten wir Dich, o Herr!"

Tritt er dafür ein, daß dieses Gebet und viele andere ähnliche aus der "geschichtsbildenden und repräsentativen" Literatur ausgemerzt werden? Oder will er, daß die Volksbildung weiterhin vom Kindergarten an in diesem blutrünstigen Sinne betrieben wird wie u.a. auch mit der folgenden "Poesie" dieses Adam Mikiewicz in dessen Roman "Pan Tadeusz"?

"Von Herren Todwen kam ein Bote in aller Eil'. –
Grabowski las den Brief – rief: Jena, Jena, Heil!
Die Preußen sind geschlagen! Aufs Haupt geschlagen! Sieg!
Kaum hört ich die Worte, als ich sofort vom Pferde stieg, um kniend dem Herrn zu danken. – Wir sind in die Stadt gefahren.
So – scheinbar nur in Geschäften, als hätten wir nichts erfahren.
Siehe da! Alle Landräte, Hofräte, Kommissäre,
Und alles Geschmeiß der Art, was gibt uns die Ehre:
Verbeugt sich uns tief – es zittert, es erbleicht die Brut,
Die deutsche Schabe begießt mit heißem Sud!
Wir reiben uns lachend die Hände – bitten ganz untertänig!
Was Neues? Was hört man von Jena? – Ha, die erschraken nicht wenig!
Sie staunen, daß wir vom Unglück ihrer Armee schon wissen –
Die Deutschen schreib'n: Ach Herr Gott, oh weh
Und rennen mit langen Nasen nach Haus – dann weiter Reißaus!
War das ein Laufen! Die Straßen nach Groß-Polen hinaus.

Alles von fliehenden Deutschen! Das kroch euch, wie die Ameisen.
Und schleppt das Fuhrwerk, Kutschen und Droschken, wie sie das heißen,
Alles schwer bepackt, die Weibchen wie die Männchen.
Mit Pfeifen, mit Kisten und Kasten, Bettstellen und Kaffeekännchen.
Reißaus, was Platz hat! Indessen besprechen wir uns leise:
Holla, zu Pferd! Verleiden wir diesen Deutschen die Reise!
Hei, Hofratsrippen geschunden! Landräte und andere Hundebrüder gehackt!
Die Herren Offiziere bei den Zöpfen gepackt!
Und General Dombrowski stürzt schon herein nach Posen,
Und bringt Befehl zum Aufstand vom Kaiser der Franzosen!
Acht Tage – und die Preußen waren hinausgetrieben!
Nicht für ein Medikament war einer übriggeblieben!"

Man spürt die Genugtuung dieses "großen Dichters" über seine mörderischen Gedanken, daß kein Preuße am Leben geblieben war, der noch einer medizinischen Behandlung bedurft hätte.

Ein zweites Beispiel dieser "Erbauungs-Literatur" — derer gibt es eine Fülle, nur, man kann Texte von solcher Mordlust und tierischer Grausamkeit nicht ohne Abscheu lange hintereinander lesen —: Waclaw Sieroszewski produzierte es neben vielen anderen Geschmacklosigkeiten in seinem 1923 erschienenen Roman "Zacisze". Ein polnischer Student erzählt darin einem deutschen Holzkaufmann auf dessen Frage nach der Bedeutung eines großen Steines:

"Oh, das ist eine lange und ungeheuer fesselnde Geschichte! – antwortete Izyda. Man erzählt, daß ihn der Teufel hergetragen habe. Auf jeden Fall diente er sehr teuflischen Zeremonien. Oben drauf ist eine Vertiefung und eine Furche ausgehauen. Das einfache Volk erzählt, daß sich in der Vollmondnacht um 12 Uhr der Berg öffnet und unter dem Stein bärtige, weiß gekleidete Alte hervorkommen, mit Eichenkränzen auf der Stirn und mit goldenen Lauten in der Hand. Hinter ihnen gehen andere, die einen mit Eisen gefesselten Ritter führen.

Der Ritter trägt auf dem Mantel und der Brust ein schwarzes Kreuz. Vergeblich wirft er sich hin und her, flucht und ächzt und schleudert Blitze aus den Augen. Menschen in leinener Kleidung reißen ihm das Eisen und die Gewänder ab, ziehen ihn ohne Förmlichkeit auf den Stein, kreuzen ihm die Arme, ein alter Priester beugt sich über ihn und versenkt in die vor Schmerz gewölbte Brust ein scharfes Steinmesser... Das Blut spritzt. Der Kreuzritter brüllt wie ein abgestochenes Ferkel! Der Priester schiebt seinen Arm bis über den Ellenbogen in die dampfende Wunde und sucht lange... Diese ganze Geschichte endet schließlich kläglich, denn anstatt des Herzens des Barbaren zieht er dort mit großer Anstrengung – ein ziemlich umfangreiches aber leeres Portemonnaie von Berliner Fabrikat heraus. Der Ritter hatte alles mit leichtsinnigen Slavinnen vergeudet... Vielleicht hatte er auch ihren Eltern gegen hohe Prozente Geld geliehen... Wirklich seht nur, ich habe so eins gefunden!... endet er feierlich und zog ein altes regendurchweichtes ganz verschossenes Portemonnaie aus der Tasche. Die Jugend riß es ihm lachend aus der Hand und begann es mit großem Interesse zu betrachten.

Bei Gott, das ist meins, ich habe es hier voriges Jahr verloren. Aber Geld müßte drin sein! Gib es her, Izyda! rief Antos.

Ja! Dann schwelgst du also hier mit leichtsinnigen Slavinnen? (!)

Mit einem deutschen Portemonnaie?... Das ist wirklich ... polnische Wirtschaft.

Das ist aber eine fesselnde Legende!... Das muß irgendeine alte Überlieferung sein ... wandte sich Szmit an Izyda.

Oh ja, das ist eine Überlieferung ... von dem Aufenthalt der geliebten Nachbarn... noch ... aus den Zeiten Lokieteks!"

Große Staatsfeier im Hof des alten Königsschlosses in Warschau, November 1936: Der polnische Staatspräsident Moscicki überreicht Generalinspektor Rydz-Smigly den Marschallstab

Hier wird auf sehr plumpe Weise versucht, eine slawische Vergangenheit zu untermauern. Eine Überlieferung aus der Zeit König Lokieteks, d.h. König Ellenlangs, der 1306 seine Herrschaft angetreten hatte. Und zu dieser Zeit schwelgt ein Pole Izyda mit leichtsinnigen Slavinnen. Das heißt also: Jahreszahl und die Bezeichnung Slavinnen sollen die Existenz Polens zu jener Zeit bestätigen. Wie primitiv! Die Erzählung bedient sich ferner eines blutrünstigen Priesters, der seinen Arm bis zum Ellenbogen in der schmerzenden Wunde und im spritzendem Blut des Kreuzritters wühlt, um statt des Herzens ein leeres Portemonnaie Berliner Fabrikat zu finden. Wie geistlos und wie schäbig ist dieser

"Dichter", der nicht nur seine Seele entblößt, sondern auch den Priesterstand entehrt, nur um eine blöde "Legende" zu erzählen, in der die Deutschen als Kreuzritter ohne Herz, als Barbaren geschildert werden. Außerdem muß ein Kreuzritter ein Dieb sein, der Geldbörsen stiehlt, um den Eltern junger Slavinnen Geld gegen hohe Prozente zu leihen. Diese perverse Hetze aus dem Jahre 1923 hat sich im Jahre 1939 in der Bromberger Bartholomäusnacht verwirklicht, als man tausende Deutsche meuchlings ermordete. Nur leere Portemonnaies hat man ihnen nicht in die Brust gelegt, dafür aber tote Hunde. Das ist leider keine Erfindung, sondern nackte Wahrheit.

Die Saat war aufgegangen. 5.800 Mordopfer in Bromberg und Vororten. Und die Saat war auch 1945 bei der Vertreibung aufgegangen, die Polen heute als unwahr bezeichnen, sie als völkerrechtskonform hinstellen wollen. Sie haben von jeher abgestritten, was zu ihren Lasten ging.

Der polnische Regierungssprecher Jerzy Urban verfuhr gleichermaßen, als er ohne jedwede Hemmung im Januar 1986 wagte, die Vertreibung der Ostdeutschen aus ihrer Heimat als nicht geschehen zu bezeichnen und zu beteuern, Polen habe sich streng an die Gesetze des Völkerrechts und an den Text alliierter Verträge gehalten. Allein schon das Wort "Vertriebener" sei eine Beleidigung Polens. Gegen diese Niedertracht hat kein teildeutscher Regierungssprecher oder Vertreter der Evangelischen Kirche Deutschlands protestiert. Einst hatte sogar Papst Pius XII. die Vertreibung der ostdeutschen Bevölkerung aus ihrer Heimat mit den Worten gegeißelt:

"Es ist das größte Verbrechen, 12 Millionen Vertriebene und 3 Millionen Tote zu berauben."

Im übrigen hatte 1945 nicht die erste Vertreibung ostdeutscher Menschen stattgefunden! Der "größte polnische Dichter", Adam Mickiewicz, der angeblich dem polnischen Volk in seinen Romanen die historischen Wahrheiten vermittelt, hatte bereits eine frühere Vertreibung beschrieben: nach 1806, der für Preußen verlorenen Schlacht gegen Napoleon bei Jena und Auerstädt. Wir erinnern:

"Das war ein Laufen und Rennen mit Kisten und Kasten,
Weibchen und Männchen schwer bepackt! –
Hallo, zu Pferd! Verleiden wir diesen Deutschen die Reise! –
Hei, Hofratsrippen geschunden, Landräte und andere Hundebrüder gehackt,
Die Herren Offiziere bei den Zöpfen gepackt. –
Alle Landräte, Hofräte, Kommissäre
Und alles Geschmeiß dieser Art, was gibt uns die Ehre. –
Die deutsche Schabe begießt mit heißem Sud, –
Wir reiben uns lachend die Hände! –
Acht Tage – und die Preußen waren hinausgetrieben: –
Nicht für ein Medikament war einer übrig geblieben!"

Bei der Vertreibung von 1945 waren es mehr als zwei Millionen, die keine Medikamente mehr benötigten!

Deutsche Vergangenheit und Gegenwart kennen solch tierischen Haß nicht, wie er aus Polen bekannt ist und auch heute noch — wenn auch mit etwas anders ausgerichteter politischer Zielrichtung — offiziell integrierter Bestandteil kommunistischer, also auch kommunistisch-polnischer Erziehung ist. Die politische Haß- und somit Hetzliteratur im heutigen Ostblock Europas muß nach den Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges jeden geradezu erschrecken, der in einer Bibliothek sich auch nur einen Überblick darüber zu verschaffen sucht.

Auf deutscher Seite steht dem u.a. die Charta der Heimatvertriebenen gegenüber, die ausdrücklich auf Vergeltung verzichtet. Gleiches ist von der gesamten westdeutschen Ostkunde-Literatur festzustellen.

Der polnische Professor Andrzej Kaminski hingegen verrät in seinem 1966 erschienenen Buch "Auf den Spuren von Hakata — Die Rolle der 'Landsmannschaften' in der Politik der BRD", wie Intellektuelle wie er über diesen Verzicht auf Rache und Vergeltung der Heimatvertriebenen denken. Gerade die diesbezügliche Passage wird giftig angegriffen. Jede Anmeldung des Rechts der Deutschen auf ihre ostdeutsche Heimat, jede kritische Äußerung über das Vorgehen der Polen gegen die Deutschen, sogar der Versuch, mit Polen über die Provinzen jenseits von Oder und Weichsel im Sinne eines noch nicht endgültig geregelten Problems zu sprechen, wird von Kaminski in Zusammenhang mit "Hakata" gebracht, mit "Ausrottung der Polen", mit "Revanchismus" u.a. gleichgesetzt. "Hakata" nennen die Polen eine deutsche Vereinigung, die drei Deutsche — Hansemann, Kennemann und Tiedemann — 1894 zur Abwehr gegen polnische Übergriffe, vornehmlich auch der polnischen Geistlichkeit im sogenannten Kulturkampf gegründet hatten. Man verkürzte die Namen auf ihre Anfangsbuchstaben und unterstellte dieser Vereinigung, die Ausrottung des Polentums anzustreben. Jedermann kennt den sog. Kulturkampf zur Zeit Bismarcks zwischen Kirche und Staat, — doch wer kennt auch die Ursachen, die dazu geführt haben?

Professor Kaminski läßt in seinem genannten Buch den Kulturkampf, und zwar in gewohnt einseitiger Darstellung wieder auferstehen, um ihn diesmal im besonderen gegen die deutschen Heimatvertriebenen zu richten. Er findet es belustigend, wenn die Vertriebenen-Politiker meinen, es könne in der Frage der ostdeutschen Gebiete zu einem versöhnlichen Kompromiß kommen, wenn erst die Polen das sowjetische Joch abgeschüttelt hätten. Den deutschen Vertriebenen unterstellt er, verbissen, fanatisch, emotional, blind einseitig beim Erfassen der Probleme zu sein. Die deutsche Rechtsauffassung, Deutschland bestehe in den Grenzen von 1937 fort, nennt er "vergiftende Annektionspropaganda". Sein Kommentar zu den Erlebnisberichten im polnischen Vernichtungslager Lamsdorf 1945 - 1949: *"Alles ist Lüge"*. Die Morde an den Volksdeutschen in

Bromberg 1939 sind für ihn "angebliche Morde", um gleich darauf die deutschen Gegenmaßnahmen in Bromberg als "Verbrechen an Unschuldigen" zu bezeichnen. Die Angaben über Millionen deutscher Opfer bei der Vertreibung nennt er "feindliche Propaganda" und "verbrecherischen Unsinn". Die friedliche Entwicklung zwischen den Völkern störe lediglich "die lärmende Anwesenheit dieser umgesiedelten Deutschen in der BRD". Im übrigen hätten sich große Teile der "Umsiedler" "Verbrechen am polnischen Volk zuschulden kommen lassen".

So einfach ist das alles! Als ob man es mit Geisteskranken zu tun hätte, die das politische Geschick der Völker gestalten! Aber zu dieser Auffassung waren bereits alliierte Diplomaten während der Versailler Friedenskonferenz 1919 nach Gesprächen mit den Vertretern des Polnischen Nationalkomitees unter Führung von Roman Dmowski und Ignacy Paderewski über ihre Annektionsforderungen und "historischen Begründungen" gelangt.

Selbst dem polnischen Ministerpräsidenten und Diktator Polens, Marschall Josef Pilsudski, ist es so ergangen, erklärte er doch im Juli 1927 in Galizien, als er einen Gedenkstein zum Andenken an die Bildung der polnischen Legionen bei Kriegsausbruch enthüllte:

"Es genügte, das Ende des Jahres 1918 zu durchleben, um sich die Unterhaltung mit Polen zu verekeln und um sich zu sagen, daß es unmöglich sei, mit Polen zu sprechen.

Ich rechne es zu den Wundern meiner Arbeit, daß ich ein so wildes Chaos durchwaten konnte und Polen dazu zwang, seine ersten Schritte als Staat zu tun. Alle meine Überlegung, die ich in jenen Zeiten hatte, war auf nichts anderes gerichtet, als auf die riesige Schwierigkeit, irgendwelche Beratungen mit Polen zu Ende zu führen. Die Arbeit war so ermüdend und ging so weit, daß ich eine ganze Menge von schönen Worten und Begriffen schaffen konnte, die nach meinem Tode veröffentlicht werden sollen und das polnische Volk in die Reihen der Idioten stellen werden." 6)

Graudenz an der Weichsel
Die Festung Graudenz bestand schon zu Beginn des 13. Jahrhunderts als deutsche Siedlung und erhielt 1291 Stadtrecht.

Trotzdem kommen nicht nur Hunderte, sondern Tausende Polen zu uns, zu den geschmähten Deutschen, und Professor Andrzej Kaminski begehrte sogar die deutsche Staatsbürgerschaft, die ihm von teildeutschen Behörden tatsächlich bewilligt wurde. Er hat das auf der Tagung der Zeitgeschichtlichen Forschungsstelle in Ingolstadt 1984 stolz verkündet. Ich habe es mit eigenen Ohren gehört.

Die Aussagen in "Auf den Spuren der Hakata" sind den "Dichtungen" der Mickiewicz's, Sienkiewicz's und Prus's durchaus würdig. Die Professoren Kaminski und Markiewicz reichen sich die Hand, sie wurzeln in gleichem Geist. Das kommunistische System verschaffte ihnen amtlich öffentliche Breitenwirkung. Dabei ist polnische Gegenwart nicht von polnischer Vergangenheit zu isolieren, deren abnorme Grundhaltung selbst die Sowjets verurteilt hatten, als so fundierte polnische Politik in ihren Interessen- und Lebensbereich 1920 bis 1939 eingegriffen hatte.

Von den Deutschen kennt man solchen Haß nicht, es gibt hier keine analoge Literatur, zumindest keine solche, die je amtlichen Schutz genossen hätte oder gar amtlich gefördert worden wäre und von Deutschen gegen andere Völker verfaßt worden ist. Was wir gegenwärtig jedoch im bundesrepublikanischen Teildeutschland finden, ist ungezügelte Hetzliteratur gegen die eigene deutsche Vergangenheit. Doch diese wurde im Zustand deutscher politischer Ohnmacht vom Ausland nach Deutschland hineingetragen, gefördert und straffrei abgesichert.

Haß zerstört jede Menschlichkeit und Menschenwürde. Während Polen um den großen Völkerkrieg beteten, den sie dann bekommen haben, sangen die Deutschen: *"Freude schöner Götterfunken, Tochter aus Elysium"*

Die ganze Welt weiß es und sang die unsterblichen Worte Friedrich Schillers nach Ludwig van Beethovens Komposition mit. Wer von Freude als göttlichem Funken singt, ersehnt keinen Völkerkrieg, dessen Wünsche sind anderer Art als Neid, Haß, Eigensucht und Mord, bei dem selbst Priester den Arm bis zum Ellenbogen in blutige, dampfende Wunden versenken und darin stochern.

Als Beweis für klerikale Mordhilfe bringe ich den folgenden Text eines Gebetes, das von einem polnischen Christen im Priestergewand verfaßt wurde:

"O Herr, verleihe unseren Händen Kraft, Vortrefflichkeit den Kanonen, Ausdauer den Tanks, Unsichtbarkeit den Flugzeugen,

6) *Das Ordenskreuz* *Thorner Heimatzeitung*, Berlin, August 1927

Flüchtigkeit und Allgegenwart den Gasen, verleihe ihnen die Zeichen, die Deiner heiligen Liebe gleich sind. Im Namen dieser Liebe, mit der Du uns liebst, möge der Feind dahinsinken wie das Gras, das von der Sense Deiner Gerechtigkeit berührt wird. Mögen ihre Frauen und ihr Land unfruchtbar werden, mögen ihre Kinder betteln gehn und ihre Töchter der Schandigung anheimfallen. Mögen ihre Kugeln und Geschosse ins Gras fallen wie die Lämmchen und mögen die unsrigen aus ihnen wie die Tiger das Herz herausreißen und mögen sie endlich erblinden.

Unsere Seele ist dieselbe wie vor tausend Jahren, sie haßt den Feind und verzeiht ihm nicht, so verzeihe auch Du nicht den Gottlosen, sondern strafe sie, auf daß sie aufhören uns zu schaden und hindere uns gnädigst nicht daran, wenn wir sie unschädlich machen.

Für jetzt, für immer und in alle Ewigkeit. Amen." [7]

Der Verfasser dieses "Gebetes" war der polnisch-katholische Priester Mieszko Uszerski. Es wurde in den dreißiger Jahren als Postkarte verbreitet neben den ebenfalls auf Postkarten gedruckten Landkarten des "Großpolnischen Reiches" einschließlich Berlin und Teilen der Tschechoslowakei. Unter dem "Feind" war ausschließlich der Deutsche zu verstehen, in dessen Vernichtung das Allheilmittel für die gesamte Menschheit gesehen wurde. Das vorliegende Produkt ist nur eines aus der damaligen Flut antideutscher Hetze und Vernichtungswut, woraus die Vertreibung von über einer Million Deutschen nach dem Ersten Weltkrieg, die Ermordung tausender Deutscher am Blutsonntag in Bromberg am dritten Tag nach Beginn des Zweiten Weltkrieges 1939, sowie die Totalvernichtung des Deutschtums jenseits von Oder und Neiße zu erklären ist.

Niemals hat sich die polnische Gesamtkirche von solchen deutlichen Haßausbrüchen distanziert oder sie verurteilt. Sie hat auch nach dem Bekanntwerden der grauenhaften Morde in Bromberg und auf den Verschlepptenzügen dies nicht getan, sondern geschwiegen. Hätte sie eingegriffen, hätte es zu den Greueln in Lamsdorf 1945 - 1949 nicht mehr kommen können. Aber sie hat bis zum heutigen Tage nicht ein Wort der Distanzierung und Verurteilung der Verbrechen gefunden, nicht einen Strafprozeß gefordert. Somit billigt sie durch Schweigen den Mord an den Volksdeutschen, hingegen lauthals den Raub deutschen Landes.

Doch nun zum angeblich defensiven und friedliebenden Text der ROTA, einem Lied, das — melodisch und textlich gegen alles Deutsche aufreizend — seit 1910/1919 den Rang einer zweiten polnischen Nationalhymne einnimmt und jedem polnischen Kind schon in der Schule gelehrt wird. Es soll als "nationales Liedgut" auch den künftigen Generationen ein klares Feindbild zur "patriotischen Pflicht" machen. Ihr Text lautet:

"Wir lassen nicht vom Boden, sind sein Sohn.
Wir lassen unsere Sprach' nicht sterben.
Wir sind der Polen Volk, Nation,
Der königlichen Piasten Erben.
Verdeutschen soll uns nicht der Feinde Heer.
Dazu verhelf uns Gott der Herr!

Und bis zum letzten Atemzug
Verteidigen wir Geistes Gut.
Bis sich zu Schutt und Staub zerschlug
Der Kreuzritter böse Brut.
Des Hauses Schwelle sei uns Festungswehr!
Dazu verhelf uns Gott der Herr!

Nicht mehr wird der Deutsche uns spei'n ins Gesicht,
Die Kinder uns nicht germanisieren.
Bald kommt der Waffen ehernes Gericht,
Der Geist wird uns anführen.
Blitzt nur der Freiheit goldnes Horn – zur Wehr!
Dazu verhelf uns Gott der Herr!"

Niemand, der sachgerecht urteilt, kann behaupten, der Text sei defensiv und friedlich. Der "Feind" ist bezeichnet und "der Waffe ehernes Gericht" wird angekündigt. — In Polen ist die Erziehung zum Haß Grundelement gewesen und insbesondere heute unter kommunistischer Herrschaft erneut zum ideologischen Dogma in Staat und Politik integriert worden. — Im Gegensatz zu Deutschland, wo man nicht hassen kann, wo man allem Haß abschwört und in der Selbstverleugnung so weit geht, daß man in der Feindesliebe die Liebe zum eigenen Volk vergißt. Es ist zwar eine liebenswerte Seite der Deutschen, dieses Nichthassen können und wollen, aber eine, die uns Nachteile und Spott im Übermaß einträgt.

In der polnischen Literatur geht es darum, das eigene Volk als das gütigste, ehrlichste, edelste, heroischste darzustellen und das deutsche Volk als das habgierigste, dümmste, feigste, niederträchtigste und grausamste zu brandmarken. Die stete Berieselung mit diesem Gift muß alle bösen Instinkte wecken, die nach Krieg schreien, um "Rache" nehmen zu können, obwohl man nicht weiß wofür. Und da man den Deutschen nicht nur als dummen, sondern auch als feigen Menschen darstellt, erzieht man sein eigenes Volk zur Überheblichkeit, zur Überschätzung eigener Kraft. So haben selbst die verantwortlichen Männer des Kriegsministeriums 1939 geglaubt, es genüge, wenn die polnischen Mannschaften zu Pferde mit fähnchengeschmückten Lanzen gegen deutsche Panzer angehen würden, um dann als Sieger durchs Brandenburger Tor reiten zu können. Das Erwachen war dann bitter. Aber schuld waren daran natürlich nicht die leichtsinnigen und überheblichen Polen, sondern die bösen Deutschen, weil sie Panzer hatten. Die blutrünstigen Schilderungen in den Romanen, die systematische Erziehung und das Verlangen, jeden andersartigen Mitbürger auszurotten, der in Gebieten wohnt, die Polen gewaltsam annektiert, mußte irgendwann zu Mordorgien wie jene am Blutsonntag in Bromberg, in Bereza-Kartuska, und 1945 in den ostdeutschen Vertreibungsprovinzen führen. Schon seit dem 18. Jahrhundert wurde das Volk mit dieser Lektüre gefüttert.

Der polnische Staatsrundfunk hatte am 1. Sept. 1939 in kurzen Abständen wiederholt den Rundruf Nr. 59 durchgegeben. In ihm war ein Stichwort enthalten,

7) *Deutsche Wochenzeitung*, Rosenheim 22.1.1971

das mit den Behörden verabredet war und die Aufforderung an die Wojewoden zur Weiterleitung an die Polizeidienststellen enthielt, sofort die bereits in Listen erfaßten Volksdeutschen nach fertig vorliegenden Verhaftungsbefehlen festzunehmen. Danach begann die Hatz auf die Deutschen. Zu gleicher Zeit sang der polnische Sänger Jan Kiepura, — der von einem deutschen Filmregisseur entdeckt und in Deutschland zum Sänger ausgebildet und durch die Ufa berühmt wurde, während er in seinem Heimatland nichts galt, — auf dem Marktplatz in Warschau bei einer Demonstration für den Krieg gegen Deutschland die berüchtigte Rota. "Polnischer Dank"!

Die Geschehnisse, ganz besonders in Bromberg am Sonntag den 3. September 1939, sind so grauenvoll, daß der menschliche Verstand sich sträubt, sie zu glauben. Und doch sind sie wahr. Abgesehen von dem persönlich in Bromberg Erlebten liegen mir 600 Seiten amtlicher Protokolle und eidesstattlicher Erklärungen nebst photographischen Aufnahmen von entsetzlich verstümmelten Leichen aus dem 1940 von der Reichsregierung veröffentlichten Weißbuch Nr. 3 vor. Die Verbrechen entsprachen den Romanen. Dort hat man sie erfunden, um sie den Kreuzrittern anzudichten, hier aber hatte man sie begangen, weil man dazu aufgeputscht worden war, weil die Waffen dazu in der Kirche ausgeteilt wurden. Wo diese Waffen nicht ausreichten, nahm man aus dem Haushalt Messer, Äxte, Sägen, Hammer, Wagenrundungen, Dolche, Beile, Schaufeln, Peitschen, Zaunlatten, Knüppel, Spitzhacken, Eisenstangen, bleiköpfige Totschläger u.a.

Die Deutschen sind ohne Rücksicht auf Alter, Beruf, soziale Stellung, Konfession oder Geschlecht wahllos gemordet worden: kein Stand blieb von den Mordorgien verschont, ob Bauer oder Gutsbesitzer, ob Lehrer, Pfarrer, Arzt oder Kaufmann, ob Arbeiter oder Fabrikherr. Diese Opfer wurden nicht standrechtlich erschossen.— Nach Rechtstiteln hat niemand gefragt; ohne Grund wurde erschossen, erschlagen, erstochen, zu Tode gequält, bestialisch verstümmelt. Es waren vorsätzliche Morde, die in der Mehrzahl von polnischen Soldaten, Polizisten und Gendarmen, aber auch von bewaffneten Zivilisten, Gymnasiasten, Lehrlingen, uniformierten Aufständischen, Westverbändlern, Schützen, Eisenbahnern, freigelassenen Zuchthäuslern, Frauen in wildem Blutrausch verübt wurden. Überall wurde nach einer bestimmten Methodik vorgegangen, die auf eine zentral geleitete, einheitliche Mordaktion schließen ließ. Das offen zugegebene Ziel der damaligen polnischen Politik war die Vernichtung des Deutschtums. Der in der Literatur geschürte Haß hatte sich schon lange vor Kriegsausbruch am 1. Sept. 1939 zu entladen begonnen. Diesem Ziel diente u.a. auch die Literatur, in der man bewußt den Haß schürte.

Die Sprecher Polens leugneten diese Greuel nicht nur, sondern drehten die Wirklichkeit sogar um und behaupteten frech, die Volksdeutschen hätten in Bromberg 25.000 Polen umgebracht. Und "zur ewigen Erinnerung daran" haben sie diesen imaginären Toten ein Denkmal gesetzt.

Ähnliches geschah 1985 auf dem Warschauer Stadtfriedhof. Dort wurde ein Denkmal errichtet zum Gedenken an die in Katyn ermordeten über 4.000 polnischen Offiziere mit der falschen Jahreszahl "1941" anstatt 1940 und mit der Inschrift:

In der Katharinenkirche zu Danzig. Die Hascher Christi tragen deutsche Uniformen. — *Haller Tageblatt*, Ulm 16.5 1986

"Den polnischen Soldaten, Opfern des Hitlerfaschismus, die in der Erde von Katyn ruhen."

Es ist seit 4 Jahrzehnten international eindeutig geklärt, daß die Sowjets im April/Mai 1940 jene Offiziere heimtückisch ermordet haben und an zwei weiteren Geheimplätzen weitere 11.000.

Gleichermaßen verhält es sich mit dem "zum guten demokratisch-sozialistischen, kommunistischen Ton" gehörenden Berichten über deutsche Greuel, die seit Jahrzehnten in unendlichen und hemmungslosen Varianten in die Welt gesetzt werden, und die als "Empfangspräsente" jedem — insbesondere deutschen — Besucher Polens dargeboten werden. Inzwischen sind wir soweit, daß Bilder der Reihe des Kreuzweges Christi in der Katharinenkirche zu Danzig hängen, auf denen Männer mit deutschen Stahlhelmen große Nägel in die Handflächen Christi zur Kreuzigung einschlagen, daß die Polen für diese Kirche noch ein Glockenspiel von den Deutschen wünschen und sie bereits für die Marienkirche eine neue Orgel samt Chorgestühl als Millionengeschenk aus der Bundesrepublik Deutschland erhalten haben. — Infamer geht es wohl nicht mehr! Und dies, nachdem die deutsche Bundesregierung Polen in den vergangenen Jahren bereits mit Milliarden an Hilfsgeldern und Hilfslieferungen beschenkt hat.

Polnische Truppen beim Einmarsch in Thorn 1919, kein Jubel der Bevolkerung! In dieser vom Deutschen Ritterorden gegrundeten Stadt waren von den 30.500 Deutschen im Jahre 1919 noch 2.900 im Jahre 1932 verblieben! — Das war ein Jahr v o r der Machtergreifung Adolf Hitlers in Deutschland und ein Ergebnis jahrzehntelangen polnischen Volkstumskampfes gegenüber einem wehrlosen Deutschtum!

Wirklich: wir bewegen uns in einer Welt von Geisteskranken! Es ist erschreckend, daß gerade jene es sind, die die Politik gestalten, die hemmungslos unwahrhaftig, hemmungslos raubgierig, hemmungslos haßerfüllt sind, die hemmungslos diktatorisch regieren, hemmungslos die primitivsten Menschenrechte mißachten und ganze Völker aus ihrer Heimat vertreiben und andere einsperren, aber nicht müde werden, lauthals der Welt zu verkünden, daß nur und ausschließlich s i e Frieden, Fortschritt, Freiheit, Humanität, Wahrheit, Gerechtigkeit repräsentieren.

Deutschland hat in langen Friedensjahren unendlich viel Großes und Schönes der ganzen Welt geschenkt. Wir brauchen die deutschen Leistungen für die kulturelle, wissenschaftliche und technische Menschheitsentwick-

Auch die Briefmarkenserien Polens mit "den wiedergewonnenen bzw. zurückgekehrten polnischen Westgebieten" bei gleichzeitigem Verzicht Bonns, Briefmarken, die an den deutschen Osten sowie an die Vertreibung der Deutschen erinnern, herauszubringen, paßt in die gleiche Linie.

Wo wir auch hinschauen, in die Vergangenheit oder in die Gegenwart: Die polnische Antwort auf deutsche Großmut, deutsche Wohltat, deutsches Schweigen, deutschen Verzicht auf Rache und Vergeltung, ja deutschen Verzicht auf großräumige Provinzen, ist Haß in Ewigkeit. "Ewigkeit" verstanden hier durchaus auch in religiösem Sinne, denn der polnische Klerus ist mit von der Partie und versteht "den lieben Gott" mit seinen Dimensionen in diese Zielsetzungen einzuspannen, spreche doch "der liebe Gott" nur polnisch und sei doch die Westverschiebung der polnischen Grenzen eine "gottgewollte Gerechtigkeit" (Kardinal Wyszynski) und berechtige daher den polnischen Klerus zur "Stabilisierung der Westgebiete" aktiv beizutragen (so Weihbischof Jan Galecki in Stettin im Mai 1985) [8]. Bezeichnenderweise hat sich auch die polnische Kirche der ROTA angenommen und empfing mit diesem Lied bei 600.000 Teilnehmern am 21. Juni 1983 den Papst in Breslau; schon 1981 in Castel Gandolfo hatte es der Papst beim Besuch seiner Landsleute im Mikrophon mitgesummt. [8]

("Faschistischer Hetz"-?) Kommentar der *Berliner Illustrirte Zeitung* vom 11.11.1937

"Das Bankett der Jagdkameraden im Stadtschloß: Der Gastgeber Hermann Göring tauscht mit seinem polnischen Jagdkameraden Graf Potocki Erinnerungen aus." — **Graf Potocki war bekanntlich polnischer Botschafter in Washington und brachte zwei Jahre später — Anfang Juli 1939 — von USA folgende Eindrucke nach Polen mit:**

"Im Westen gibt es allerlei Elemente, die offen zum Kriege treiben; die Juden, die Großkapitalisten, die Rüstungsfabrikanten. Alle stehen heute vor einer glänzenden Konjunktur, denn sie haben einen Ort gefunden, den man in Brand stecken kann: Danzig; und eine Nation, die bereit ist, zu kampfen: Polen. Auf unserem Rücken wollen sie Geschafte machen. Die Zerstörung unseres Landes würde sie gleichgültig lassen. Im Gegenteil: da später alles wieder aufgebaut werden müßte, wurden sie daran verdienen."

— "Wahrheit für Deutschland — Die Schuldfrage des Zweiten Weltkrieges", Vlotho 1965, S. 353, bzw. J. Szembeck "Journal 1933 - 1939", Paris 1952, S. 475/476.

8) Christian Th. Stoll, "Die Deutschen im polnischen Herrschaftsbereich nach 1945", Wien 1986, S 85 - 89.

lung hier nicht aufzuzählen; es würde den Rahmen einer kurzgefaßten Publikation sprengen. Doch ein Zitat einer gebürtigen Engländerin und naturalisierten Amerikanerin aus der Nachkriegszeit sei hier abschließend eingeführt, das auch den deutschen Friedenswillen ungeschmälert eingesteht und anerkennt, wobei Freda Utley in ihrem Buch "Kostspielige Rache" keineswegs im Ausland allein steht:

"Die Kriegspropaganda und die Geschichtsfälschungen, in denen sich eine Unzahl von Journalisten, Schriftstellern, Professoren und Politikern erging, haben dem amerikanischen Volk die Überzeugung eingeimpft, daß die Deutschen aus ihrer Natur heraus der Demokratie abgeneigt und ein angriffslüsternes Volk seien, das stets von neuem versuchen werde, die Welt zu beherrschen, wenn man es nicht niederhalte und ihm in einem langen Unterweisungsprozeß, wie in einer Besserungsanstalt, die Liebe zur Demokratie beibringe.

Nur diejenigen, die sich in der Geschichte Europas auskennen, wissen, daß Deutschland erst eine kämpferische Nation wurde, als Jahrhunderte französischer Aggressionen von Richelieu bis zu Napoleons Eroberungszügen eine Reaktion hervorriefen, die es Preußen erlaubte, aus den uneinigen und machtlosen Konigreichen, Fürstentumchen und Freien Städten, aus denen vor der französischen Revolution Deutschland bestand, den geeinten deutschen Staat zu erbauen, wie wir ihn kennen. ...

Es ist die Tragödie der Geschichte unserer Tage, daß man die Deutschen stets miserabel behandelt hat, wenn sie friedfertig gesinnt waren. Das hatte die ganz natürliche Folge, daß die Verfechter der Gewalt immer wieder die Herrschaft über die Nation gewonnen haben, nachdem es Demokraten und Antimilitaristen versagt geblieben war, eine annehmbare Regelung für die Deutschen zu erreichen oder diese vor Angriffen zu schützen."

"Die Kriegspropaganda hat die harten Tatsachen der Geschichte verschleiert, sonst müßten die Amerikaner wissen, daß die Deutschen – wenn überhaupt – keineswegs angriffslustiger sind als die Franzosen, Briten und Niederländer, die in Asien und Afrika Riesenreiche eroberten, während die Deutschen zu Hause blieben, Musik komponierten, Philosophie studierten und ihren Dichtern lauschten. Vor gar nicht so langer Zeit gehörten die Deutschen noch zu den friedfertigsten Völkern dieser Erde; sie könnten es wieder werden, wenn man ihnen eine Welt gäbe, in der es erlaubt wäre, im Frieden zu leben. Die Böcklers in Deutschland waren zwar im Irrtum, wenn sie glaubten, daß man von den Westmachten Zugeständnisse auf dem Verhandlungswege erringen konnte, ihre Haltung beweist aber die Bereitschaft vieler Deutscher, sich bei der Verfolgung ihrer Ziele friedfertiger Methoden zu bedienen. Leider sah es gar nicht so aus, als ob sie imstande sein würden, das auch zu tun." 9)

Friedfertig kann nur derjenige sein, dem man keine Kriege aufzwingt. Welteroberungspläne haben Deutsche nie geschmiedet! Sehr zum Unterschied anderer Völker bzw. deren Repräsentanten! Fremdvölkische Kontinente halten ganz andere Nationen besetzt! Das Zeitalter des Imperialismus ist nie von Deutschland angeführt worden! Die Weltkriege haben ganz andere als deutsche Ursachen! Deutsche Staatskunst verstand sich durchaus in objektiver Lageeinschätzung und Zurückhaltung angesichts der gefährlichen europäischen Mittellage. Doch

Amtlicher polnischer Briefmarkenschwindel! – Ausgabe "zum 500. Jahrestag der Rückkehr Westpreußens zu Polen". Sämtliche Städte: Elbing, Danzig, Thorn, Marienburg, Allenstein waren von Deutschen erbaut und bis zur Zwangsvertreibung der Deutschen 1919 bzw. 1945 deutsch bevölkert! – Das gleiche galt für das auf der zweiten Briefmarkenserie markierte deutsche Land – die sogenannten "polnischen Westgebiete"!

alles dies kann aus dem Bewußtsein der Menschen verdrängt werden, wenn Weltmächte zur weiteren Ausweitung ihrer Macht auf psychologische Kriegführung umschalten und kleine Nationen in dieses Treiben einspannen. Freda Utley hat das wie folgt ausgedrückt:

"Immer noch ist die Feder mächtiger als das Schwert und trägt eine größere Schuld am Elend der Menschheit, wenn sie ohne Skrupel in den Dienst der psychologischen Kriegführung gestellt wird. Samuel Johnson hatte wahrlich recht, als er im 18. Jahrhundert schrieb:

'Ich weiß nicht, was man mehr zu fürchten hat: Straßen voller Soldaten, die zu plündern gewohnt sind, oder Dachkammern voller Schreiberseelen, deren einziges Metier das Lügen ist.' "

Die Deutschen in Westpreußen und im Wartheland sangen einst ein Lied, in dem sie sich rückhaltlos zu ihrem Vaterland und zu ihrer Muttersprache bekannten. Sie bedurften keiner Lügen, keiner Hetze, keiner Vertreibung anderer Menschen aus ihrer Heimat:

"Was Dich auch bedrohe, eine heil'ge Lohe gibt Dir Sonnenkraft.
Laß Dich nicht entrechten, laß Dich nimmer knechten.
Gott gibt den Gerechten wahre Heldenschaft.
Was auch immer werde, steh zur Heimaterde, bleibe wurzelstark.
Kämpfe, blute, werbe für Dein deutsches Erbe.
Siege oder sterbe, deutsch sei bis ins Mark."

9) Freda Utley, "Kostspielige Rache", Tübingen 1962, S. 11 - 12 + 162

Die polnischen Konzentrationslager

I.] Gleich zu Beginn der Existenz (Eigenstaatlichkeit) Polens nach dem I. Weltkriege wurden folgende 2 Konzentrationslager für Deutsche in Polen errichtet:

a) **Szcypiorno**, im Posener Gebiet, errichtet 1918
b) **Stralkowo**, auch im Posener Gebiet, errichtet 1919

In diesen Lagern wurden ca. 16.000 Deutsche eingesperrt. Diese beiden Lager waren die ersten KZs in Europa. Von 1920 - 1939 hat über eine Million Deutsche zwangsweise Polen verlassen müssen, und zwar nicht selten fluchtartig.

II.] Zu Pilsudskis Zeit wurden dazu noch folgende Konzentrationslager in Polen für Deutsche und Ukrainer, aber auch für politische Gegner und polnische Oppositionelle errichtet:

a) **Bereza-Kartuska** (Galizien), errichtet 1926
b) **Brest-Litowsk**, errichtet ebenfalls 1926

In der Zeit von März bis September 1939, also noch vor Beginn des 2. Weltkrieges (am 1.9.1939), wurden in Polen weit mehr als 50.000 Deutsche interniert und waren schweren Mißhandlungen ausgesetzt.

III.] Im Jahre 1939 errichteten die Polen folgendes bekannte Konzentrationslager neben einigen kleineren KZs für Deutsche:

a) **Chodzen**, eine ehemalige Zuckerfabrik zwischen Leslau und Kutno. Hier wurden in den ersten Septembertagen 1939 = 7.000 Deutsche — verschleppte Volksdeutsche —, darunter Frauen und Kinder sowie Greise und auch Krüppel inhaftiert und malträtiert.

b) **Bromberg**

Den Höhepunkt der polnischen Deutschen-Verfolgung bildeten die viehischen Morde an den Volksdeutschen am 3. September 1939 hauptsächlich in Bromberg mit zunächst "nur" 5.437 erfaßbaren Opfern. Diese Schandtaten sind als "Bromberger Blutsonntag" in die Geschichte eingegangen.

c) Im August/September 1939 veranlaßten die polnischen Behörden die Einsammlung von unzähligen Volksdeutschen aller Altersgruppen, Männer wie Frauen und setzten sie in schier endlosen Todesmärschen nach Kutno, Lowitsch, Warschau, Sochaczew, Blonia, Kostpol und quer durch Wolhynien und Galizien nach Bereza-Kartuska in Bewegung.

IV.] Im Jahre 1945 kamen folgende polnische Konzentrationslager im altpolnischen Gebiet sowie in den deutschen Ostgebieten hinzu:

a) **Potulice** bei Bromberg in Westpreußen (wurde erst 1949/50 aufgelöst).

b) **Lamsdorf** bei Falkenberg in Oberschlesien. In diesem KZ wurden allein 6.048 Deutsche (Volksdeutsche) von insgesamt rund 8.000 auf unmenschliche Weise in den Jahren 1945/1946 von den Polen umgebracht. Die Leiden der Deutschen in diesem Lager sind unter dem Begriff "Die Hölle von Lamsdorf" bekannt geworden.

c) **Tost** bei Gleiwitz in Oberschlesien
d) **Myslowitz**, ebenfalls in Oberschlesien
e) **Granowo** bei Lissa
f) **Sikawa** bei Lodz
g) **Jaworzno** bei Tschenstochau

Es gab noch eine Reihe weiterer weniger bekannte polnische Vernichtungslager für Deutsche in dem kongreßpolnischen Gebiet bzw. in den deutschen Ostgebieten, wie z.B. **Quellengrund u. Kreuzberg** in Oberschlesien. Das Bundesarchiv in Koblenz hat für das Gebiet östlich der Oder und Neiße die erschreckende Zahl von 1.255 Lagern (KZs) in Polen ermittelt, abgesehen von 227 Gefängnissen, in denen Gewalttaten an unschuldigen Deutschen begangen wurden.

Insgesamt sind in den Jahren von 1945 - 1947 = 2,3 Millionen Deutsche auf der Flucht aus den Oder-Neiße-Gebieten, in polnischen Vernichtungs- und Konzentrationslagern und in polnischen Gefängnissen "gestorben" und zwar nur deshalb, weil sie Deutsche waren.

Diese Aufstellung ist das Ergebnis der Auswertung zahlreicher Quellen deutscher und internationaler Herkunft.

Paul Klever [10)]

Die unzähligen politischen Gewalttaten und politischen Morde gegenüber Volksdeutschen durch polnische Terroristen, die nicht in berüchtigten Massenlagern und Gefängnissen durchgeführt worden sind, sondern heimlich und "geräuschlos" vor sich gingen, sind zahlenmäßig gar nicht erst zu erfassen.

---

10) Anzeiger der Notverwaltung des Deutschen Ostens, März/April 1985, Kiel, Seite 11 - 12

Der Leidensweg von Oberschlesien 1918 - 1921 [11]

Die drei polnischen Aufstände: 17.8.1919 ; 19./20.8.1920 ; 3.5.1921

Abstimmung: 20. März 1921 : trotz polnischen Terrors auch in Ost-Oberschlesien 60% für Deutschland

Das 1908 in seinem Buch "Deutschland, Rußland und die polnische Frage" verkündete "allpolnische Programm" Roman Dmowskis hat die von ihm geführte Nationaldemokratische Partei übernommen. Es war eine polnische Spielart des panslawistischen Programms Rußlands. Deutschland wird darin entgegen den geschichtlichen Tatsachen als Gefahr für die anderen Völker, insbesondere für Polen hingestellt. Polnische Expansionsabsichten werden als Abwehrmaßnahmen gegen deutsche Eroberungssucht ausgewiesen und mit dem Schein des Rechts versehen. Das polnische "Territorialprogramm" war schon lange Jahre vor Kriegsausbruch von Roman Dmowski geplant und zielte auf die Vernichtung der deutschen Macht.

Als sich der Erste Weltkrieg an den panslawistischen Bestrebungen auf dem Balkan entzündet hatte, sprach der polnische Abgeordnete in der Petersburger Duma am 8. August 1914 von dem "historischen Augenblick, da die slawische Welt gegen die von dem ewigen Feinde Polens, Preußen, geführte germanische Welt zum entscheidenden Kampf antritt". Polen sollte unter dem Zepter des russischen Zaren neu erstehen. Der russische Außenminister Sasonov legte Mitte August 1914 mit Dmowski jene Gebiete fest, die Deutschland entrissen werden sollten: Oberschlesien, zwei Kreise Mittelschlesiens (Groß-Wartenberg und Namslau), Posen, die Pommernkreise Lauenburg und Bütow, Westpreußen und Ostpreußen.

Die kommunistische Revolution machte diese Planung zunichte. Doch sie wurde anschließend mit Hilfe der Westmächte vorangetrieben. In seiner Denkschrift vom März 1917 spricht Dmowski von "polnischen" Gebieten in Deutschland und Österreich, in denen die Masse der Bevölkerung polnisch spreche, in ihren Gedanken und Gefühlen polnisch sei, und nennt hierbei Oberschlesien, den südlichen Teil Ostpreußens und das Herzogtum Tschechen. In einer weiteren Denkschrift vom Juli 1917 beansprucht er bereits für Polen die Grenzlinie westlich von Oberschlesien, Posen und Westpreußen. Auch hier wird der Popanz einer deutschen Expansion im Osten bzw. eine "deutsche Gefahr für die ganze Welt" aufgeblasen.

Gleichzeitig empfiehlt er den Westmächten Polen als "neue Großmacht, ... die Deutschlands Gegner ist". Weitere Denkschriften wiederholen die polnischen Gebietsforderungen. In dem von Dmowski dem amerikanischen Präsidenten Wilson am 8.10.1918 überreichten "Memorial über das Territorium des polnischen Staates" kommt als neues, vor allem für die Wilson'sche Psyche bestimmtes Moment hinzu: Polen als große schöpferische Demokratie in Osteuropa, ein Bollwerk gegen den deutschen Drang nach Osten für die Sache der Freiheit und Demokratie, zur "Erfüllung seiner Pflichten gegenüber der zivilisierten Menschheit, seiner Mission als Verteidiger der hohen Ziele der Gerechtigkeit, der Freiheit und des Friedens".

Die Polen Dmowski und Paderewski hatten die Neuverwirklichung ihrer großpolnischen Ziele bei den Westmächten gut vorbereitet. Verstanden sie es doch, den amerikanischen Präsidenten Wilson, der von den historischen und ethnographischen Tatsachen Europas keine Ahnung hatte, in ihrem Sinne zu beeinflussen. Auch bei den Versailler Friedensverhandlungen verstanden es die Polen, den durch keine Sachkunde getrübten Obersten Rat mit Hilfe von reichlich verwendeten Verdrehungen und Verfälschungen von Tatsachen für sich einzunehmen und den Geist der Verhandlungen zu bestimmen. Die Denkschrift, die Dmowski am 8. Oktober 1918 Wilson überreicht hatte, enthüllt reinsten Imperialismus. Es genügt zu zitieren:

> "Das polnische Gebiet im preußischen Staat zerfällt in vier Provinzen: Posen, Westpreußen, Ostpreußen und Schlesien."

Westpreußen, das damals zu einem Drittel polnisch besiedelt war, wurde als mehrheitlich polnisch besiedelt hingestellt. Für das damals fast rein deutsche Danzig gibt sie "fast die Hälfte der Bevölkerung" als polnisch an, und die deutschsprechende Bevölkerung Ostpreußens bezifferte sie auf 1.500.000, während sie nach der Statistik von 1925 rd. 2.250.000 betrug. Von Schlesien behauptete sie, daß 90 % der Bevölkerung sich zu Polen bekannten, während Tatsache ist, daß Nieder- und Mittelschlesien fast rein deutsch war und sich bei der oberschlesischen Abstimmung 1921 trotz polnischen —

11) Verf. dieses Artikels = Landsmannschaft Schlesien, Landesgruppe Nordrhein-Westfalen, Kulturreferat, Bonn, o.J. Zitate aus·
Rudolf Schricker, "Blut — Erz — Kohle. Der Kampf um Oberschlesien", Berlin o.J.

von den Völkerbundstruppen unterstützten — Terrors 60 Prozent für Deutschland entschieden.

Schon vor der Unterzeichnung des Versailler Vertrages griffen die Polen zu einem Mittel, das auch in der Folgezeit eine wichtige Rolle spielte: Zur Schaffung vollendeter Tatsachen, und sie unternahmen es mit Erfolg, die Provinz Posen, die nach den Waffenstillstandsbedingungen nach wie vor zu Deutschland gehörte, kurzerhand zu annektieren, was ihnen nicht ohne Mithilfe der die Weltverbrüderung proklamierenden deutschen Soldatenräte gelang. Nachdem aber der Versailler Vertrag die polnischen Wünsche auf ganz Schlesien nicht erfüllt und für Oberschlesien eine Abstimmung festgelegt hatte, versuchte Polen nun, ein zweites Mal vollendete Tatsachen zu schaffen, indem es in Oberschlesien drei Aufstände entfachte.

Artikel 88 des Versailler Vertrages lautete:

"In dem Teil Oberschlesiens, der innerhalb der nachstehend beschriebenen Grenzen gelegen ist, werden die Einwohner berufen, im Wege der Abstimmung kundzutun, ob sie mit Deutschland oder Polen vereinigt zu werden wünschen."

Korfanty vor seinem Hauptquartier bei Kattowitz.
Korfanty

Wojciech Korfanty : Im Deutschen Kaiserreich mehrfach Mitglied des Reichstages (Polenfraktion), leitete 1920 und 1921 die polnischen Insurgentenaufstände in Oberschlesien, war von 1922 - 1923 sogar Ministerpräsident in Polen. Die letzten Jahre vor seinem Tode am 17. August 1939 verbrachte er teils wegen Betrugsaffären im Gefängnis, teils in der Emigration und firmierte als Journalist.

****

Zur Verwirklichung der Abstimmung wurde eine Sonderkommission eingesetzt, die aus dem Generalstabschef von Marschall Foch, General Le Rond (Frankreich), als Vorsitzendem, dem polenfreundlichen Dr. Lord (USA), Headlam-Morley (England) und Marquis della Torretto (Italien) bestand. Le Rond und Dr. Lord waren beide Gegner der Abstimmung und befürworteten den Anschluß Oberschlesiens an Polen. Le Rond war darauf bedacht, Deutschland so viel wie möglich seiner Industrie zu berauben und mit allen Mitteln den Zielen Frankreichs und Polens zu entsprechen.

Zu den Pflichten der Kommission gehörte es, "alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Sicherung einer freien, unbeeinflußten und geheimen Stimmabgabe für erforderlich erachtet". Diese für jede Abstimmung wichtige Grundbestimmung erwies sich infolge des parteilichen Verhaltens der Franzosen als eine Farce, wogegen die britischen und italienischen Zivilisten und Soldaten ihren Auftrag loyal zu erfüllen versuchten. Bei der Festlegung der neuen Gesetze sollten von den Kommissaren "die Wünsche der Einwohner gemäß dem Abstimmungsergebnis sowie die geographischen und wirtschaftlichen Bedingungen der Örtlichkeit" berücksichtigt werden. Die Auslegung dieses Satzes war in der Folgezeit heftig umstritten. So versuchten Le Rond und Dr. Lord, vom Abstimmungsgebiet die fünf Bezirke auszuschießen, die polnische Abgeordnete in den deutschen Reichstag entsandt hatten. Der Brite lehnte aber ab, zumal Lloyd George an Hand eigener Erfahrungen im britischen Empire nachgewiesen hatte, daß Wähler, die für polnische Abgeordnete stimmten, keineswegs notwendigerweise auch für die Abtretung von Deutschland stimmten.

****

Michael Grazynski veranlaßte auf einer Propagandawoche des "Westverbandes" Anfang April 1938 in Gdingen eine Entschließung, in der die Rücknahme weiteren "Mutterlandes", das Polen in Versailles noch verweigert worden sei, gefordert wurde. Im Okt. 1938 ließ er als Verantwortlicher des "zurückgewonnenen" Olsagebietes das deutsche Wirtschafts- und Schulsystem vernichten.

****

Michael Grazynski

Von 1919 an einer der fanatischsten Deutschenhasser, langjähriger Wojwode von Kattowitz, intensivierte 1939 seine Vernichtungspolitik gegenüber den Volksdeutschen in Polen.

Es ist interessant, daß man schon damals ebenso wie Kaschuben und Masuren auch die wasserpolnisch sprechende Bevölkerung Oberschlesiens zu Polen machte, was sie, wie auch die spätere Abstimmung erwies, keineswegs waren, und daß man damit argumentierte, daß Oberschlesien erst durch den Zugriff Friedrichs des Großen zu Preußen kam, jedoch unterschlug, daß es zum Deutschen Reich schon mehrere Jahrhunderte länger gehörte. Die endgültige Entscheidung zu Gunsten einer Abstimmung in der Friedenskonferenz hatte alle parteilichen Eiferer auf den Plan

gerufen, zumal die USA den Friedensvertrag nicht ratifizierten und damit als Besatzungsmacht ausfielen.

Noch während der Oberste Rat zu Versailles über das Schicksal Oberschlesiens entschied, planten die Polen, ihre bereits in Posen-Westpreußen und an ihren östlichen Grenzen erfolgreich angewandte Politik, vollendete Tatsachen zu schaffen, auch auf Oberschlesien anzuwenden. Nur fand sich hier im Gegensatz zu Posen-Westpreußen unter den deutschen Sozialisten in Gestalt des Reichs- und preußischen Staatskommissars Hörsing, Vorsitzender im Arbeiter- und Soldatenrat für Oberschlesien, ein tatkräftiger Mann, der sich den polnischen Umtrieben entgegenstellte und den Belagerungszustand verhängte. Als am 11. August 1919 die polnischen Arbeiter zusammen mit den deutschen Spartakisten in den Generalstreik traten, und die Aufhebung des Belagerungszustandes forderten, lehnte es Hörsing ab, was für die Polen das Signal zum ersten bewaffneten Aufstand am 17. August war. Bei Kattowitz, Beuthen und Myslowitz trieb das deutsche Militär jedoch die polnischen Scharen zurück. Die deutsche Regierung verschärfte den Belagerungszustand, der aber schon am 26. August wieder aufgehoben werden konnte, und am gleichen Tage gaben die Aufständischen ihr Unternehmen auf. Polnische Gefangene wurden als reguläre polnische Soldaten identifiziert. Flüchtige Insurgenten wurden teilweise in die s.Z. in Frankreich aufgestellte polnische Haller-Armee aufgenommen, und General Haller selbst hielt sich während des Aufstandes im Grenzgebiet auf.

Schon Ende des Monats erfolgten aber neue tägliche Bandeneinfälle, die von der polnischen Armee ausgingen, und die Aufstandsleitung verstieg sich zu der die wahren Tatsachen umkehrenden Drohung:

> "Wenn die deutschen Soldaten nicht aufhören werden, die polnische Zivilbevölkerung zu beschießen und zu morden, so werden die Aufständischen für jeden Polen und für jede Polin drei Deutsche erschießen. Wer die Aufständischen verrät, wird erschossen und sein Anwesen verbrannt."

Kennzeichnend für die von den Polen verübte Methode, die bis heute noch ihre linientreue Pressepolitik bestimmt, ist, die eigenen Rechtswidrigkeiten den Deutschen zu unterstellen und mit diesen falschen Unterstellungen ihre eigenen rechtswidrigen Handlungen zu rechtfertigen. Dazu gehörte auch damals eine humanitätstriefende Propaganda-Literatur, mit der das Ausland überschwemmt und die Strafe des Himmels auf die "grausamen deutschen Barbaren" herabgerufen wurde, und Massenversammlungen, in denen die angeblichen deutschen Greuel gebrandmarkt wurden. Auch "Protestkundgebungen" dienten dazu, die polnische Öffentlichkeit aufzuputschen und die Siegerstaaten zu ihren Gunsten zu beeinflussen.

Im Dezember 1919 erschien endlich die "Interalliierte Regierungs- und Plebiszitkommission", am 27. Januar 1920 marschierten die ersten Besatzungstruppen in Oberschlesien ein. Ihre Gesamtstärke betrug 15.000 Mann, davon rd. 13.000 Franzosen. Es waren Alpenjäger, was auf eine falsche Auslegung des Begriffs "Oberschlesien" zurückzuführen ist. Darauf verließ im Februar 1920 die deutsche Reichswehr das Abstimmungsgebiet. Die Kommissare, die es regieren und die Abstimmung vorbereiten sollten, waren: General Le Rond als Vorsitzender, der Italiener General de Marinis und der Engländer Oberst Sir Harold Percival, ein fähiger, sprachkundiger Verwaltungsfachmann. Die Regierungskontrolle lag weitestgehend in den Händen von Le Rond und seinen Mitarbeitern, die die wichtigsten Verwaltungsabteilungen in ihren Händen hatten. Über die Hälfte der Verwaltungsbeamten waren Franzosen. Zu den französischen Soldaten kamen Italiener, während Engländer nur während der Abstimmung und nach Ausbruch des Maiaufstandes 1921 anwesend waren. Den Oberbefehl hatte der französische General Gratier, die oberste Polizeigewalt General Bonnet. Auch die Leiter der Exekutiv- und Spezialpolizei waren Franzosen, ebenso der Leiter der Inneren Angelegenheiten. Die Engländer und Italiener waren wirklich entschlossen, im Sinne von Buchstaben und Geist des Vertrages zu handeln und dafür zu sorgen, daß die Abstimmung auf der Grundlage des freien Willens der Bevölkerung vor sich ging und nicht nach den Sonderinteressen einer Nation. Sie begegneten aber den Ränken und geheimen und offenen Machenschaften zu Gunsten der Polen. Polen hatte das Hotel Lomnitz in Beuthen erworben, von wo aus Korfanti als polnischer Abstimmungskommissar seine Fäden spann. Während die Grenze nach Polen zu offen blieb, wurde die oberschlesische Westgrenze stark bewacht. Die preußische Sicherheitspolizei (Sipo) wurde sofort aufgelöst. An ihre Stelle trat die berüchtigte Apo (Abstimmungspolizei), in die auch Mitglieder der polnischen Aufständischenverbände aufgenommen wurden.

Auch die Deutschen waren nicht müßig geblieben. Als wichtigstes Organ traten die "Vereinigten Verbände heimattreuer Oberschlesier" in Tätigkeit, die ihre Organisationszentrale aus Gründen der Vorsicht nach Breslau verlegten, von wo auch die Abstimmungsberechtigten erfaßt wurden. Abstimmen durfte jede über 20 Jahre alte Person, die im Abstimmungsgebiet lebte oder dort geboren war. Die Verbände besaßen als Mitarbeiter 19 Kreisleiter, über 1.000 Ortsgruppen und über 10.000 Vertrauensleute, von denen 150 ihr Leben opferten. Im April 1920 gründeten die oberschlesischen politischen Parteien das deutsche Plebiszitkommissariat unter der Leitung von Dr. Urbanek in Kattowitz, während offizieller Sitz und politischer Schwerpunkt der Vereinigten Verbände Oppeln war. Die Arbeit der Deutschen war von vornherein dadurch erschwert, daß sie

PILSUDSKI †

Die Staatsidee des polnischen Staatschefs, Marschall Joseph Pilsudski, der im Mai 1935 – leider viel zu früh – verstarb, lautete nach den Worten des polnischen Patrioten Wladislaw Studnicki:

"Ein Krieg Polens mit Deutschland ist für Polen eine Katastrophe, und die Teilnahme Polens an einer antideutschen Koalition bedeutet die Errichtung einer Front gegen die europäische Zivilisation."

Das hatte ihn freilich 1933 nicht gehindert, einen Präventivkrieg – gemeinsam mit Frankreich – zu erwägen, eigener "Ansprüche" wegen.

Rud. Stache, "Polen Söldner von Englands Gnaden", Bremen o.J. S. 72

Dennoch ließ Adolf Hitler im September 1939 vor dem Grabmal dieses Staatsmannes in Krakau eine Ehrenwache aufziehen aus Anerkennung und Ehrung seiner Bemühungen um Frieden mit Deutschland in den Jahren 1934 - 1935!

den polenfreundlichen Franzosen keinerlei sachlichen oder formalen Grund zur Beanstandung geben durfte, während Korfanti es sich leisten konnte, gleichzeitig polnischer Plebiszitkommissar und Führer der polnischen Aufstände zu sein. Mit demagogischem Geschick bediente er sich aller publizistischen Mittel, gründete in Gleiwitz die *"Oberschlesische Post"*, in Oppeln und Ratibor die *"Oberwacht"*, in Rybnik die *"Katholische Volkszeitung"*, kaufte die Beuthener *"Oberschlesische Grenzzeitung"* und die *"Kreuzburger Zeitung"* auf, und der *"Weiße Adler"* erschien in deutsch-polnischer, eine Zeitschrift für die Besatzungsmacht in französischer Sprache. Seine Zeitungen propagierten ein radikales Landzuteilungsgesetz, das angeblich in Polen schon galt, in Wirklichkeit aber nicht durchgeführt wurde.

In der Nacht vom 19. zum 20.8.1920 brach unter der Leitung des späteren schlesischen Wojwoden Grazynski der zweite polnische Aufstand aus. Jetzt wollte man die deutschen bewaffneten Organisationen beseitigen, die Sicherheitspolizei entwaffnen und polnische Bürgerwehren einrichten. Er war ein ernster Schlag gegen die Autorität der Interalliierten Kommission, und es zeigte sich, daß sie auf Grund der in ihr vorhandenen widerstreitenden Interessen nicht in der Lage war, die Ordnung aufrechtzuerhalten. Auch die zwischen Korfanti und Le Rond bestehenden Verbindungen wurden jetzt offenkundig. Auch dieser Aufstand hatte als wichtigstes Ziel, durch Besetzung des Abstimmungsgebietes vollendete Tatsachen zu schaffen und diese dem Obersten Rat in Versailles zu präsentieren. Da die französischen Truppen offen mit den Aufständischen sympathisierten, herrschte von neuem der polnische Terror in Gestalt von Mord, Brandstiftung, Mißhandlung, Sachbeschädigung und Verschleppung. Deutsche wurden in polnischen Internierungslagern festgehalten, das Dorf Anhalt im Kreise Pleß völlig niedergebrannt, rd. 150 heimattreue Deutsche ermordet. Auch bei diesem Aufstand verdrehten die Polen die Tatsachen, indem sie ihn als "Verteidigungskrieg gegen die (angeblichen) deutschen Angriffe" hinstellten. In der Art der Gewaltanwendung lag Methode: Man wollte den Nationalitätenhaß schüren und die deutsche Bevölkerung durch Terror einschüchtern, um damit den Ausgang der Abstimmung zu beeinflussen.

Im Gegensatz zu den französischen verhielten sich die britischen und italienischen Truppen korrekt und traten jeder Gewaltanwendung entgegen, so daß die Polen nur einige Kreise unter ihre Herrschaft bringen konnten. Schließlich schloß die Abstimmungskommission mit den Insurgenten einen Vertrag, worin sie das von diesen besetzte Gebiet respektierten. Ungeachtet dessen wurde aber der polnische Terror gegen die Deutschen fortgesetzt.

Das von der 1. Kommission veröffentlichte Abstimmungsreglement verletzte wesentliche Punkte des Versailler Vertrages und begünstigte Polen. Die fälligen oberschlesischen Gemeindewahlen wurden von der Pariser Botschafterkonferenz untersagt. Drei britische Kreiskontrolleure und ein italienischer Kontrolleur legten ihr Amt nieder, da sie bei den Truppen keine Unterstützung fanden, und die englische Kommission schlug die Ausweisung Korfantis aus dem Abstimmungsgebiet vor, wenn auch vergeblich. Zum großen Teil erfolgreich war der britische Vorschlag, die Kontrolle der Kreise und des Industriegebietes gleichmäßig unter

Franzosen, Briten und Italiener zu verteilen. Korfanti jedoch blieb — um sich der Vorbereitung eines dritten Aufstands zu widmen. Er unterließ es auch, gemäß den Instruktionen der Abstimmungskommission seine Anhänger zu entwaffnen. Der Terror gegen die deutsche Bevölkerung wurde mit Hilfe der von ihm neugegründeten Bojowka Polska fortgesetzt, und eine Feststellung des Obersten Rates hebt hervor, daß "die Interalliierte Kommission ihren Aufgaben und Pflichten nicht nachgekommen ist". Nicht nur dies: Die Franzosen versorgten die Polen mit Waffen! Denn es war der Wille von Paris, auf jeden Fall die Warschauer Wünsche zu fördern, so daß sogar der päpstliche Kommissar für Oberschlesien, Msgr. Ogno Serra, bei Le Rond deshalb Beschwerde führte. Die bestehende Pressezensur wirkte sich zu Ungunsten der Deutschen aus. Eine Meldung der "*Kattowitzer Zeitung*", Korfanti habe als Mitglied des deutschen Reichstages 1918 den Standpunkt vertreten, das polnische Interesse fordere gebieterisch ein Zusammengehen mit den Mittelmächten, wurde mit dreitägigem Verbot bestraft. Korfanti sollte auch nicht an seine Vergangenheit erinnert werden, als er als Vertrauensmann Erzbergers der deutschen Regierung gegen hohes Entgelt Spitzeldienste leistete.

Vergeblich protestierte die deutsche Regierung gegen den polnischen Terror:

> "... Unerhörte Gewalt- und Greueltaten folgten in ununterbrochener Reihe. Wohlausgerüstete Räuberbanden treten vor allem in den an Polen grenzenden ...Bezirken auf und halten die friedlichen Einwohner dieser Distrikte in ständiger Unruhe und Sorge. Selbst am hellichten Tage werden in belebten Straßen Passanten ausgeplündert und von sogenannten Entkleidungskommissionen ihrer Kleidung beraubt... Politischer Terror wird in allen nur denkbaren Formen von den Polen ausgeübt und äußert sich im Schießen und Werfen von Handgranaten und Sprengen von Denkmälern...
>
> Deutsche Versammlungen werden mit Gummiknuppeln und Handgranaten auseinandergejagt. Politische Mordanschläge und brutale Morde haben eine Verbreitung gefunden, wie sie wohl einzig in der Geschichte zivilisierter Völker darsteht..."

Vergeblich drängte sie auf Absperrung der Ost- und Südgrenze. Vergeblich sandte sie auch den alliierten Regierungen urkundliches Material, das bewies, wie intensiv Polen seine militärischen Kampforganisationen in Oberschlesien ausbaute. So heißt es in einem Geheimbefehl u.a.:

> "Die jetzigen gespannten politischen und wirtschaftlichen Verhaltnisse in Oberschlesien müssen wir auf alle Fälle für unsere Zwecke ausnutzen, um Oberschlesien mit Gewalt mit unserem Staate zu vereinigen. Die dortige Oberbefehlsstelle muß eine Verschwörung schaffen und spitzfindig arbeiten. Zu diesem Zwecke müssen die derzeitigen deutschen Unruhen in jedem Falle unterstützt werden, damit in der Öffentlichkeit kein Verdacht eines polnischen Aufstandes auf uns fällt..."

An der Grenze standen polnische Truppen bereit zum militärischen Handstreich, während die französischen Besatzungstruppen Gewehr bei Fuß standen, und als der Abstimmungstermin, der 20. März 1921, herannahte, herrschte in Oberschlesien Anarchie, so daß Kardinal Bertram in einer Mahnung zur Besonnenheit erklärte:

> "Die öffentlichen Gewalttaten, die in Oberschlesien in den letzten Wochen ...verübt worden sind, haben mit Grund weit uber Schlesiens Grenzen hinaus Schrecken und tiefe Entrustung hervorgerufen... Nie soll die Kirche zum Schauplatz politischer Reden und Demonstrationen werden. Nie soll ein Priester an solchen politischen Demonstrationen sich beteiligen, die einen des Priesters unwürdigen, verhetzenden Charakter tragen. ...!"

Die Bojowka Polska, eine aus 20 - 30 Gruppen zu je 5 - 7 Mann starke Terrororganisation, die mit Plebiszitgeldern unterhalten wurde, hatte die Aufgabe, unbequeme Oberschlesier zu ermorden, wichtige Urkunden zu rauben und zu vernichten, Versammlungen deutschgesinnter Oberschlesier zu sprengen und die Bevölkerung durch Handgranaten- und Dynamitattentate in Schrecken zu versetzen. Die Interalliierte Kommission lehnte aber ein Eingreifen ab mit der wenig glaubwürdigen Begründung, die Bevölkerung müsse selbst ihre gesunden Abwehrkräfte entwickeln und den Behörden zur Verfügung stellen. Die französische Militärmission kommandierte Offiziere in die polnischen Insurgentenlager an der Grenze ab. Da die Warschauer Regierung fürchtete, daß eine freie Volksabstimmung gegen Polen entscheiden würde, zog sie in zunehmendem Maße an der Grenze Truppen zusammen, um die oberschlesische Frage durch Annexion zu lösen. Provokationen und die Bezichtigung Deutschlands, dieses betreibe militärische Vorbereitungen, sollten dieses Unternehmen unterstützen. Oberschlesien ging dem Höhepunkt seiner Krise entgegen.

Die Voraussetzungen, unter denen am 20. März 1921 die Abstimmung stattfand, waren für Deutschland alles andere als günstig. Durch Einschüchterung und Terror waren viele Tausende Deutschgesinnter aus dem Lande getrieben worden, und während die deutschen Führenden sich in ihren Meinungsäußerungen größte Zurückhaltung auferlegen mußten, konnten sich die Polen dank französischer Unterstützung größte Freiheiten erlauben. Trotzdem leisteten 98 Prozent der 1.220.000 in die Listen Eingetragenen dem Rufe zur Wahl Folge. In einer Verlautbarung, die an Pathetik, Verlogenheit und Brunnenvergiftung alle bisherigen übertraf, wandte sich Korfanti noch einmal an die Wählerschaft, um sie gegen den "Banditen Europas" zu mobilisieren:

> "...Am 20. März 1921 wird das oberschlesische Volk mit dem Abstimmungszettel in der Hand, seiner einzigen Waffe, das Joch der preußischen Knechtschaft abwerfen... Das polnische Volk verdächtigt seine Tyrannen und Aussauger mit Recht, daß diese bewußt Unruhen hervorrufen ... wollen, um ... wenigstens einen Teil Oberschlesiens für Preußen zu retten... Das polnische Volk fühlt sich ... des Sieges so sicher, daß es sich jetzt schon als Herrn seiner Muttererde betrachtet und kaum den Tag ... erwarten kann, an dem es sich ... des fremden Eindringlings und brutalen

Aussaugers entledigen soll... Brüder und Schwestern!... Wahret den Frieden!... Seit selbstbeherrschungsvoll und verträglich!... Der falsche und gemeine Feind versucht unermudlich unsere Vorposten ... zu verführen... Seine Kampfmittel sind Bestechung, Betrug, Terror und Mißbrauch des Amtes. Seid auf der Hut, vertraut und glaubt ihm nicht! Denn Ihr alle kennt hinreichend die germanische Hyäne!" (Schricker S. 31/32)

Ein weiteres "Document humain" :

". . Unser ewiger Feind wendet alle Mittel an, um den Bestand Polens zu unterwühlen, ihm vor allem Oberschlesien zu entreißen... Man will unsere Vereinigung mit Polen vereiteln. In dieser Absicht wird jedes Mittel angewendet: List, Bestechung, Gewalt, Betrug und Verleumdung, die Waffen des Preußen!... Möge sich ein jeder polnische Arbeiter sagen,... daß in Wirklichkeit die Deutschen und ihre Agenten den Unfrieden in Oberschlesien hervorgerufen und daß sie bewußt die Entwicklung der industriellen Produktion gehemmt haben(!)... Glaubt nicht diesen Verbrechern und Lügnern! Die Koalitionsbehörden und Truppen bemühen sich lediglich, völlige Freiheit in der Willensäußerung zu schaffen: ob Ihr nämlich zum gerechten und freien Polen oder zum knechtischen und uns bankrott machenden Deutschland gehoren wollt...."

Die Abstimmungsvorschriften waren so gefaßt, um, wie die deutsche öffentliche Meinung mit vollem Recht sagen konnte, "unter dem Schein einer Volksabstimmung Oberschlesien Polen in die Hände zu spielen." Dies galt insbesondere für die Festlegung der Gemeindegrenzen, der Zeit- und Fristbestimmungen. Angestellte, Techniker und Arbeiter, die weniger als 17 Jahre in Oberschlesien wohnten, besaßen kein Stimmrecht, und Beamte waren von der Mitwirkung in Wahlausschüssen und Wahlbüros ausgeschlossen. Trotz des physischen und psychischen Terrors gegen die Wählerschaft ergab die Abstimmung 709.348 Stimmen (60%) für Deutschland und 479.474 (40%) für Polen. Von den Oberschlesiern, die Polnisch als ihre Muttersprache angegeben hatten, stimmten 42% für den "Banditen Europas". Das Ergebnis widerlegte die Franzosen und Polen und rechtfertigte die Fairness der britischen Politik. In einem Aufruf Dr. Urbaneks hieß es:

"Der Sieg ist unser, es lebe das einzige, unteilbare Oberschlesien, der Bruderkampf ist zu Ende."

Leider war dies nicht der Fall. Denn der polnische Terror nahm noch zu, so daß der Berichterstatter der "Agentur Havas" berichtete:

"Die Hölle ist jetzt hier los."

Der Versailler Vertrag sah eindeutig eine Regelung der Oberschlesien-Frage als einheitliches Ganzes vor, nicht eine Zerstückelung nach "Gemeinde-Proporz".

In der Interalliierten Kommission, die nunmehr das Abstimmungsergebnis zu interpretieren hatte, herrschte Uneinigkeit. Während der britische und italienische Kommissar den Interessen der Einwohner entgegenkommen und die Organisation von Regierung und Industrie so wenig wie möglich stören wollte, ging der Vorsitzende Le Rond über die "örtlichen, geographischen und wirtschaftlichen Bedingungen" hinweg und schloß sich praktisch den Wünschen Korfantis an, der die sogenannte Korfanti-Linie mit dem gesamten Industriegebiet einschließlich der fünf Großstädte mit ihren bis zu 85% deutschen Mehrheiten für Polen forderte. Die Haltung Percivals, der Polen nur die Kreise Press und Rybnik zugestand, und de Marini's, der Polen darüber hinaus noch einen Streifen östlich Kattowitz zugestehen wollte, war fest, und die Berichte von der Kommission lauten für Korfanti immer pessimistischer. Nur Le Rond hielt zum polnischen Standpunkt, so daß Korfanti jetzt den Augenblick für gekommen hielt, durch die bewährte Schaffung vollendeter Tatsachen seine Linie für Polen zu retten, wobei er mit französischer Mitwirkung rechnen konnte.

Aus dem oberschlesischen Abstimmungsgebiet: Straßenbild aus Oppeln.
Deutsche Sicherheitspolizei und italienische Offiziere.

In Frankreich arbeiteten Briand, polnische Delegierte und der unter einem Vorwand dorthin gereiste Le Rond einen Vertrag aus, der Oberschlesien Polen zuteilte. Lloyd George protestierte und ließ Briand wissen, daß England Deutschland nicht die oberschlesischen Kohlengruben zu nehmen wünsche, da dadurch die deutsche Produktionskraft zum Nachteil der Entente vermindert würde. Auch seien die Polen unfähig, diese Reichtümer auszubeuten. Der britische Einspruch war vergeblich.

Im Vertrauen darauf, daß er sich auf die Franzosen in Oberschlesien verlassen konnte, ließ Korfanti in der Nacht zum 3. Mai, dem polnischen Nationalfeiertag, den im Hotel Lomnitz wohlvorbereiteten dritten Aufstand losbrechen, um "das schlesische Volk zu befreien" und Polen das zu sichern, was ihm angeblich durch göttliches und menschliches Recht gehöre. In der polnischen Presse erschienen Aufrufe zu den Waffen, und ein englischer Beamter erklärte, daß "große Zahlen polnischer Truppen Sonderurlaub erhalten hatten, um am Aufstand teilnehmen zu können". Am festgesetzten Tage desertierte die polnische Hälfte der Polizei, und die deutsche Hälfte wurde durch Insurgenten gefangen genommen und durch französische Truppen in Kasernen interniert.

Der Aufstand war durch Korfanti und seine Helfer seit langem mit ungeheuren Mitteln, die nur vom polnischen Staat stammen konnten, systematisch vorbereitet worden. Von deutscher und interalliierter Seite wurde einwandfrei festgestellt, daß sich das Heer der Insurgenten in der Hauptsache aus polnischen, durch Zivilkleidung getarnten Truppen zusammensetzte. Auch die erstklassige Ausrüstung, die Munition, Maschinengewehre, Artillerie, Minenwerfer und Panzer- und Lazarettzüge konnten nur aus Polen stammen, und ihre Gefechtstätigkeit ließ auf militärische Disziplin schließen.

Die von den Insurgenten verübten Gewaltakte sind in der Geschichte aller Länder bis dahin ohne Beispiel, und zu Tausenden zählen die Deutschen, die von Haus und Hof vertrieben, verschleppt oder fürchterlich mißhandelt wurden. Dies zu sagen ist notwendig, um zu zeigen, wie damals von polnischer Seite das deutsch-polnische Verhältnis verhängnisvoll vergiftet wurde. Auch Kleinkinder und deutsche Polizisten wurden nicht verschont, und die polnische Wut richtete sich sogar gegen diejenigen Mitglieder der Interalliierten Kommission und der Besatzungstruppen, die unparteiisch ihre Pflicht erfüllten.

Zahlreiche italienische Soldaten fielen im Dienste treuer Pflichterfüllung, und englische Blätter erklärten, "daß wohl noch nie große Nationen in mehr ehrverletzender Weise behandelt wurden als England und Italien durch Korfanti und seine Banden". Auch im 3. Aufstand diente die Umkehrung der Wahrheit zu seiner Rechtfertigung. So schrieb Korfanti 1925 zu der entscheidenden Konferenz vom 30. April 1921, er habe dort dargelegt, "daß nur ein sofortiger bewaffneter Aufstand dem schlesischen Volk seine Befreiung und Polen das geben könne, was ihm von Rechts wegen zustehe".

Innerhalb von wenigen Stunden hatten die Aufständischen das ganze Gebiet bis zur Korfanti-Linie (südl. Rosenberg, südl. Oppeln bis Krappitz, rechtes Oder-Ufer) besetzt. Die französischen Truppen standen Gewehr bei Fuß und bekundeten schweigende Sympathie. Nur die italienischen Soldaten leisteten gemeinsam mit dem geheimen deutschen Selbstschutz Widerstand und erlitten blutige Verluste.

Die alliierten Regierungen richteten an Warschau eine Demarche, und der deutsche Geschäftsträger Dr. von Dircksen wurde bei der polnischen Regierung vorstellig. Dieser lehnte jede Verantwortung ab, erklärte, daß Korfanti eigenmächtig gehandelt habe, und um dem äußerlich zu genügen, enthob sie den "ungehorsamen" Plebiszitkommissar seines Postens. Sie bestand ferner darauf, daß man sie in Zukunft nicht mehr mit diesen Ereignissen in Zusammenhang bringe. Korfanti begab sich daraufhin nach Sosnowice in das Hauptquartier der Insurgenten. Eine in Warschau veröffentlichte Proklamation forderte die polnischen Bürger auf, sich den Aufständischen anzuschließen. Bald unterstützten die Franzosen diese ganz offen und lieferten ebenfalls Waffen. Die Grenze gegen Deutschland hatte die polnische Abstimmungspolizei hermetisch abgeriegelt.

Am 8. Mai erklärten die Insurgenten ihre Umwandlung in eine Besatzungsarmee, ferner übernahmen sie die Eisenbahnkontrolle und Zivilverwaltung des besetzten Gebietes. Während sich die französischen Truppen in wenigen Städten konzentrierten, das Feld den Aufständischen übergaben und die Deutschen entwaffneten, deutsche Beamte durch Polen ersetzten, ließen sie sogar ihre Militärzüge von den Insurgenten benutzen. Italienische Soldaten, die den Kattowitzer Bahnhof verteidigten, mußten vor der Übermacht der Insurgenten das Feld räumen, wogegen der englische Oberst Crayton mit der Reitpeitsche 50 Insurgenten, die aus dem Stadttheater, dem französischen Waffenlager, 2 Maschinengewehre entwenden wollten, in die Flucht trieb. Flugblätter des Oberkommandierenden der Aufständischen verkündeten:

> **"Es droht uns ein unerhörtes Unrecht. Entgegen dem Versailler Vertrag ... soll der Industriebezirk und die polnischen Kreise wieder unter das preußische Joch abgegeben werden. Auf den Verlust unserer Erde, auf weitere Sklaverei, auf Germanisierung und Abtrennung vom freien Polenreiche, auf das Hinauswerfen aus unseren Arbeitsstätten hinzuarbeiten, durfen wir nicht dulden. Wenn die trotz des deutschen Terrors (!) ruhig durchgeführte Abstimmung vor der Welt nicht genugt zum Beweise unserer Rechte, so müssen wir sie mit Gewalt unterstutzen..."**

Währenddessen versuchten Oberst Percival und General de Marinis zu retten, was zu retten war. Der General erließ einen Aufruf zur Bildung eines deutschen Selbstschutzes, und aus ganz Deutschland strömten Freiwillige nach Oberschlesien. Unter dem Oberbefehl von General

Höfer ubernahm General von Hülsen die Gruppe Süd und Oberleutnant Grützner die Gruppe Nord. Der Erfolg des polnischen Aufstandes schien gefährdet.

Durch Abtrennung zerschnittene Restgebiete der Provinzen Westpreußen, Posen, Schlesien — Memelland — Hultschin → Polen — Freie Stadt Danzig — Ostoberschlesien — Korridorgebiet

Inzwischen hatten auch die diplomatischen Auseinandersetzungen unter den Alliierten begonnen, wobei Frankreich obstruierte, und der Botschafterrat protestierte gegen die Aufforderung Korfantis, notfalls mit Gewalt gegen die Alliierten vorzugehen. Doch Warschau vertraute mit Korfanti auf die mit Frankreich geschlossenen Geheimabkommen, in denen — unzulässig dem Abstimmungsergebnis vorgreifend — den Polen wesentliche Teile des oberschlesischen Industriegebietes zugesichert worden waren, wofür sich Polen zur politischen und militärischen Unterstützung Frankreichs gegen Deutschland verpflichtet hatte.

Am 13. Mai griff nun Lloyd George ein und kritisierte im Unterhaus das Bemühen der Insurgenten, vollendete Tatsachen und damit eine Lage zu schaffen, die "für den Frieden in Europa verhängnisvoll" wäre.

Sechs britische Bataillone wurden nach Oberschlesien kommandiert, die aber vor Anfang Juni nicht eintrafen, und Prof. Toynbee, der der oberschlesischen Kommission zugeteilt wurde, erklärte, daß der polnische Terror am Tage vor der Abstimmung seinen Höhepunkt erreicht hatte. In Oberschlesien gingen italienische Truppen zum Angriff über, und am 21. Mai eroberte der deutsche Selbstschutz unter General v. Hülsen den Annaberg. Der Zusammenbruch des polnischen Aufstandes schien unaufhaltsam und wurde nur durch militärische Drohungen des zurückgekehrten Le Rond an General Höfer verhindert, da Le Rond weiteres Vordringen verbot und eine Auflösung beider Parteien verfügte.

Da aber die Polen schon einen vierten Aufstand vorbereiteten, hielt der Selbstschutz seine Waffen in Verstecken bereit. Auch wurde der polnische Terror fortgesetzt, unterstützt von den Franzosen, und die *"Gazetta Ludowa"* schrieb, offensichtlich vom polnischen Hauptquartier inspiriert, davon, daß die gegenwärtigen Zustände nur als eine Art Waffenstillstand anzusehen seien und daß eine Erneuerung der Kämpfe dann eine organisierte Kampfaktion sein werde. Die polnische Regierung verzichtete darauf, ihre aktive Beteiligung am Aufstand in Abrede zu stellen und konzentrierte weitere 15.000 Mann an der Grenze. Die französische Diplomatie, geführt von Außenminister Briand, kämpfte für ein polnisches oberschlesisches Industriegebiet und übte Druck auf England aus, das sich dem widersetzte. Eine deutsche Note an die Regierungen in Paris, London und Rom, in der u.a. auf die umfangreichen Wahlbeeinflussungen zu Gunsten Polens hingewiesen wurde, blieb unbeantwortet; ebenso der deutsche Hinweis, daß die Abtretung Oberschlesiens an Polen neue Elemente der Gegensätze schaffen würde. Als Lloyd George Briand zu verstehen gab, daß England die Aufrechterhaltung der französisch-polnischen Interessenpolitik nicht länger dulden werde, kommentierte die polnische *"Rzeczpospolita"* dies mit den Worten:

> **"Oberschlesien hat sechs Jahrhunderte preußische Unterdrückung verdaut, Oberschlesien wird auch Lloyd George verdauen."**

Lloyd George aber erklärte:

> **"Der polnische Aufstand ist ein Verbrechen am Versailler Vertrag, der Polen die Freiheit gegeben hat. Polen ist das letzte Land, das sich über diesen Vertrag beklagen kann, weil es nicht aus eigener Kraft seine Freiheit erobert hat."**

Da die Siegermächte es aber nicht zum offenen Konflikt kommen lassen wollten, kamen sie nach fünfmonatigem fruchtlosem Streit überein, die Festlegung der oberschlesischen Grenzen einer vierköpfigen, aus einem Belgier, einem Brasilianer, einem Chinesen und einem Spanier gebildeten Kommission des Völkerbundes zu überlassen, die am 20. Oktober 1923 ihre Entscheidung bekanntgab: Polen erhielt von Oberschlesien 32.139 qkm mit 830.000 Einwohnern. Von 63 Steinkohlengruben erhielt es 51, von 19 Zink- und Bleigruben 15, von 37 Hochöfen 22, von 18 Stahl- und Walzwerken 9, dazu sämtliche Eisenerzgruben und Zinkhütten, d.h. den größten Teil der oberschlesischen Industrie. Die neue Grenze zerschnitt Bergwerke, 24 Eisenbahn-, 6 Straßenbahnlinien, 45 Landstraßen. Auf 95 km neuer Grenze kamen 61 Zollstationen.

Der französische Historiker René Martel urteilt:

> **"Die Geschichte der oberschlesischen Grenzfestsetzung ist die Geschichte der Kapitulation der Großmächte vor der Gewalt."**

Es hatte sich das französische Prinzip durchgesetzt,

wonach die Stimmen der Landbevölkerung höher bewertet werden mußten als die der Städte, und der Brite Prof. Paton bemerkte hierzu, daß, wenn dieser Grundsatz auch in Posen und Westpreußen angewandt worden wäre, es keinen polnischen Korridor geben würde.

"Die Ungerechtigkeit der oberschlesischen Entscheidung wurde durch die Tatsache ungeheuer vermehrt, daß hier zum deutschen Nachteil ein Grundsatz eingeführt wurde, der, wäre er auch sonst angewandt worden, zum deutschen Nutzen gewirkt hätte."

Der englische Volkswirtschaftler Kenworthy kritisierte:

"Die sogenannte Lösung der oberschlesischen Frage ist so furchtbar, wie das Urteil Salomonis gewesen wäre, wenn man es durchgeführt hätte."

In einem gemeinsamen Protest dreier angesehener Briten an ihre Regierung heißt es:

"Die Aussichten auf Frieden in Oberschlesien selbst, Aufrechterhaltung der Ordnung und einer demokratischen Regierung in Deutschland... scheinen fur immer zerstort."

Die *"Morning Post"* prophezeite:

"In fünfzig Jahren wird eine solche Frage nicht durch papierne Entscheidungen eines Genfer Tribunals verwirklicht werden, sondern durch die Verwirklichung nationaler Macht."

Robert Tourly, Chefredakteur von *"Le Soir"*, schrieb zum oberschlesischen Problem:

"Staatsmanner... haben sich... von den engherzigen Vorurteilen und den chauvinistischen Leidenschaften leiten lassen.

Sie haben die Erbitterung erhalten und durch rechtswidrige Bestimmungen Netze geschaffen, die nach dem Worte Lloyd Georges den Geist des Patriotismus und der Rache nährt. Diese Erbauer des Friedens haben nichts anderes gewußt, als neue Feuer des Krieges zu entzünden. Sie alle urteilen nur von dem Standpunkt ihrer Nation. Keiner dachte europäisch und international... Die Frage der deutschen Ostgrenzen bleibt standig offen. Solange sie nicht in einem Sinne geregelt ist, die dem Rechte der Bevölkerung besser entspricht, wird der europäische Frieden nicht gesichert sein." (Vollst. Text in Schricker)

Wie auch deutsche Republikaner, die auf die Völkerverbrüderung gehofft hatten, enttäuscht waren, zeigt die Rede des Reichskanzlers Dr. Wirth vom August 1921 in Bremen:

"Was hatte ein polnischer Staat für die Welt bedeuten können, wenn er sich innerhalb seiner naturlichen Grenzen bewegt hätte? Haben Sie je ein Volk ... gesehen, das uns derart schmählich behandelt hat wie gerade das polnische Volk? Wir hätten den Wunsch gehabt, nachdem Polen zur Staatlichkeit erwacht ist, uns mit diesem Volke zu verständigen... Warum keine Verständigung? Weil die politische Leidenschaft, weil grenzenloser Hochmut die Welt nicht zur Ruhe kommen lassen will."

Und in einer späteren Rede:

"... Heute noch wäre eine Verständigung mit dem polnischen Volke möglich. In Warschau hat jedoch die Vergroßerungswut die Geister verblendet, und das polnische Volk geht dazu uber, sich mit dem deutschen Volk zu verfeinden..."

Wirth spielte dabei auch auf die polnischen Aggressionen in Litauen und der Sowjetunion und die Unterdrückungspolitik in der Ukraine an. Die unsinnige oberschlesische Teilung ergab zwangsläufig immer neue Reibungen, zumal Polen sich nicht an das mit dem Reich geschlossene Genfer Abkommen vom 15.5.1922 hielt, das die aus der Teilung entstandenen Schwierigkeiten regeln sollte. Und die auf Rechtlosmachung der Minderheiten gerichtete polnische Politik tat ein Übriges, um die Spannungen zu Deutschland zu steigern. Daneben aber setzte Polen seine großpolnische, auf eine zukünftige Einverleibung weiterer deutscher Gebiete gerichtete Innenpolitik fort. Zahlreiche Institute schossen aus dem Boden, als wichtigstes das West-Institut in Posen, die die Geschichte der deutsch-polnischen Beziehungen, Schlesiens, Ostpreußens, Danzigs, Pommerns und der deutschen Ostkolonisation im polnischen Sinne behandelten, mit der Tendenz, einer späteren polnischen Expansion nach Westen in "urpolnisches" Land den Weg zu ebnen. Ihre Arbeit stand unter dem Schlagwort, daß "die Zukunft und Sicherheit ungestörter Entfaltung vor allem davon abhängen würden, wie weit wir auf dem Mutterboden Polens Fuß fassen würden". Die Polen bezogen aber auch einen neuen Krieg in ihre Rechnung ein, und die polnische Deutschenhetze und Kriegspropaganda zwischen 1919 und 1939 bildet ein besonderes Kapitel. Hier seien nur einige Sätze aus der polnischen Zeitung *"Die Liga der Großmacht"* wiedergegeben, die laut *"Münchener Neueste Nachrichten"* vom 3. Oktober 1930, also lange vor Hitlers Machtergreifung, schreibt:

"Der Kampf zwischen Polen und Deutschland ist unausbleiblich. Wir müssen uns dazu systematisch vorbereiten.... Unser Ideal ist ein Polen im Westen mit der Oder und Neiße als Grenze... Die Welt wird zittern vor dem deutsch-polnischen Krieg. In die Reihen unserer Soldaten müssen wir ... den Geist unbarmherziger Rache (!) und Grausamkeit tragen..."

ZWIAZKU STRZELECKIEGO

21—28 WRZEŚNIA 1930

PRECZ PRUSAKU! POWTÓRZYMY GRUNWALD!!

Plakat des polnischen Schützenverbandes für eine antideutsche Woche vom 21 - 28. September 1930

Textübersetzung: Weg Preuße! Wir wiederholen Grunwald"

Die Saat dieser vieljahrzehntelangen Deutschenhetze sollte 1939 in schrecklicher Weise aufgehen

Der anschließend von den westlichen "zivilisierten" Staaten durchgeführte Verrat an ganz Osteuropa ist in den *Historischen Tatsachen* Nr. 4 und 19 nachzulesen.

Udo Walendy

"Ostpreußen war in wahrhaft leichtsinniger Weise vom Reichsgebiet abgetrennt worden; man hatte durch diese Abtrennung einen unhaltbaren Zustand geschaffen. Trotz dieses Umstandes ist in dieser deutschen Provinz kein überreizter Nationalismus ausgebrochen."

Völkerbundshochkommissar Carl J. Burckhardt, "Meine Danziger Mission 1937 - 1939", Munchen 1960, S. 79.

Danzig unter dem Versailler Diktat

Erstmals in den Annalen der Geschichtsbücher im Jahre 997 erwähnt, war Danzig ein altgermanischer Fischer- und Handelsort. In der vorgeschichtlichen Zeit saßen germanische Stämme an der Weichselmündung, die im Zuge der Völkerwanderung zwischen 500 und 600 nach der Zeitrechnung durch kaschubische Stämme abgelöst wurden. Erst im Zuge der Ostsiedlung, die nicht durch Austreibung, Raub und Mord, sondern durch Urbarmachung und zivilisatorische Erschließung Osteuropas mit Zustimmung aller abendländischen Herrschaftsträger gekennzeichnet war, konzentrierten sich erneut Deutsche an der Weichselmündung und bauten die Stadt Danzig zu einem mächtigen und einflußreichen Handelsplatz aus. Danzig unterstand bis ins 13. Jahrhundert den Pommerellen-Herzögen, die jedoch keine Polen waren, sondern im Gegenteil oft mit diesen im Kampf lagen. 1224 erhielt Danzig deutsches Stadtrecht als Hauptort des Herzogtums Pommerellen. 1309 besetzte der Deutsche Orden Danzig und übernimmt gleichzeitig auch die Oberhoheit über Pommerellen. 1343 verzichtet Polen nach langwierigen Konflikten auf Pommerellen im Vertrag von Kalisch. 1361 wird Danzig Mitglied der Hanse. Die Umwälzungen im gesellschaftlichen, weltlichen, wirtschaftlichen, technischen, militärischen Denken, die gerade einer weltoffenen Hansestadt stärkere, fortschrittlichere Impulse verliehen, als dogmatisch geprägte Herrschaftsstrukturen, führten im 15. Jahrhundert zu immer heftigeren Gegensätzen zum Deutschen Orden. Diese Gegensätze erwiesen sich stärker als nationale Bezugspunkte und sind auch ein Zeichen dafür, daß im Mittelalter der Nationalismus keine Leitgröße der Politik gewesen ist, er zumindest anders gebundenen Orientierungen nachgeordnet war. Ebenso wie die Hansestadt Danzig Schrittmacher für eine weltlich, freiheitlich, undogmatisch bezogene und wirtschaftlich leistungsfähige Entwicklung gewesen ist, so auch die anderen Hansestädte bis hinaus nach Kurland, und auch Polen fand Interessengleichklänge mit dieser sich in Europa durchsetzenden Neuorientierung. So wurde der Deutsche Orden, der im Denken, im Wirtschaften und im militärischen wie politischen Handeln dogmatisch an veraltete Auffassungen gebunden blieb, mehr und mehr isoliert und zerfiel nach erschütternden Kämpfen. Insbesondere anläßlich einer der bedeutendsten Feldschlachten des Mittelalters, der Schlacht bei Grünfelde und Tannenberg 1410, gegenüber dem vereinigten polnisch-litauischen Heer. Die auf Grund des I. Thorner Friedens 1411 dem Deutschen Orden auferlegten finanziellen Lasten, die Hochmeister Heinrich von Plauen und seine Nachfolger auf die immer einflußreicher werdenden Stände im Lande umzulegen versuchten, führte 1440 zu jener politischen Neuorientierung des "Preußischen Bundes", dem auch Danzig angehörte, die als Rebellion gegen die Ordensherrschaft zu bezeichnen ist. Hierbei hat dem "Preußischen Bund" unter Führung der deutschen Stadt Thorn nicht vorgeschwebt, sich der Herrschaft Polens zu unterwerfen, sondern die maximal mögliche politische und wirtschaftliche Selbständigkeit, die Mitsprache bei der Gestaltung der Außenpolitik jener, die die Steuern u.a. auch zur Bezahlung der Söldnerheere einzuziehen verlangte, zu erreichen.

Danzig, sowohl vor als auch nach dem II. Thorner Frieden 1466 eine beachtliche Finanz- und Seemacht, sicherte sich im Zusammengehen mit den Preußischen Städten, die an Stelle des "Preußischen Bundes" traten, gegen Gewährung bestimmter Privilegien im Jahre 1454 eine Schutzherrschaft durch den polnischen König. 1457 erwirkte Danzig vom polnischen König Kasimir IV. ein zusätzliches Privileg, das ihre Stellung als freie Stadt unter nomineller Personalunion des Polenkönigs festlegte. Dieser staatsrechtliche Zustand währte knapp 3 ½ Jahrhunderte — bis 1793 — . Er bedeutet keine Einverleibung in den polnischen Staat, sondern ein gegenseitiges Versprechen zum Wohlverhalten, zum Respektieren beiderseits abgesprochener Grundsätze, die eine enge Zusammenarbeit zwischen Polen und Danzig festlegten. Danzig blieb rein deutsch besiedelt, ebenso wie Ostpreußen oder das im II. Thorner Frieden 1466 Polen zugefallene Kulmer Land oder Ermland als Teilgebiete Ostpreußens deutsch blieben. Gesetzgebung, Rechtsprechung, Verwaltung oblagen allein dem Danziger Rat. Danzig regelte seine Außenpolitik eigenmächtig, führte seine eigene Flagge und unterhielt eigene Truppen. Danzigs Kaufleute besorgten den gesamten polnischen Seehandel. Danzig blieb Mitglied der Hanse und entwickelte sich mit seinen 60.000 Einwohnern im 16. Jahrhundert zur größten deutschen Stadt im ganzen deutschen Sprachgebiet. Deutsche, nicht polnische Künstler, Bauherren, Gelehrte, Pädagogen, Wissenschaftler, Kaufleute, Unternehmer bestimmten uneingeschränkt das kulturelle und wirtschaftliche Leben dieser Stadt. Danzig, dessen Außenpolitik keineswegs immer

Massenkundgebung auf dem Heumarkt in Danzig am 25. April 1919 für die Freiheit des deutschen Ostens, gegen die Entscheidung des Versailler Diktats

mit der polnischen übereinstimmte, das beispielsweise auch 1576 - 1577 mit eigenen Truppen eine Belagerung durch den polnischen König Stephan Bathory siegreich abgeschlagen hat, das eigene Diplomaten entsandte und empfing, das polnischen Soldaten oder polnischen Kriegsschiffen jeglichen Zutritt in Danziger Gebiet verwehrte, — dieses Danzig war gerade in der Zeit des Niederganges des Deutschen Ordens in allen nachfolgenden Jahrhunderten Vorkämpfer für das Deutschtum in Westpreußen und auch in Ostpreußen. Um die Bedeutung dieser Position, insbesondere unter dem Eindruck der Danzig durch das Versailler Diktat aufgezwungenen Sonderstellung richtig einzuschätzen, sind die Vergleiche zur Lage des Preußischen Ordenslandes — Ostpreußen — in ihrem Wandel nach dem II. Thorner Frieden 1466 zu ziehen. Kaiser und Päpste haben dem II. Thorner Frieden niemals zugestimmt: dennoch war es Realität, daß der deutsche Orden das Kulmer Land, Pommerellen, Marienburg, Christburg und Elbing, das Bistum Ermland an Polen verloren hatte, daß Preußen aus dem Reichsverband ausschied und fortan bis 1521 unter polnischer Oberherrschaft stand.

Es ist abwegig, die ostpreußische Bevölkerung aus diesem Sachverhalt in eine polnische Nationalität zu verwandeln oder "historische Rechte" für Polen bzw. für polnische Besiedlung daraus abzuleiten. Das wagen ja selbst jene Leute nicht auszusprechen, die zwar Danzig als "außerhalb der Grenzen von 1937", Ostpreußen hingegen als "rechtmäßig zu Deutschland gehörig — weil innerhalb der Grenzen von 1937" liegend klassifizieren.

Deutlich bleibt festzustellen, daß trotz des II. Thorner Friedens Ost- und Westpreußen ethnisch weiterhin eine Einheit geblieben sind, und zwar eine deutsche Einheit. Die 1466 abgetrennten Ordensteile einschließlich Pommerellens hießen fortan "königlich Preußen", wobei "königlich" für die polnische Oberherrschaft, "Preußen" für den deutschen Charakter des Landes stand. "Königlich Preußen" war aber auch keine polnische Provinz, sondern autonom im polnischen Staatsverband. Der Begriff "Westpreußen" wurde erst seit der ersten polnischen Teilung 1773 geprägt, vorher hieß auch dieses Land "Preußen".

Obwohl sich Polen insbesondere seit der "Lubliner Union" 1569 entgegen den vorliegenden Absprachen bemühte, Westpreußen zu polnisieren, blieb Danzig davon unberührt.

Die ersten beiden Teilungen Polens 1773 und 1793 sind weder auf nationalistisches Expansivstreben Preußens oder Deutschlands zurückzuführen, sondern auf das Zusammenwirken russischen Expansionsdranges nach Westen bei gleichzeitigem Machtzerfall Polens. Während sich Rußland im Zuge dieser Teilungen 80% des polnischen Staates einverleibte — was es auch von 1815 bis 1914 im Besitz behielt —, fand in diesen beiden ersten Teilungen nach Preußen zurück, was deutsch besiedeltes Land war. So fiel auch das selbständige Danzig 1793 an Preußen. Hier — ab 1871 beim Deutschen Reich — blieb es, mit der kurzfristigen Ausnahme als "Freistaat" unter Napoleon, bis zum 10. Januar 1920, dem Inkrafttreten des Versailler Diktates.

Die Entstehung der "Freien Stadt"

Die Trennung Danzigs 1920 von Deutschland erfolgte gegen den Willen und ohne Befragen der Bevölkerung Danzigs. Deutschland hat 1918 in die Waffenstillstandsbedingungen auf Grund des Versprechens eingewilligt, daß die alliierten und assoziierten Mächte die von Präsident Wilson vorgelegten "14 Punkte" einhalten werden. Dieses Versprechen haben die Sieger gebrochen. In diesen "14 Punkten" war das Selbstbestimmungsrecht der Völker als neue völkerrechtliche Grundlagenordnung sowie die Abschaffung der Geheimdiplomatie zugesagt worden. Punkt 13 dieser "14 Punkte" lautete:

"Ein unabhaniger polnischer Staat soll errichtet werden, der die Gebiete mit unzweifelhaft polnischer Bevölkerung einschließen, dem ein freier und sicherer Zugang zum Meere zugesichert werden, und dessen politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit und räumlicher Bestand durch internationale Abkommen verburgt werden soll."

Diesem Punkt wäre Rechnung getragen gewesen, hätte man in Memel, Königsberg, Danzig oder Stettin eine Freihafenzone eingerichtet, wie das die deutsche Abordnung in Versailles auch vorgeschlagen hat.

Die Lügen Roman Dmowskis

Auf der langwierigen Friedenskonferenz in Versailles, aber auch schon in einer Abhandlung vom Juli 1917 forderte der Sprecher des an den Friedensverhandlungen beteiligten "polnischen Nationalkomitees", Roman Dmowski, die Inbesitznahme Ostpreußens, Posen-Westpreußens, Oberschlesiens und zweier Kreise des Regierungsbezirkes Breslau. Seine sämtlichen "Begründungen" beruhten auf Lügen und der Erwartung, daß die bestimmenden französischen Politiker sowie Präsident Wilson aus strategischer Sympathie zu diesem Gebietsraub sowie aus Unkenntnis im Hinblick auf die geschichtlichen Zusammenhänge Osteuropas diesen Versionen ihre Zustimmung geben würden. Folgende Alternative stellte Dmowski den westlichen Politikern in seiner Denkschrift vom Juli 1917 vor:

"Entweder werde die Zukunft von zwei Millionen Deutschen in Ostpreußen auf Kosten von 25 - 30 Millionen Polen sichergestellt. Von diesen zwei Millionen sei aber noch ein betrachtlicher Teil nur deutsch der Sprache nach; viele von ihnen wußten noch, daß sie polnischer oder litauischer Abstammung seien und ständen sogar oft den Deutschen feindlich gegenüber. Die andere Moglichkeit sei, daß Polen seinen Staat innerhalb der vorgeschlagenen Grenzen errichte, wodurch der oben erwahnte eingedeutschte Streifen Landes von Deutschland getrennt, auf den Weg einer schnellen ökonomischen Entwicklung geleitet und zugleich für polnische Einflüsse und für polnische Einwanderung geöffnet wird. Es ist nicht schwer zu urteilen, welche der beiden Lösungen menschlicher und mehr in Übereinstimmung mit der Gerechtigkeit ist."

Was im Namen dieser "Gerechtigkeit" mit der ostpreußischen Bevölkerung geschehen sollte, wurde in der "polnischen Sachverständigen-Denkschrift" vom März 1919, die der Friedenskonferenz vorlag, präzisiert:

"Die territoriale Isolierung Ostpreußens, dieses Herdes des preußischen Militarismus, ist notwendig für einen dauernden Frieden und muß zu einer freiwilligen und fortschreitenden Entdeutschung dieses wichtigen strategischen Gebietes führen, von welchem die preußische Dynastie ausgezogen ist, um die Welt zu erobern."

Auch für die Forderung auf Einverleibung Danzigs in das neue Polen fand Dmowski Argumente, nachdem er die Geschichte dieser Stadt total verfälscht hat:

"Das heutige Danzig ist deutsch; aber unter normalen Bedingungen, das heißt: unter Bedingungen einer natürlichen ökonomischen Entwicklung, wird es unweigerlich eine polnische Stadt werden." (R. Dmowski "Polnische Politik", poln. S. 491).

Noch deutlicher sprach sich Dmowski in der "Sachverständigen-Denkschrift" vom März 1919 aus:

"Die Germanisierung Danzigs ist oberflachlich, und sobald die Polen das Recht haben werden, sich in der Stadt niederzulassen, wird sie wieder polnisch werden wie Krakau und andere Städte in Polen, die in einer gewissen Epoche eine deutsche Majorität gehabt haben."

Dmowskis Ziele stoßen auf Verständnislosigkeit

Bis zur Mitte des Jahres 1918 stießen die polnischen Ambitionen allerorten auf Kopfschütteln und Widerstand. Dmowski schrieb hierüber selbst:

"Im Westen Europas hatten sich nicht nur Politiker, sondern auch Männer der Wissenschaft, Geographen, Statistiker so in den Gedanken eingelebt, daß die Küste der Ostsee bis hinter die Mündung des Njemen deutsch sei und nur deutsch sein konne, daß als ich begann von unseren territorialen Forderungen an der baltischen Küste zu sprechen, sie sich die Augen rieben und mich wie einen Menschen ansahen, der nur halb bei Bewußtsein war. Und das dauerte fast drei Jahre lang. Die Menschen befreien sich nur schwer von eingewurzelten Anschauungen. Noch im Frühling 1918 sagte mir ein hochgestellter französischer Diplomat, der sich viel mit der polnischen Frage beschäftigte: 'Aber das ware ja ein Wunder, mein Herr, wenn das einträte, was Sie sagen, wenn das Territorium Ihres Staates bis an die Ostsee reichte!' 'Vielleicht ware das ein Wunder', erwiderte ich, 'aber dieses Wunder muß geschehen, wenn sowohl Sie als auch wir als unabhangiges Volk bestehen sollen' ... Wenn wir dieses Stückchen Ostseeküste bekommen haben, so geschah dies nur dank dem Umstande, daß der Krieg so lange dauerte, bis wir Zeit hatten, die entsprechenden Politiker in dieser Frage zu überzeugen und vor allem genaue Nachrichten über den wirklichen Stand der Dinge in Pommerellen zu verbreiten." (R. Dmowski, "Polnische Politik" poln. S. 200).

Daß Polen und Frankreich im Rahmen der Völkerbundsmächte "die gegebenen Vollzugsorgane" gegenüber Deutschland sein sollten, leuchtete zwar Präsident Wilson — wie viele andere Argumente der Polen — nicht ein,

doch dies hinderte alles nicht, daß Dmowski's Denkschrift vom 8.10.1918 nicht nur dem US-Präsidenten sowie der Versailler Friedenskonferenz vorgelegt, sondern auch ernstlich diskutiert wurde — obwohl nach diesen Vorschlägen das neue Polen noch nicht 50% polnisch-stämmiger Bewohner aufwies. In dieser Denkschrift wurde Ostpreußen als im "mittelalterlichen Zustand befindlich" bezeichnet, wo "die bäuerliche Masse nach Sklavenart behandelt und im Geiste der Knechtschaft erzogen wird". Soll auch dort "sozialer und politischer Fortschritt" Eingang finden, so müsse nach Dmowski — und diese Denkschrift ist im Namen des Polnischen Nationalkomitees übergeben worden! — Ostpreußen an Polen fallen.

Der Wille, Deutschland "nach Sklavenart" zu behandeln, kennzeichnete nicht nur die Mentalität der Führungskräfte des neuerstandenen polnischen Staates, sondern fand auch machtvolle Befürworter auf Seiten der westlichen Sieger.

Die alliierten "Vertrags"-Klauseln 1919 und 1920

Der Friede von Versailles ist dem deutschen Volk diktiert worden. Unter Androhung militärischen Einmarsches in Deutschland hat die damalige Reichsregierung das Diktat unterzeichnet. Der Stadt Danzig wurde auferlegt:

1) Die Artikel 100 - 108 des Versailler Diktates
2) Die entsprechenden Passagen der Alliierten Mantelnote vom 16. Juni 1919
3) Der sogenannte "Pariser Vertrag" zwischen Danzig und Polen vom 9.11.1920.

Die Vielzahl der ungelösten Probleme, die diese Neuregelung erzwang, hat den Völkerbund bis zum Zweiten Weltkrieg unentwegt beschäftigt und fand in vielfältigen Verhandlungen auch zwischen Berlin und Warschau letztlich nur aufschiebende Wirkung, doch niemals eine sachgerechte Bereinigung.

Die Artikel 100 - 108 des Versailler Vertrages

Art. 100: "Deutschland verzichtet zugunsten der alliierten und assoziierten Hauptmächte auf alle Rechte und Ansprüche auf das Gebiet, das von den nachstehend angegebenen Grenzen umschlossen ist: (folgt Grenzbeschreibung und Karte)."

Art. 101: verfügt einen Ausschuß aus drei Mitgliedern (einem Deutschen, einem Polen und einem Hohen Kommissar), der an Ort und Stelle die Grenzen festzulegen hat.

Art. 102: "Die alliierten und assoziierten Hauptmächte verpflichten sich, die Stadt Danzig nebst dem in Art. 100 bezeichneten Gebiet als Freie Stadt zu errichten; sie soll unter den Schutz des Völkerbundes gestellt werden."

Art. 103: "Die Verfassung der Freien Stadt soll im Einvernehmen mit einem Hohen Kommissar des Völkerbundes von ordnungsgemäß berufenen Vertretern der Freien Stadt ausgearbeitet werden. Die Verfassung soll unter die Garantie des Völkerbundes gestellt werden. Der Hohe Kommissar wird ferner mit der erstinstanzlichen Entscheidung aller Streitigkeiten betraut, die zwischen Polen und der Freien Stadt aus Anlaß des gegenwärtigen Vertrages oder ergänzender Vereinbarungen oder Abmachungen entstehen sollten. Der Hohe Kommissar soll seinen Sitz in Danzig haben."

Hermann Rauschning, mit dem Wahlsieg der NSDAP 1933 Senatspräsident von Danzig. Autor des Buches "Die Entdeutschung Westpreußens" (siehe *Historische Tatsachen* Nr. 11). 1934 überwarf er sich aus nicht näher geklärtem Grund mit der NSDAP und veröffentlichte 1940 sein übles Propagandamachwerk gegen Deutschland "Gespräche mit Hitler" (siehe Walendy "Europa in Flammen 1939 - 1945", Vlotho 1967, Bd. II, S. 370 ff).

Art. 104: "Die alliierten und assoziierten Hauptmächte verpflichten sich, ein Übereinkommen zwischen Polen und Danzig zu vermitteln. Dieses Übereinkommen soll regeln: Die Angelegenheit des Freihafens, der Überwachung und Verwaltung der Weichsel, des Eisenbahnnetzes (Ausnahme Straßenbahnen), aber auch des Post- und Fernsprechverkehrs innerhalb Danzigs, die Fragen der Besitzübertragung von Gelände und Gebäuden, die Fragen der Sicherheit von polnischen Staatsangehörigen innerhalb Danzigs,die Übertragung der auswärtigen Angelegenheiten Danzigs an Polen sowie den Schutz seiner

Staatsangehörigen im Ausland."

Art. 105: erkennt den Danzigern die deutsche Staatsangehörigkeit ab und verfügt die "Staatsangehörigkeit der Freien Stadt Danzig".

Art. 106: sieht eine Option der Danziger Bevölkerung innerhalb von zwei Jahren für Deutschland vor und verfügt die Aussiedlung der Optanten nach Deutschland.

Art. 107: "Alles Gut des Deutschen Reiches oder der deutschen Staaten, das im Gebiet der Freien Stadt Danzig belegen ist, soll auf die alliierten und assoziierten Hauptmächte übergehen, um von diesen nach gerechtem Ermessen an die Freie Stadt oder den polnischen Staat weiter abgetreten zu werden."

Art. 108: "Umfang und Art der finanziellen Lasten, die die Freie Stadt vom Deutschen Reich und von Preußen zu übernehmen hat, werden nach Art. 154 Teil IX des gegenwärtigen Vertrages festgesetzt werden. Alle anderen Fragen, die sich aus der Abtretung des in Art. 100 bezeichneten Gebietes ergeben, werden durch spätere Bestimmungen geregelt werden."

Diese Bestimmungen des Versailler Diktates hat der britische Kriegspremier Lloyd George nachhaltig beeinflußt, da er mit Nachdruck die Besitzübertragung deutschen Landes an Polen, aber auch die allzu offensichtliche Stärkung Frankreichs in Osteuropa (französische Truppen hatten bereits das Memelgebiet besetzt) verhindern wollte. In der alliierten Mantelnote vom 16. Juni 1919 hieß es zusätzlich: "Die Stadt Danzig soll die Verfassung einer Freien Stadt erhalten; ihre Einwohner sollen autonom sein; sie sollen nicht unter die Herrschaft Polens kommen und sollen keinen Teil des polnischen Staates bilden. Polen soll gewisse wirtschaftliche Rechte in Danzig bekommen; die Stadt selber ist von Deutschland abgetrennt worden, weil es kein anderes mögliches Mittel gab, jenen 'freien und sicheren Zugang zum Meere' zu verschaffen, welchen Deutschland zu überlassen versprochen hatte..."

Diese Ausführungen in der alliierten Mantelnote sind unaufrichtig. Erstens hätte sich durch die Errichtung von Freihafenzonen in den bereits genannten deutschen Städten oder auch nur einer von ihnen ein solcher "freier und sicherer Zugang zum Meer" ermöglichen lassen und zweitens hat Polen durch den forcierten Ausbau des Fischerdorfes Gdingen zum Großhafen in Verbindung mit dem zusätzlichen Eisenbahnbau sich nicht nur den "freien und sicheren Zugang" zum Meer geschaffen, sondern darüber hinaus auch einen Kriegshafen nebst Werften, Docks und allem Zubehör. Polen selbst hat somit die Begründung, die Polen für seinen Anspruch auf Danzig anführte und die Versailler Mächte als Vorwand ausgaben, widerlegt.

Der Abgeordnete Haußmann von der Demokratischen Partei deklarierte der Welt die Meinung der Deutschen Nationalversammlung, als er am 12. Mai 1919 sagte:

"Danzig, das urdeutsche Danzig wird verhöhnt mit dem Wort, eine 'freie Stadt' zu sein, in welcher die Polen schalten und walten können. Und ewig denkwürdig ist die Bestimmung, daß in den Vertrag hineingeschrieben wird: die Einwohner der Stadt Danzig verlieren ihre deutsche Staatsangehorigkeit. Die Ostpreußen sollen abgeschnürt werden, die – wie die Westpreußen – zu unseren treuesten Deutschen gehören. Posen soll entführt werden, und ganz Oberschlesien und Memel sollen in anderen Besitz übergehen. Preußen soll zerfleischt werden, und ich – ein Süddeutscher! – spreche aus, daß das ein Streich gegen das Mark von Deutschland geführt ist, den wir alle auf tiefste mitfühlen. Schon aus diesen Gründen können wir niemals die Einwilligung zu diesem Vertrag geben, weil wir die Bruderhande, die sich nach uns ausstrecken, nicht zurückstoßen wollen, ohne das innere Band, das ewig sein soll, selbst zu erschüttern." [12)]

Der Vertrag zwischen Danzig und Polen von 1920

Der "Unter Vermittlung des Völkerbundes" zustande gekommene "Vertrag" zwischen Danzig und Polen vom 9.11.1920 regelte in seinen 40 Artikeln folgende Einzelheiten:

Art. 1: "Ein diplomatischer Vertreter der polnischen Regierung mit dem Sitz in Danzig soll zwischen der polnischen Regierung und der Regierung der Freien Stadt als Vermittler dienen."

Art. 2 verweist die Führung der auswärtigen Angelegenheiten der Freien Stadt an die polnische Regierung. Polen soll auch die Aus- und Einreisevisa ausstellen.

Art. 3 - 5 regeln Personalfragen und Kosten der diplomatischen Dienste. "Das Exequatur soll den fremden Konsuln mit dem Sitz in Danzig von der polnischen Regierung nach Einvernahme mit den Behörden der Freien Stadt erteilt werden."

Art 6: Internationale Verträge soll Polen "nicht ohne vorherige Beratung mit der Freien Stadt" abschließen. Der Hohe Kommissar des Völkerbundes soll in diesen Fragen ein Vetorecht haben.

Art. 7: "Die Freie Stadt darf ausländische Anleihen nur nach vorheriger Befragung der polnischen Regierung aufnehmen..." "Der Hohe Kommissar hat die Pflicht, sich zu vergewissern...", daß Anleihebedingungen mit den Verträgen in Einklang stehen, ggfs. hat er zu entscheiden.

Art. 8 - 10 sehen die Angleichung von Gesetzgebung und Flaggenrecht vor.

Art. 11 - 12 regeln die Beziehungen der Verwaltungs- und Gerichtsbehörden mit den Nachbargebieten sowie die Rechte der Fremdenpolizei, die den Danziger Behörden obliegen.

Art. 13 - 18 beziehen Danzig in das polnische Zollsystem ein. Danziger Zollbeamte sollen unter der Zentralzollverwaltung Polens arbeiten, "wobei die polnische Regierung durch polnische Inspektoren, die dem Danziger Personal beigeordnet sind, an der Überwachung

12) Stenografische Berichte, Bd. 327, S. 1092, vgl. Christian Höltje, "Die Weimarer Republik und das Ostlocarno-Problem 1919 - 1934, Würzburg 1958, S. 20 - 21.

des Zolldienstes teilnehmen soll".

Art. 19 - 27: Errichtung eines "Ausschusses für den Hafen und die Wasserwege von Danzig". Bei Meinungsverschiedenheiten ist der Hohe Kommissar anzurufen. Übertragung der Eisenbahnverwaltung mit Einnahmen und Ausgaben an Polen. Bei Meinungsverschiedenheiten über Personal- und Dienstangelegenheiten ist der Hohe Kommissar anzurufen.

Art. 29 - 32: Polen wird das Recht zuerkannt, im Danziger Hafen einen Post-, Telegrafen- und Telephondienst zur unmittelbaren Verbindung mit Polen und dem Ausland einzurichten. Danzig stellt Gelände und Gebäude zur Verfügung.

Art. 33 - 37 regeln Minderheitenschutz für Polen in Danzig. Einbürgerungsbedingungen — diese sollen "im Einvernehmen" mit Danzig und Polen noch geregelt werden —, Vollstreckungsverfahren polnischer und Danziger Gerichte, Vereinheitlichung der Münzsysteme.

Art. 38: "Spätere Abmachungen werden zwischen Polen und der Freien Stadt über alle Fragen getroffen werden, die in diesem Vertrage nicht behandelt sind."

Art. 39: "Jede zwischen Polen und der Freien Stadt aufkommende Meinungsverschiedenheit in bezug auf diesen Vertrag oder alle anderen späteren Abmachungen, Vereinbarungen und Abkommen... soll von der einen oder anderen Partei der Entscheidung des Hohen Kommissars unterbreitet werden, der die Angelegenheit, falls er es für nötig erachtet, an den Rat des Völkerbundes verweisen soll. Beide Parteien behalten die Freiheit, beim Rat des Völkerbundes Berufung einzulegen."

Art. 40: Änderungen sind nur im gegenseitigen Einvernehmen vorgesehen.

Dieser Vertrag bildet von nun an die Grundlage der Beziehungen zwischen Danzig und Polen. Im Zweifelsfall über die Auslegung irgendeiner Bestimmung dieses Vertrages konnte auf Artikel 104 des Versailler Friedensdiktates zurückgegriffen werden. Der Völkerbund als Schutzherr Danzigs und "Versailler Ordnungshüter" blieb maßgeblich mit den Danziger Angelegenheiten befaßt. Am 15.11.1920 wurde mit Inkrafttreten der Danziger Verfassung Danzig in Paris zur Freien Stadt erklärt und war fortan bis zum 1.9.1939 kraft fremden Willens selbständiges, wenn auch in seinen Rechten erheblich eingeschränktes Staatswesen. Die "Freiheit" der Stadt war nicht die Freiheit, die der neue Name der Stadt verhieß. Daß die 407.517 Einwohner der Stadt überhaupt nicht um ihre Meinung zu dieser erzwungenen Neuregelung befragt wurden, offenbart den ganzen Zynismus der Versailler "Friedensstifter". Immerhin billigte der Völkerbundsrat die Danziger Verfassung auch mit Artikel 4, in dem es hieß: "Danzig ist ein deutscher Staat mit deutscher Amtssprache."

Stoßrichtung der Polen
Deutsche Linie am 15.II.1919
Deutsche Reichsgrenze 1914
Hauptverkehrslinien

V.u.R.

† Vernichtung von Resten deutscher Standortkommandos
♂ Abzug ohne Waffen ⚔ Kampfhandlungen

Der polnische Aufstand am 27. Dezember 1918 in der Provinz Posen hatte eine begrenzte räumliche Ausdehnung und löste keinerlei antideutsche Kundgebungen im Hinterlande, weder in Westpreußen noch in Oberschlesien aus. Er kann daher geradezu als eine mit gewaltsamen Mitteln herbeigeführte Volksabstimmung bezeichnet werden. Die von den Versailler Mächten dekretierte Demarkationslinie vom 16. Februar 1919 ging zwar noch über das Aufstandsgebiet hinaus, sparte jedoch eindeutig Westpreußen für Deutschland aus. Doch das diplomatische Ränkespiel Polens hatte erst begonnen!

V.u.R.

Demarkationslinie am 16. Februar 1919

Korridorgebiet, das als territorialer Zugang zum Meere vom Reiche abgetrennt und teilweise zwangsverselbständigt wurde (Danzig)

Das Reichsgebiet im Jahre 1920

Danziger Fragen vor dem Völkerbund. – Der Danziger Senatspräsident Arthur Greiser (Mitte) im Gespräch mit dem britischen Lordsiegelbewahrer und Völkerbundsminister Anthony Eden im Mai 1935 in Genf. Ganz links Danziger Senatsrat Dr. Böttcher

Danzig und der Völkerbund

Der Völkerbund hat gegenüber der Freien Stadt eine dreifache Funktion übernommen:

1. Garant der Danziger Verfassung,
2. Beschützer seiner Unabhängigkeit,
3. Schiedsrichter in allen völkerrechtlichen Streitigkeiten mit Polen.

Er übte diese Funktionen durch den Völkerbundsrat sowie durch seinen Hohen Kommissar in Danzig aus, dessen Amtsdauer maximal für jeweils drei Jahre bemessen wurde und dessen Kosten Danzig und Polen je zur Hälfte aufzubringen hatten. Der Hohe Kommissar war nicht Aufsichtsbehörde, sondern Schiedsrichter, er hatte keine Rechte zum Eingriff in die autonome Verwaltung der Stadt; dennoch haben die sich turnusmäßig ablösenden Hohen Kommissare durch ihre zahlreichen und z. T. unterschiedlichen Entscheidungen erheblich zur Verwirrung und zur Verärgerung beigetragen, so daß ihre Position ständig schwächer und unwirksamer wurde. Das Schutzverhältnis des Völkerbundes wurde mit Beschluß des Völkerbundsrates vom 17.11.1920 begründet, entsprach dem Art. 10 der Völkerbundssatzung und schloß die Abwehr aller Angriffe von außen, aber auch aller Einmischungsversuche anderer Mächte in die inneren Angelegenheiten Danzigs ein. Ungeachtet dieses Beschlusses fällte derselbe Rat am 22. Juni 1921 einen anderen Beschluß, derart, daß Polen im Falle eines Landangriffs auf Danzig vom Völkerbundsrat mit der "Verteidigung der Freien Stadt" und der "Aufrechterhaltung der Ordnung im Danziger Gebiet" betraut werden konnte. Daß dieser Beschluß die Verteidigung Danzigs dem einzigen Staat anvertraute, von dem allein ein Angriff erfolgen konnte, schuf eine noch unerträglichere Lage, als sie bereits bestand. Sie schuf Widersprüche zu bereits vorliegenden Völkerbundsentscheidungen, erweiterte Polens Rechte, forderte praktisch Polen zu weiterem Vorgehen auf, vergrößerte die Konfliktstoffe und machte sie unlösbarer denn je. Zudem wußte Polen, daß dem Völkerbund die Machtmittel fehlten, seinen Willen gegen einen größeren Staat durchzusetzen.

Bezeichnenderweise ließ der Völkerbundsrat die Frage offen, was geschehen solle, wenn Polen der Angreifer ist. Notwendiger denn alles andere wäre die Regelung dieser Frage gewesen, zumal Polen auf der im Danziger Gebiet liegenden Westerplatte ein Munitionslager sowie eine Wachtruppe zugestanden erhalten hatte, das Verteidigungsrecht für Danzig einschließlich einer Garnison, ja die totale Inbesitznahme Danzigs als Forderung in Versailles längst präsentiert hatte. Außerdem konnte Danzig infolge der Westerplatten-Regelung ungewollt Gegenstand kriegerischer Auseinandersetzungen der Gegner Polens werden, d.h. seine Neutralität selbst nicht schützen.

Diese nicht nur ungenügende, sondern gerade Konfliktstoffe heraufbeschwörende Regelung — und ein großer Teil anderer Problemkreise blieb ebenfalls unklar — brachte es mit sich, daß allein zwischen 1921 - 1927 zusätzlich siebzig Verträge oder vertragliche Abmachungen zwischen Polen und Danzig für Einzelsachbezüge abgeschlossen wurden, daß die Entscheidungen des Hohen Kommissars im gleichen Zeitraum bereits sechs Bände füllten, die Berichte über Diskussionen des Völkerbundsrates über Danzig-polnische Angelegenheiten zwischen 1920 - 1931 in fünf starken Bänden von zusammen über 1.100 Seiten ausmachten, ungeachtet zahlreicher Gutachten, die vom Völkerbundsrat ohnehin meist "auf die lange Bank geschoben" wurden.

Ein Fall sei herausgegriffen, um zu zeigen, mit welchen Schwierigkeiten die Neuregelung verbunden war. Am 22. Juli 1920 streikten die Hafenarbeiter, weil sie keine Munition polnischer Schiffe für die Kriegführung gegen den Sowjetstaat löschen wollten. Die Hafenarbeiter beriefen sich auf die Danziger Neutralitätsverpflichtung. Polen erklärte, für die Außenpolitik Danzigs verantwortlich und selbst über die Neutralität Danzigs entscheidungsberechtigt zu sein. Polen konnte sich jedoch nicht durchsetzen und mußte sich mit dem Beschluß des Hohen Kommissars abfinden, daß die Außenpolitik Danzigs nicht gegen den Willen der Stadt geführt

werden könne, sondern der Zustimmung des Danziger Senats bedürfe. Der Hohe Kommissar erklärte weiter, daß Danzig nicht länger "Freie Stadt" genannt werden könnte, wenn die weitgehenden Rechte, die Polen verlange, gewährt werden würden.

Danzig und Polen

Die Bedeutung Danzigs beruhte auf seiner Stellung als Hafen- und Handelsstadt für das Hinterland, vornehmlich für das russische. Aufgrund der vom Völkerbund verfügten Abtrennung Danzigs und Eingliederung in das polnische Zollsystem gewann Polen nachhaltigen Einfluß auf das Wirtschaftsgeschehen in dieser Stadt und damit auf ihre Lebensfähigkeit. Polen wußte, daß es mit diesen "Rechten" am langen Hebel saß und war nicht gewillt, entsprechend Danziger Erzeugnisse aufzunehmen und seinen Außenhandel über Danzig abzuwickeln. Obgleich die Zollgrenzen zwischen Danzig und Polen aufgehoben waren, blieben sie de facto aufrechterhalten; ja die konsequenten Untersuchungen von Personen und Gütern über die polnisch-danziger Grenze führte bald zu einer Drosselung und völligen Lahmlegung des polnisch-danziger Wirtschaftsverkehrs, und zwar bereits in den zwanziger Jahren.

Polen führte als Vorwand hierfür die sogenannten "Danziger Kontingente" ein. Begründung: Danzig bezog Rohstoffe bis zu Fertigwaren für den eigenen Bedarf auch dann, wenn diese von Polen nicht lieferbar waren, aber auch nicht nach Polen eingeführt werden durften. Unter der Behauptung, diese Kontingentswaren würden nach Polen verschoben, verstärkte Polen die Untersuchungen an der Grenze bis zur Unterbindung jeglicher Einfuhr von Danzig nach Polen. Polen gewährte fortan nur noch solchen Firmen die Einfuhr nach Polen, die sich einer besonderen Beaufsichtigung durch polnische Zollbeamte unterwarfen. Die Verlagerung des Außenhandels nach dem rasch ausgebauten Gdingen drosselte die Danziger Wirtschaft weiterhin und widerlegte die polnische Behauptung, aufgrund derer die "Freie Stadt" - Regelung in Versailles erst vorgenommen wurde, daß Polen ohne Danzig und damit "dem einzigen Zugang zum Meer nicht lebensfähig sei".

Der sogenannte "Briefkastenstreit" hat zu jahrelangen Mißhelligkeiten geführt. Auch er war ein Beispiel, zu welchen Methoden Polen griff, um seine "Rechte" in und auf Danzig einseitig auszuweiten: In der Nacht vom 4. zum 5. Januar 1925 ließ Polen an polnischen Gebäuden innerhalb der ganzen Stadt Danzig heimlich polnische Briefkästen anbringen und richtete einen eigenen polnischen uniformierten Postdienst ein. Dies widersprach jeglichen Abmachungen, die lediglich innerhalb des Freihafens einen polnischen Postdienst vorsahen.

Der Entscheidung des Hohen Komissars, die Briefkästen durch Danziger Polizei entfernen zu lassen, begegnete Polen mit der Drohung auf "Wilnaisierung", d. h. militärische Besetzung und Annektion. Danzig erlitt durch diese Maßnahme einen jährlichen Verlust von etwa 2 Millionen Gulden. Der Völkerbundsrat entschied schließlich nach langwierigen Debatten im Sinne der von Polen geschaffenen Verhältnisse und lud Polen damit faktisch ein, weiterhin in diesem Sinne zu verfahren.

Ähnlich handelte Polen auf allen nur möglichen Gebieten. Ob es versuchte, die Vertretungen Danzigs auf internationalen Konferenzen auszuschalten, bei Abschluß von Verträgen den Danziger Senat nicht zu befragen, fremde Kriegsschiffe in Danzig selbst zu begrüßen und zu betreuen, die Benennung von Danziger Konsularattachés zu verschleppen, den ausreisewilligen Danzigern die Danziger Pässe abzunehmen und durch polnische zu ersetzen, die Wachtruppe auf der Westerplatte eigenmächtig zu verstärken, polnische Marinepatroullien "zur polizeilichen Betreuung" der Landurlauber seiner Kriegsschiffe durch die Straßen Danzigs zu schicken, oder ob es sich um die plötzliche Forderung handelte, eine eigene polnische Hafenpolizei zu schaffen oder Einfluß auf die Danziger Verwaltungsgerichtsbarkeit zu nehmen, ob es um die Verlegung umfangreicher polnischer Behörden nach Danzig — bis 1921 waren es bereits 24 — mit dem entsprechenden Einzug polnischen Personals ging, ob es sich um Polens Forderung auf Exterritorialität und Steuerfreiheit für die Grundstücke handelte oder um das Verlangen, daß die Verordnungen der neu errichteten polnischen Behörden geltendes Recht auch für die Danziger Bürger sein sollten, ob es die Ausweitung der polnischen Minderheitsrechte betraf — in Danzig lebten etwa 12.000 polnisch-sprachige (neben über 400.000 deutschen) Danziger —, stets handelte es sich um eine angemaßte Ausweitung polnischer Ansprüche. Und dies lange bevor in Deutschland ein Mann namens Adolf Hitler regierte!

Vielfältig waren die von führenden polnischen Politikern sowie von der straff zensierten polnischen Presse verkündeten "Anschlußparolen", die ähnlich lauteten, wie sie der stellvertretende polnische Generalkommissar in Danzig, Lalicki, 1932 formuliert hatte:

> **"Wir können heute den Tag und die Stunde nicht nennen, an welchem der Versailler Friedensvertrag korrigiert wird. Nicht nur die Polen aus Danzig, sondern auch die von germanischem Haß geknechteten Bruder in Ostpreußen kehren wieder in den Schoß des Vaterlandes zurück. Es kommt der Tag — ja, er ist schon angebrochen —, daß Danzig dem Vaterlande zuruckgegeben wird."**

Ausgleichsabkommen von 1933 und 1934

Am 28. Mai 1933 hatten die Wahlen zum Danziger Volkstag eine absolute nationalsozialistische Mehrheit erbracht. Zu diesem Ergebnis hat nicht unwesentlich der Umschwung im Reich, das unentwegte Vordringen Polens gegenüber dieser wehrlosen Stadt sowie die plötzliche Landung polnischer Truppen auf der Westerplatte

am 6. März 1933 und die anschließende Zurücknahme dieser Truppen auf Druck der Westmächte beigetragen. Auch hat der Nichtangriffs- und Freundschaftsvertrag zwischen Deutschland und Polen (Hitler und Pilsudski) vom 26. Januar 1934 auf die Danzig-polnischen Beziehungen positiv eingewirkt. Nach langwierigen Verhandlungen sind 1933 und 1934 eine Reihe von Abkommen geschlossen worden, die einen friedlichen Ausgleich erhoffen ließen. So wurde am 18.9.1933 das sog. Minderheitenabkommen zur Ausweitung des Schutzes der polnischen Minderheiten in Danzig unterzeichnet und gleichzeitig ein vorläufiges Abkommen zur Gleichstellung Danzigs mit Gdingen im Seeverkehr. In 6 Wirtschaftsabkommen von 1934 hat Danzig auf die Kontingente und gewisse Kontrollbefugnisse in bezug auf Lebensmittel, Veterinärpolizei und Pflanzenschutz verzichtet und Polens Zollbefugnisse etwas ausgeweitet. Polen hat demgegenüber die Einfuhrkontingente aus Danzig erhöht, die besonderen Wirtschaftskontrollen durch polnische Zollbeamte aufgehoben und damit dem Handelsverkehr zwischen Danzig und Polen ein wesentliches Hindernis aus dem Weg geräumt. Durch diese Abkommen wurde den unmittelbaren Verhandlungen der Vorzug gegenüber den langwierigen schiedsrichterlichen Entscheidungen gegeben und dem Wirtschaftsfrieden zwischen diesen beiden Staaten gedient. Dennoch haben diese Abkommen keine dauerhafte Befriedung gebracht.

Danzig in Verteidigungsstellung bis 1939

Trotz aller vertraglichen Abmachungen blieben die durch Versailles installierten Verhältnisse in Danzig unbefriedigend. Die Hohen Kommissare des Völkerbundes haben sich durchweg für eine Neuregelung eingesetzt, worunter sie die Rückgliederung Danzigs zu Deutschland verstanden. Graf Manfredo Gravina, Hochkommissar des Völkerbundes in Danzig von 1929 - 1932, hatte damals vorgeschlagen: Ostpreußen durch eine Erweiterung des Danziger Territoriums nach Westen mit dem Reich zu verbinden, den Völkerbund als Schutzmacht Danzigs mit den entsprechenden Vollmachen zu versehen. Danzig von allen Beschränkungen durch Polen zu befreien, Polen Gdingen einschließlich des umliegenden Gebietes sowie einen Freihafen in Danzig zu übertragen und diese Regelung mit einer Garantie des Völkerbundes zu sichern. Auch Carl J. Burckhardt hat im Jahre 1937 und später die Rückkehr Danzigs zu Deutschland als unerläßlich bezeichnet. Doch auch er mußte seine Machtlosigkeit, die Zustände zu ändern, einsehen und zugeben, daß ihm von nicht unmaßgeblicher Seite sogar insgeheim nahegelegt worden ist, von seinen Beschwichtigungsversuchen in Danzig abzusehen, da sie "schädlich" seien (C. J. Burckhardt "Meine Danziger Mission 1937 - 1939" S. 104). Seit 1935, als der Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt Warschau, Graf Szembek, in sein Tagebuch eintrug: "Viele Leute haben ein Interesse an einer Verschlechterung der polnisch-danziger Beziehungen, polnische Nationalisten ebenso wie deutsche Danziger Hitlerfeinde, Juden und Wirtschaftler des Hafens Gdingen", sind die gleichen Gruppen bis 1939 unentwegt in dem von Szembek bezeichneten Sinne tätig geblieben.

Der Vorschlag Hitlers an Polen vom 24.Oktober 1938, der auf Anregung der polnischen Führung in Warschau gemacht worden ist, war wesentlich bescheidener als alle früheren Danzig-Forderungen deutscher und ausländischer Politiker. Er wurde — und dies bestätigten auch alle nachträglich zusammengetragenen Dokumente! — in der Absicht vorgetragen, die Beziehungen mit dem östlichen Nachbarn auf eine bessere und sichere Grundlage zu stellen. Hitler hat weder gedroht noch auch nur leise angedeutet, daß er die Durchsetzung seiner Wünsche nötigenfalls erzwingen würde. Auch von einer Fristsetzung war keine Rede. Im Gegenteil forderte Hitler bis zum Kriegsbeginn wiederholt den Danziger Senat auf, zurückhaltend zu sein, wobei er jedoch keinen Zweifel daran ließ, daß Danzig den Schutz des Reiches besitze.

Der polnische Außenminister Oberst Beck hingegen betrieb seine Politik in Danzig "nicht wegen Danzig an sich, sondern aus Prinzip — Danzig sei eine Art Symbol geworden" (Beck in London am 4. April 1939). Der US-Historiker Charles Tansill schrieb in seinem Buch "Die Hintertür zum Kriege" S. 563:

Frankreichs Marschall Foch, ein besonderer Kenner der Entstehungsursachen von Kriegen, wies kurz vor seinem Tode mit seiner Pfeife, vor einer Europakarte stehend, einen Besucher auf die untere Weichsel hin und sagte:

"Dort liegt die Wurzel zum nächsten Krieg."

"Am 2. Mai 1939 war die polnische Presse zu dem Punkt gelangt, daß sie forderte: 'Danzig wird polnisch'. Bei der steigenden nationalistischen Leidenschaft, die aus Warschau sprach, waren die Aussichten für eine deutsch-polnische Übereinkunft gering."

Beck selber erklärte am 5.5.1939 vor dem Sejm, dem polnischen Parlament:

"Die überwiegende Mehrheit der Danziger Bevölkerung ist

heute deutsch, aber ihre Existenz und ihr Wohlstand sind vom Wirtschaftspotential Polens abhängig. Welche Folgerungen haben wir daraus gezogen? Wir haben uns immer auf den Boden der Rechte und Interessen unseres Seehandels und unserer Seepolitik in Danzig gestellt und stehen auch heute auf diesem Boden." (Weißbuch der polnischen Regierung. 1940, Nr. 77).

"Entschieden auf diesem Boden stehen" hieß, Danzig weiterhin wirtschaftlich und damit existentiell von Polen abhängig zu halten und diese Abhängigkeit noch zu vergrößern.

Ohne auf die Vielzahl der einzelnen Vorkriegsereignisse verweisen zu müssen, ist genügend bekannt, daß sich 1939 der Wille Polens verstärkte, Danzig zu annektieren, wobei die am 1.8.1939 eingeleitete Aushungerung Danzigs durch Sperrung der Wirtschaftsgrenzen nur eine jener Maßnahmen war. Den Tenor dieser Politik gab unter vielen anderen führenden Polen auch Marschall Rydz-Smigly wieder, als er am 6. August 1939 in Krakau vor 150.000 Legionären erklärte:

"Danzig ist die Lunge Polens! Wir besitzen Freunde, die uns verstehen und ihre Verbundenheit mit uns deutlich zum Ausdruck gebracht haben." — Echo der Masse: "Wir wollen Danzig haben!"

Die polnische Zeitung *"Czas"* kommentierte diese Rede am folgenden Tag mit den Worten:

"Die Geschütze, die Polens Ehre schützen, sind auf Danzig gerichtet. Es sollen sich alle klar darüber sein, daß diese Geschütze schießen, wenn die Behörden der Freien Stadt ... Polen vor irgendwelche vollendete Tatsachen stellen wollen."

Der polnische Botschafter in Washington, Jerzy Potocki, zog an diesem 7.8.1939 aus seinen Gesprächen in Warschau den Schluß: "Polen zieht Danzig dem Frieden vor." Polen wollte nicht etwa eine Volksabstimmung in Danzig, sondern Eroberung und Vergewaltigung dieses Volkswillens. 1945 hat es dieses Ziel mit der Austreibung der deutschen Bevölkerung erreicht. Eine Neuregelung dieser Verhältnisse ist zu erwarten, da Gewaltentscheidung gegen Recht, Moral und Humanität nicht Grundgesetz zukünftiger Weltpolitik sein kann und sein wird.

Als am 3. März 1918 der Friede von Brest-Litowsk unterzeichnet wurde, hatte die deutsche Reichsregierung die Unabhängigkeit Finnlands, Estlands, Lettlands, Litauens, Polens und der Ukraine durchgesetzt. Die militärische Räumung dieser Gebiete war deutscherseits zugesagt nach sowjetischer Demobilisierung. Polen hatte bereits im Dezember 1916 seine Selbständigkeit von der kaiserlichen Reichsregierung sowie Österreich-Ungarn erhalten. Wären diese Maßstäbe in Versailles ein Jahr später angewendet worden, so hätten wirkliche Friedensgrundlagen gelegt werden können.

Klaviervirtuose Ignaz J. Paderewski, (später erster Ministerpräsident Polens) fordert in Versailles 1919:

Der französische Historiker René Martel zitierte die Gespräche von Versailles 1919, mit denen das Schicksal von Millionen von ostdeutschen Menschen, die Grenzen zwischen Deutschland, Polen und der Tschechoslowakei entschieden worden sind. Allein die kurzen Auszüge hier zeigen, daß es nicht um ernsthafte historische Rechtsfragen ging, sondern nur um Schacher von Leuten, die an nichts anderem als an ihrer Macht interessiert waren und für die friedliche Zukunft gar kein Thema war.

"Clemenceau: — 'Was aber Oberschlesien betrifft, sind Sie, nach Zurückziehung der deutschen Truppen, mit einer Volksabstimmung einverstanden? Gerade das möchten wir von Ihnen wissen.' — Paderewski: 'Eine solche Änderung des Vertrages würde mich zum Rücktritt zwingen, denn das Volk, dem der Wortlaut vom 7. Mai Oberschlesien versprochen hat, würde das Vertrauen verlieren.'

Diese Drohung rief die Entrüstung Lloyd Georges hervor. Er polterte los:

Lloyd George: — 'Wir haben gar nichts versprochen. Wir haben einen Vertragsentwurf geschrieben, wir haben ihm nicht die Form eines Ultimatums gegeben. Wir haben uns vorbehalten, die Antwort der Deutschen zu prüfen, folglich haben wir das Recht, Zugeständnisse zu machen, wenn Sie vernünftig sind. Was denn? Gestern war Polen noch in drei Stücke geteilt, Ihre Mitbürger schlugen sich, die einen gegen die anderen, und alle gegen die Unabhängigkeit ihres Landes; heute sind Sie sicher, daß ein wiedererwecktes Polen zwanzig Millionen Einwohner haben wird, und da fordern Sie obendrein nichtpolnische Bevölkerungen, zum Beispiel Galizien, das fordern Sie von uns, Sie, deren Freiheit errungen worden ist durch die 3.500.000 Toten Frankreichs, die 800.000 Toten Englands, und die 500.000 Toten Italiens. Unser Blut hat Ihre Unabhängigkeit bezahlt. Wenn Sie sich gegen das auflehnen, was wir entscheiden, so werden wir uns auf Ihre Rechnung getäuscht haben.'

Paderewski. — 'Ich habe mich darauf beschränkt zu sagen, daß ich die Macht nicht würde behalten können.'

Lloyd George. — 'Wir haben Polen, Böhmen, Jugoslawien die Freiheit gegeben, und gerade diese Länder lehnen sich gegen die Volksabstimmung auf. Sie sind viel mehr Imperialisten als die großen Länder selbst!'

Paderewski. — 'Ich möchte das nicht gelten lassen, was Sie da sagen. Sie geben nur Zeitungsstimmen wieder.' ....

Lloyd George. — 'Ich sage, daß Sie Völker gegen ihren Willen annektieren wollen.'

Wilson. — 'Wir haben uns entschlossen, auf die Volksabstimmung zurückzukommen. ...

1. Daß gemeindeweise abgestimmt wird.

2. Daß die Abstimmung um mehrere Monate vertagt wird, damit der deutsche Druck ausgeschaltet werden kann.

3. Daß die deutschen Truppen unverzüglich Oberschlesien räumen müssen.

Paderewski. — 'Ich kann nicht verheimlichen, daß das ein grausamer Schlag ist, denn man hatte uns Oberschlesien versprochen.' " 13)

Diese Gespräche konnte ein us-amerikanischer Professor, Louis L. Gerson, noch durch weitere Ergänzungen komplettieren:

"Erhebt Polen auf ganz Galizien Anspruch? "
fragte ihn der britische Premierminister.
"Historisch gesehen, jawohl! ", antwortete Paderewski.

Ehe noch Lloyd George Paderewskis "historischen" Anspruch auf die Ukraine in Frage stellen konnte, wechselte Wilson — vielleicht mit Absicht — das Thema. Er richtete an Paderewski die Frage, ob er erwarte, daß die ländlichen Gemeinden in Oberschlesien für den Anschluß an Deutschland stimmen würden. Paderewski antwortete bejahend:

"Wenn Sie nun die Einstellung Oberschlesiens insgesamt in Betracht ziehen",
warf Lloyd George ein,
"würde es dann für Deutschland sein? " "Jawohl"
erwiderte Paderewski,
"als Ganzes würde es für Deutschland sein."

Paderewski war in die Falle gegangen. Er erkannte sofort, daß diese seine Einlassung alle seine vorhergehenden Behauptungen zunichte machte und demgemäß die polnischen Ansprüche gefährdet erschienen. Er entschloß sich daher, die Dinge von einer anderen Seite anzugehen.

"Wenn in dem, was man Polen bereits zugebilligt hat, irgendwelche Änderungen erfolgen",

so erklärte er vor dem Obersten Rat mit dramatischer Betonung,

"so werde ich unverzüglich zurücktreten, weil ich nicht in mein Land zurückkehren kann, wenn solche Veränderungen wie etwa die Durchführung einer Volksabstimmung in jenem Gebiete vorgenommen werden... Wenn solche Änderungen Platz greifen, müßte ich mich aus der Politik zurückziehen, weil es mir dann gänzlich unmöglich gemacht werden würde, mein Land zu regieren. Es ist Ihnen bekannt, daß Revolutionen sich dann entwickeln, wenn die Menschen das Vertrauen in ihre Führung verlieren."...

Dies war Lloyd George denn doch zuviel. In einem Ausbruch des Ärgers erklärte er:

"Wir haben Nationen die Freiheit errungen, die nicht im geringsten hoffen konnten sie jemals wiederzuerlangen: der Tschechoslowakei, Polen und anderen. Nationen, die ihre Freiheit gewannen, weil Italiener, Franzosen, Engländer und Amerikaner hierfür ihr Blut vergossen haben. Und nun haben wir die größten Schwierigkeiten in der Welt, sie davon abzuhalten, andere Nationen zu annektieren und anderen Nationen eben dieselbe Tyrannei aufzuerlegen, welche sie selbst jahrhundertelang ertragen mußten..." 14)

Daß der Versailler "Frieden" nicht nur den Waffenstillstandsbedingungen widersprach, sondern zum Bruch aller moralischen und völkerrechtlichen Grundsätze ausartete, war so offenkundig, daß Zeitungen wie auch ernsthafte Bücher unablässig davon kündeten. Der französische Politiker Pierre Valmigere schrieb 1929 in seinem Buch "Und morgen — ?" treffend:

"Der Vertrag von Versailles ist kein Friedensakt, sondern die letzte Episode des Krieges.... Eine der größten Ungerechtigkeiten ist der Korridor von Danzig... Wenn es wahr ist, daß ihr den Korridor nur wollt, weil er polnisches Gebiet ist, warum spinnt ihr um Danzig ein Netz von Intrigen, um es eines Tages einzustecken? ... Ihr sagt, ihr braucht einen Zugang zum Meer. Ich brauche auch viele Dinge, die ich nicht habe. Ich glaube nicht das Recht zu haben, sie mir beim Nachbarn zu stehlen. Ihr wollt an das Meer herankommen? Aber gibt es da nicht ein anderes Mittel, als Deutschland in zwei Stücke zu teilen? Was das Ernsteste bei dieser Angelegenheit ist, so liegt das darin, daß der Friede von Versailles feierlich die Achtung vor dem Willen der Völker proklamiert hat, daß aber das Volk, das den Korridor bewohnt, nicht gefragt worden ist."

Der preußische Ministerpräsident Dr. Otto Braun (SPD) erklärte am 24. November 1930 bei der Grundsteinlegung der Handelshochschule in Königsberg:

"Ich bestreite nicht das Interesse Polens an einem Ausgang zum Meer, aber wie er dem neuen tschechischen Staat durch Elbe und Hamburg gesichert wurde, konnte es Polen auch durch Weichsel und Danzig eröffnet werden, ohne daß Ostpreußen vom Mutterland losgerissen und hunderttausende deutscher Volksgenossen ohne Befragung unter fremde Staatshoheit gepreßt, wo sie jetzt schlimmstem Terror ausgesetzt sind, oder gar aus ihrer Heimat verdrängt wurden. Gegen dieses Unrecht werden wir immer protestieren. Die gewaltsam durchgeführte ungerechte neue Grenzziehung werden wir niemals als berechtigt anerkennen. Sie wird immer einen Stachel im deutschen Volkskörper bilden und einer wahren Befriedung Europas hindernd im Wege stehen." 15)

---

13) René Martel "Deutschlands blutende Grenzen", Oldenburg 1930, S. 51 - 52, 57.

14) Louis L. Gerson, "Woodrow Wilson und die Wiedergeburt Polens 1914 - 1920", Göttinger Arbeitskreis, Würzburg 1956, S. 220 - 222.

15) "Deutschlands Ostnot", o. Verf. Berlin o.J., S. 18.

Hatte Graf Sforza (Außenminister Italiens) im Sommer 1927 in Williamstown (USA) offen zugegeben, daß kein ernsthafter Politiker an einen längeren Bestand der "Korridor-Notlösung" geglaubt habe, so verwundert es nicht, wenn auch der damalige italienische Ministerpräsident Francesco Nitti in seinen Büchern "Das friedlose Europa", "Der Niedergang Europas" und "Der Friede" wiederholt auf diese Absurdität und Unrechtmäßigkeit hingewiesen hat:

"Die größte politische und wirtschaftliche Absurdität, die in der neueren Geschichte zu finden ist, ist der Polnische Korridor. Sicher ist jedenfalls, daß in Amerika und Europa alle Welt von der Notwendigkeit einer Revision überzeugt ist und daß nur eine unversöhnliche, von Frankreich kommende Stimmung, ihr entgegenwirkt."

"Und so wirken denn Besetzung, Verschwendung, Grausamkeit und absolute Willkür zusammen, nicht nur die deutsche Wirtschaft zu zerstören, sondern auch das Selbstbewußtsein des Volkes und jede Hoffnung auf eine bessere Zukunft zu vernichten, um es entweder zum Militarismus oder zur Revolution zu treiben, d.h. zu zwei Extremen der Verzweiflung, die ohne Zweifel den Ruin Europas bedeuten, gleichzeitig aber auch Deutschland für lange in den Abgrund versenken würde, dies Deutschland, das das wundervolle Werk so vieler Geister und Seelen gewesen ist." [16]

Lord Rothermere:

"Die Teilung Deutschlands in zwei ungleiche Hälften mit dem Zwecke, Polen einen Zugang zum Meere zu geben, ist der schlimmste Raub, den die Friedenskonferenz begangen hat. Die Existenz des Korridors ist eine Provokation Deutschlands und eine Gefahr für die Polen." (*"Daily Mail"*, November 1930)

Selbst der sich zu den Mitsiegern zählende Präsident der Tschechoslowakei, Thomas Masaryk, wies unmißverständlich auf die Gefahrenlage in Osteuropa hin:

"Es bestehen zur Zeit zwei große Gefahrenzonen, die den europäischen Frieden gefährden: der Polnische Korridor und Ungarn... Was den polnischen Korridor betrifft, so kann man mit Bestimmtheit sagen, daß Deutschland sich niemals mit dem heutigen Stand der Dinge abfinden wird, durch den das ostpreußische Land von dem Deutschen Reiche getrennt ist." [16]

Die Sieger von Versailles auf dem Wege zur Friedenskonferenz 1919: V.l.n.r.:
George Clemenceau — Woodrow Wilson — David Lloyd George

Südafrikas Ministerpräsident, General Smuts, 1919 in einem Brief an Lloyd George:

"Ich bin überzeugt, daß wir bei ungebührlicher Vergrößerung Polens nicht nur das Verdikt der Geschichte umstürzen, sondern einen politischen Kardinalfehler begehen, der sich noch im Laufe der Geschichte rächen wird. ... Ich glaube, die beiden Hauptfehler in den Maßnahmen dieses Vertrages sind die lange Rheinlandbesetzung und die Vergrößerung Polens weit über das hinaus, was wir während des Krieges erwogen hatten. Diese beiden Fehler sind voller Gefahr für den zukünftigen Frieden in Europa, und ich rate dringend, daß man jedes Mittel anwenden sollte, um sie zu beseitigen, ehe es zu spät ist."

"Das einzig wahre Interesse Frankreichs an Polen besteht in der Schwächung Deutschlands, indem Polen Gebiete zugesprochen werden, auf die es kein Anrecht besitzt." [17]

Ein guter Kenner Europas, E. Alexander Powell, faßte 1931 in seinem Buch "Donner über Europa" die Erbschaft des US-Präsidenten in dem Satz zusammen:

"Wilson hinterließ als sein Vermächtnis ein Pulverfaß." [17]

"Ich kann kaum eine stärkere Ursache für einen künftigen Krieg erblicken, als daß das deutsche Volk, das sich zweifellos als eine der kraftvollsten und mächtigsten Rassen der Welt erwiesen hat, rings von einer Anzahl kleiner Staaten umgeben werden soll, von denen jeder breite Massen von Deutschen umschließt, die die Vereinigung mit ihrem Heimatland fordern. Der Vorschlag der polnischen Kommission, 2 Millionen Deutsche der Aufsicht eines Volkes zu unterstellen, das noch niemals im Laufe seiner Geschichte die Fähigkeit zur Selbstregierung bewiesen hat, muß meiner Beurteilung nach früher oder später zu einem neuen Krieg in Osteuropa führen." (Denkschrift an die Versailler Friedenskonferenz v. 26.3.1919)

---

16) Francesco Nitti, "Der Friede", "Der Niedergang Europas", "Friedloses Europa", S. 279, "Die Tragödie Europas — und Amerika?", Frankfurt/M 1924, S. 109 - 110.
17) Friedrich Heiss + A. Hillen Ziegfeld, "Deutschland und der Korridor", Berlin 1933, S. 77, 224, 238 - 239.

Annexionsziele, die jedem politisch-historischen Realismus Hohn sprachen, kennzeichneten die polnische Politik von 1919 bis 1939. Mag auch hierzu ein unabhängiger Historiker zu Wort kommen:

"Die polnischen Gebietsforderungen gegenüber Deutschland waren nie eine isolierte Erscheinung; sie waren ein Teil des Traums von der polnischen Großmacht, die allein oder im Bündnis mit anderen slawischen Nationen das Gebiet zwischen den drei Meeren — der Nordsee, dem Schwarzen Meer und der Adria — beherrschen sollte." ....

"Als Kuriosität sei erwähnt, daß das polnische Magazin *Nasza Przyszlosc* im Sommer 1939 im Überschwang der nationalen Gefühle eine polnisch-japanische Grenze am Ural vorschlug. Aus der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg berichtet zum Beispiel W.K. von Korostowetz, "Polnische Auferstehung" Berlin 1929, S. 43, über polnische Karten, auf denen Polen bis zur Wolga reichte. .....

Häufig wurden auch Karten abgebildet, die z.B. die polnische 'Westgrenze' zur Zeit des Königs Boleslaw Chrobry oder unter Boleslaw Schiefmund wiedergeben sollen — vielfach, nicht ganz getreu den historischen Feststellungen, bis zur Elbe oder Saale reichend. ......

So hieß es zum Beispiel in dem offiziellen Programm des 'Westmarkenverbandes', das im April 1926 in einem Manifest niedergelegt wurde: 'Die natürliche Grenze Polens ist im Westen die Oder, im Osten die mittlere und untere Düna. Daher wird unsere Devise lauten: 'Von Stettin bis Riga'. ......

"Das nationalistische Sensationsblatt *Tempo Dnia* wußte am 30. Juli 1939 sogar schon von den polnischen Friedensbedingungen nach dem nächsten Kriege zu berichten: Danzig und Ostpreußen mußten an Polen fallen, die Westgrenze Westpreußens sollte bei Kolberg verlaufen und ganz Oberschlesien Polen zugesprochen werden.

Auch der Gedanke der Vertreibung der Deutschen aus den neu zu erwerbenden Gebieten tauchte bereits auf. So riet das Thorner *Slowo Pomorskie* am 7. August 1939 den Deutschen haßerfüllt:

'Deshalb sagen wir Polen heute ganz deutlich: Geht dahin zurück, woher Ihr gekommen seid. Auf Schubkarren, die von Hunden gezogen wurden, kamt Ihr angekarrt. Ihr brachtet nur ein schlechtes Unterbett mit. Mit einem solchen könnt ihr wieder losziehen.'

Und im weiteren Text hieß es, dies gelte für Danzig, Ostpreußen und Schlesien. In nüchternem Ton forderte die Wochenschrift *Narod w walce* am 20. Juli 1939: Danzig müsse polnisch bleiben, und Deutschland müsse gezwungen werden, den ostpreußischen Raum ohne Bevölkerung an Polen abzutreten." [18]

18) Wolfgang Wagner, "Die Entstehung der Oder-Neiße-Linie in den diplomatischen Verhandlungen während des Zweiten Weltkrieges", Stuttgart 1959, S. 5 - 9.

Polnische Pläne für die Zeit nach dem Sieg [18]

Den damaligen Angaben zufolge ist diese Karte am 26. Juni 1939 in der Posener Zeitung „Dziennik Poznanski" veröffentlicht worden. Der polnische Text bedeutet in der Reihenfolge der Zeilen: 1. Heutiges Deutschland; 2. Weiteste Ausdehnung der Slawen nach Westen nach den von Kozierowski festgestellten slawischen geografischen Bezeichnungen; 3. Westgrenze Polens zur Zeit Boleslaus des Tapferen (967—1025) nach Professor Semkowicz; 4. Westgrenze Polens zur Zeit von Boleslaus Schiefmund (1084—1138) nach Professor Semkowicz; 5. Heutige Westgrenze Polens. Das Foto wurde am 12. Juli 1939 mit dem Titel „Polnischer Größenwahn" in Deutschland vertrieben. [19]

19) Frankfurter Allgemeine, 31. August 1979, S. 6